PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH !

kommunistische volkszeitung

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

Wochenzeitung P 21903 C

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: W.Maier – Erscheint im Verlag: Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, 68 Mannheim, Sandhofer Str.29, Tel. 0621 / 36 015 – Druck: Caro-Druck, 6831 Plankstadt, Ochsenhorn 6 – Auflage: 44 000 – Redaktion: 68 Mannheim, Sandhofer Str.29, Tel. 0621 / 36 014. Ständiger Ausschuß des ZK des KBW, Tel. 0621 / 36 012 – Jahresabonnement: incl. Porto 36,– DM, In- und Ausland. Abonnement-Einzelbestellung durch Einzahlung auf Konto Kühl KG, Volksbank Mannheim, KtoNr. 57 34 18 oder: PschA Karlsruhe, Kto-Nr. 171 453-759 – Die Zeitung wurde am Montag, dem 24. März 1975 fertiggestellt.

26.März 1975 Jg. 3 Nr. 12 50 Pfennig

US-Manöver in Nahost gescheitert

Henry Kissinger mußte seine zehnte Reise in den Nahen Osten ergebnislos abbrechen und wie ein begossener Pudel in die USA zurückfliegen.

16 Tage lang, seit dem 8.März, hat er sich im Nahen Osten aufgehalten. Ziel seiner Verhandlungen war wie bei allen vorhergehenden, eine weitere Verschlechterung der Existenzbedingungen des Brückenkopfes Israel zu verhindern und den schwindenden Einfluß des US-Imperialismus auf die arabischen Staaten einzudämmen. Das ist ihm nicht gelungen.

Vor seinem Rückflug in die USA hat er deshalb auf dem Flughafen von Lod erklärt: dies sei ein "trauriger Tag für Amerika".

Ein trauriger Tag für den US-Imperialismus, eine Schlappe und Demütigung, das ist richtig. Angetreten war Kissinger mit der Erklärung, "er werde alles tun, um ein neues Abkommen zu erzielen, . .. und er werde solange bleiben, bis ein wirklicher Fortschritt erzielt sei" (Süddeutsche Zeitung, 24.3.).

In den 16 Tagen danach ist er aber wie ein gehetztes Karnickel von Ort zu Ort geeilt und wußte bald nicht mehr ein noch aus (vgl. KVZ Nr.10: Drahtzieher Kissinger verheddert sich zusehens).

Anders konnte es ihm gar nicht ergehen, denn er leugnet die Rechte des palästinensischen Volkes auf sein Heimatland und Selbstbestimmung, die es im bewaffneten Befreiungskampf gegenüber der israelischen Besatzermacht geltend macht. Über die PLO, die politische Vertretung des palästinensischen Volkes, hat er sich während seines Aufenthaltes nur abfällig geäußert: Sie würde weder politisch noch organisatorisch etwas taugen.

noch organisatorisch etwas taugen.

In Bezug auf die arabischen Völker, deren national-revolutionäres Bewußtsein erstarkt ist, glaubt er, daß er mit diesen dasselbe Verhältnis pflegen kann wie mit seinen Mitarbeitern: mit ihnen Schlitten fahren.

Eine Politik, die derart auf Sand gebaut ist, muß scheitern. Deshalb hat er Tränen bei seinem Abflug in den Augen gehabt. Er wird auch daran gedacht haben, daß seine Karriere jetzt rasch zu Ende geht, und daß in den USA bereits die Messer gewetzt werden.

Worum ging es bei den Verhandlungen?

Für diese Verhandlungsrunde hat die Regierung des zionistischen Staates folgende Bedingungen gestellt:

Die ägyptische Regierung müsse einen politischen Nichtangriffspakt unterzeichnen, dann könnten ihr die beiden Pässe Mitla und Gidi sowie die Erdölfelder von Abu Rhodeis auf der Sinai-Halbinsel zurückgegeben werden. Sie hat erklärt, daß sie mit diesem Vorschlag "Konzessionen" mache.

Eine merkwürdige Art von Konzessionen ist das! Seit 1967 wurden zahllose "Pläne zur friedlichen Lösung des Nahost-Konflikts" aus der Tasche gezogen – gemeinsamer Kern war aber immer, daß der israelische Aggressor nicht verurteilt wird, sondern anerkannt wird, und daß ihm mehr oder minder große Teile der von ihm widerrechtlich besetzten Gebiete souveräner Staaten wie Ägypten und Syrien garantiert werden.

Israel ist ein **Kolonialstaat**, der nur auf Kosten der Vertreibung des palästinensischen Volkes ins Leben gerufen worden ist und nur durch die Imperialisten, allen voran der US-Imperialismus, am Leben erhalten werden kann. Israel ist ein **Besatzerstaat**, der seine Klauen in arabisches Territorium eingekrallt hat, sich in mehreren Eroberungskriegen Teile des Territoriums arabischer Staaten angeeignet hat und sie besetzt hält.

Insofern offenbart dies letzte 'Angebot' wie alle früheren die ganze üble imperialistische Logik der israelischen Zionisten und der USA.

Zuerst überzieht man andere Völker und Staaten mit Krieg und erobert sich durch Raubfeldzüge Land. Diese eroberten und besetzten Gebiete werden ganz selbstverständlich als Eigentum behandelt, zur eigenen Bereicherung ausgeplündert und als Mittel des Tausches und der Erpressung benützt.

Bei den gegenwärtigen "Verhandlungen" ging es also für die israelische Regierung um nichts anderes, als daß sie einen Teil des besetzten Territo-

sie einen Teil des besetzten Territo-

riums zurückgibt, andere Teile nach wie vor besetzt halten kann und vor allem vertraglich zugesichert bekommt, fürderhin ihre Aggression und ihre Verbrechen fortsetzen zu können. Keine Rede kann hier von "Friedensbemühungen" sein und von Herstellung gleicher und gerechter Verträge, sondern hier geht es ausschließlich darum, daß imperialistische Aggression und Unterdrückung von den Angegriffenen und Unterdrückten auch noch anerkannt werden sollen.

Kissingers Pläne und die Absichten der Zionisten konnten keine Verwirklichung finden. Noch immer gehen sie davon aus, daß sie die arabischen Staaten demütigen können und ihnen Bedingungen diktieren können.

Fortsetzung S. 2



Protest gegen Einreiseverbot für die Vertreter des Volkes von Kambodscha

In Frankfurt verbot die Stadtverwaltung die Demonstration. Dennoch demonstrierten am Montag, den 24.3., 250 Personen gegen das Einreiseverbot der Bundesregierung. Eine Kundgebung wurde durchgeführt.



Die Bundesregierung hat den Vertretern der Pariser Botschaft der GRUNK, Chau Teary und Sok Mathoeung, die Einreise verweigert.

Sie hätten keine gültigen Pässe und würden nur zu politischer Propaganda einreisen. Die Pässe, die sie haben, sind die der GRUNK. Aufklären wollen sie über den Kampf des kambodschanischen Volkes, gegen die Hetze der bürgerlichen Presse. Noch vor einem Jahr hat die BRD-Regierung die Einreise erlaubt, jetzt, wo für niemanden mehr übersehbar ist, daß die GRUNK die Regierung des kambodschanischen Volkes ist, läßt die Bundesregierung ihr liberales Mäntelchen fallen und stellt sich offen hinter die US-Regierung und ihre verbrecherische Einmischung in Kambodscha und Südvietnam.

Zielt die Maßnahme darauf ab, die bürgerliche reaktionäre Pressehetze zu stärken, so wird sie uns nur anspornen, umso intensiver die Lügen der US-Imperialisten und der BRD-Imperialisten zu entlarven.

Die Bundesregierung aber wird den siegreichen kambodschanischen Befreiungskampf schließlich anerkennen müssen, wie sie die siegreiche chinesische Revolution hat anerkennen müssen.

In Frankfurt, Bremen und Heidelberg werden Proteste gegen die Einreiseverbote organisiert. Die geplanten Solidaritätsveranstaltungen in diesen drei Städten finden statt.

Artikel zu Kambodscha und Vietnam S. 2 und S. 15.



Die Kollegen der Druckmaschinenfabrik Mailänder, Bietigheim, streikten gegen die Anrechnung der 6,8 % Lohnerhöhung. Siehe Bericht Seite 5.

Demonstration gegen Fahrpreiserhöhung

Hannover. 2 500 Menschen haben am Montag, dem 17.3., gegen das Inkrafttreten der Fahrpreiserhöhungen demonstriert.

Fahrpreiskomitees in den Betrieben, Stadtteilen, Kasernen, Universitäten und Schulen hatten aufgerufen, am Tage des Inkrafttretens der Fahrpreiserhöhungen, dem 24.3., eine Demonstration durchzuführen unter den Forderungen:

Keine Fahrpreiserhöhungen!
Keine Stufentarife!

Dieser Aufruf wurde nicht unterstützt von der Aktionsgruppe "Roter Punkt", die unter dem Einfluß der DKP steht, und dem Komitee "Wir wehren uns". Diese Gruppen haben damit ihre Spalterpolitik fortgesetzt, die mit der Ablehnung einer Aktionseinheit unter den genannten Losungen begonnen hatte. Die Demonstration ist in der letzten Woche von den Komitees und der Ortsgruppe durch Stände in den Stadtteilen, in der Innenstadt und durch Agitation in den Betrieben ausgezeichnet vorbereitet worden. Die Demonstration am 24.3. in der Innenstadt hat gezeigt, daß die Linie der Aktionseinheit der Komitees richtig ist und eine breite Bewegung geschaffen hat. Wir müssen jetzt verstärkt Propaganda gegen das Großraumparlament in Hannover betreiben und weitere Demonstrationen organisieren, um die Fahrpreiserhöhungen und die Einführung des Stufentarifes zu Fall zu bringen.

Einigkeit macht stark! Hartnäckigkeit führt zum Ziel. –HB–

Fortsetzung: Manöver des US-Imperialismus gescheitert

Das geht heute nicht mehr, denn das palästinensische Volk hat seine Einheit gestärkt, und unter dem Druck der arabischen Völker können es sich deren Regierungen nicht länger leisten, bloßes Opfer des israelischen Erobererstaates und Spielball der Hegemoniebestrebungen der Supermächte zu bleiben.

Kissinger und die Exekutive des US-Imperialismus gehen immer noch davon aus, daß diese Nationen und Staaten wie Tanzbären sind, die der Bärenführer Kissinger herumführen und ihnen Befehle erteilen kann. Daß dies nicht mehr so ist, zeigt sich in der ganzen Welt, und die Ereignisse in der Welt haben dazu beigetragen, daß Kissingers Pläne vereitelt worden sind.

Der US-Imperialismus erhält wuchtige Schläge

Der US-Imperialismus ist stark bedrängt und wird zunehmend isoliert. Gerade während der Kissinger-Reise haben sich in der ganzen Welt Veränderungen ergeben, die die Stärke des US-Imperialismus weiter unterhöhlen, ihn als tönernen Riesen ausweisen. Das hat Kissinger selber gemerkt.

"Überall auf der Welt, so räsonnierte er, sei der Einfluß der USA im Schwinden. Kambodscha, Vietnam, Zypern, Portugal, der Nahe Osten – nirgends reagiere man mehr auf den sanften Druck Washingtons." (Stuttgarter Zeitung, 24.3.) Er hat es auch deutlich zu spüren bekommen, wie die 'Neue Züricher Zeitung' berichtet:

"Kissinger spürt die Auswirkungen der Vorgänge in Indochina bei seinen Verhandlungen im Nahen Osten. Israels Vertrauen in die amerikanischen Zusicherungen sei gesunken, was sich in einer gewissen Versteifung der Haltung ausdrücke. Assad dagegen zähle in verstärktem Maße auf die Wirkung der geschichtlichen Kräfte, die einen

der geschichtlichen Kräfte, die einen

Ausschlag zuungunsten Israels geben würden. Er nehme an, daß Israel in den nächsten vier Jahren der amerikanischen Unterstützung verlustig gehen würde. Nach Kissingers Empfinden tritt das Schwinden des amerikanischen Einflusses in der Türkei und in Portugal in Erscheinung sowie natürlich im frontnahen Thailand." (NZZ, 21.3.)

Kissinger hat sich ausschließlich im Nahen Osten aufgehalten, um hier die Völker zur Kapitulation zu zwingen – gleichzeitig hat der US-Imperialismus in Vietnam und Kambodscha wuchtige Schläge einstecken müssen.

Darauf angesprochen, ob ihn die Erfolge der kämpfenden Völker in Vietnam und Kambodscha nicht zum Abbruch seiner Reise zwingen. könnten, hat er Journalisten geantwortet: "Was kann ich tun? " (NZZ, 20.3.) Man sieht, daß der US-Imperialismus durch die Befreiungskämpfe der Völker stark angeschlagen ist. Seine Politiker sind im Augenblick verwirrt und überrumpelt durch den raschen Durchbruch der geschichtlichen Strömung, daß Völker Revolution wollen, Nationen die Befreiung und Staaten die Unabhängigkeit.

Der US-Imperialismus zeigt sich verwundbarer als je zuvor, seine Autorität zerfällt rascher als je zuvor. Einfach hinnehmen wird er diese Entwicklung nicht. Sie zwingt ihn, nach Auswegen zu suchen, neue Manöver auszuhecken und macht ihn unberechenbar.

Die Supermächte und die Existenz Israels verhindern den Frieden im Nahen Osten!

Wie geht es weiter? Die bürgerliche Presse meldet in ihren Schlagzeilen: Der Frieden im Nahen Osten ist bedroht. Das ist nicht richtig. Es hat ihn nie gegeben!

Nach wie vor hält die Besetzung Palästinas durch den Kolonialstaat Is-

lästinas durch den Kolonialstaat Is-

rael an, nach wie vor hat dieser Teile der arabischen Staaten widerrechtlich annektiert.

Verstärkt rivalisieren die beiden Supermächte USA und die Sowjetunion sowie andere imperialistische Staaten um die Erdölquellen und um Einfluß.

Als ob es je Frieden gegeben hätte für die arabischen Völker und das palästinensische Volk! Die arabischen Völker waren seit dem 2.Weltkrieg ständig der Aggression Israels ausgesetzt, sei es durch direkte Eroberungskriege, sei es durch Sabotageaktionen und Überfälle.

Gegenwärtig überzieht Israel den Süden des Libanon mit einem hinterhältigen Kleinkrieg.

Für einen gerechten Frieden kämpft das palästinensische Volk: Für die Errichtung eines demokratischen Staates Palästina, in dem Juden, Moslems und Christen friedlich und gleichberechtigt zusammenleben. Hergestellt werden kann dieser Frieden nur dadurch, daß der israelische Kolonialstaat zerschlagen wird.

Frieden im gesamten Nahen Osten ist nur zu verwirklichen, wenn die Hauptunruhestifter, die beiden Supermächte, vertrieben sind und die arabischen Völker ihre Naturschätze selbst zum eigenen Nutzen und Vorteil ausnutzen können.

Dies erfordert einen langwierigen und hartnäckigen Kampf. In diesem Kampf haben die arabischen Völker Fortschritte gemacht, und die Zionisten und die Supermächte haben Rückschläge erlitten.

Das Scheitern Kissingers ist eine weitere Niederlage für den US-Imperialismus und ein erneuter Erfolg der Völker. Seine erneute direkte Einmischung hat zu nichts anderem geführt, als daß der Zusammenhalt der arabischen Völker gegen den israelischen Kolonialstaat und die Hegemonieansprüche der beiden Supermächte gestärkt worden ist.

–HJH–

–HJH–

Auch in Kambodscha

Mit der wiederholten Lahmlegung des Flugplatzes von Phnom Penh ist den Befreiungsstreitkräften ein weiterer wichtiger Schritt im Kampf um Phnom Penh gelungen. Die Lage der US-Besatzer und ihrer Marionetten verschlechtert sich damit weiter.

Viele fragen sich, wann der Zeitpunkt der Befreiung Phnom Penhs gekommen ist.

Wie Sihanouk, der Präsident der Königlichen Regierung der Nationalen Einheit von Kambodscha, GRUNK, erklärt hat, zielen die Befreiungsstreitkräfte nicht auf eine militärische Eroberung der Stadt ab, obwohl sie dazu schon seit längerem in der Lage wären.

Aber die US-Regierung würde diese Gelegenheit sicher dazu benutzen, um durch Bombardierungen in der Stadt ein Blutbad und große Verwüstungen anzurichten.

Deshalb ist das Ziel, den Nachschub abzuschneiden. Nachdem Nachschub über den Mekong und die Straßen nicht mehr möglich ist, auch den aus

nicht mehr möglich ist, auch den aus

der Luft abzuschneiden, und durch Abnutzungsschlachten mit geringen Kräften die Marionettenarmee allmählich zum Zusammenbruch zu bringen. International gilt es, die US-Regierung zur Aufgabe ihrer Einmischung zu zwingen und ihr die Hände für erneute Bombardierungen zu binden.

Obwohl sie selbst eingesteht, daß sie den Sieg der Befreiungsstreitkräfte nicht mehr verhindern kann, ist die US-Regierung entschlossen, bis zum letzten Tropfen kambodschanischen Blutes zu kämpfen.

Mit der Domino-Theorie Eisenhowers will Ford das amerikanische Volk und die Weltöffentlichkeit einschüchtern. Sie besagt, daß, wenn ein Land an die 'Kommunisten' fällt. automatisch den Fall anderer 'Dominos nach sich zieht.

Diese Dominos sind jedoch nicht die Völker, sondern die Regimes in Südostasien, die ihre Völker und Länder der Ausplünderung durch die US-Monopole ausliefern. Beim amerikanischen Volk ziehen die demagogischen Lügen der US-Regierung immer weniger. Viele haben inzwischen gemerkt, daß, wenn die US-Regierung von der Gefahr redet, daß die 'Länder an die Kommunisten' fallen, diese tatsächlich an die eigenen Völker fallen und das nur die Interessen der Imperialisten und ihrer Handlanger gefährdet.

So hat eine Meinungsumfrage in den USA ergeben, daß nur 28 % meinen, der Verlust Südvietnams würde dem Ansehen der USA in der Welt schaden. Denn wenn Ford und Kissinger davon reden, daß die Welt nicht das Vertrauen in das Wort Washingtons verlieren dürfe, so will er damit den Marionetten in Südkorea, Taiwan, auf den Philippinen usw. sagen: solange ihr bereit seid, eure Völker für uns zu unterdrücken und auszubeuten, halten wir euch an der Macht.

Der US-Kongreß in Washington beginnt einzusehen, daß Lon Nols Regime erledigt ist, und neue militärische Abenteuer den US-Imperialismus nur weiter schwächen würden. Deshalb hat er bisher die Entscheidung über die Bewilligung zusätzlicher Militärhilfe für 1975 hinausgezögert und jetzt auf April verschoben. Eine starke Fraktion ist überhaupt für die Beendigung der Militärhilfe über den 30.Juni hinaus. Dann fängt das nächste Haushaltsjahr 1976 an, für das Ford 700 Millionen für Lon Nol will.

Dabei geht es bei der Auseinandersetzung nicht nur um die Millionenbeträge. Das Pentagon hat eine Menge Sonderkonten und Tricks, um sie aufzubringen. Zum Beispiel hat es kürzlich 21,5 Millionen Dollar Zusatzmilitärhilfe beschafft, indem es die 1974 gelieferten Waffen niedriger bewertete, notfalls setzt das US-Kriegsministerium seine Rüstungsgüter für den Schrottwert ein.

Bei der Auseinandersetzung um die Militärhilfe geht es jetzt um eine grundsätzliche Zustimmung des Kongresses zur weiteren militärischen Einmischung der USA in Kambodscha und Südvietnam.

Und diese grundsätzliche Zustimmung würde auch bei einer Kürzung der Militärhilfe erfolgen. Dadurch würde die US-Regierung Spielraum für erneute als "begrenzt" bezeichnete Einsätze für US-Bomber und amerikanische Luftlandeunternehmen erhalten. US-Hubschrauberstaffeln stehen vor der Küste Kambodschas schon bereit, in Thailand werden 20 B-52-Bomber startklar gehalten und auf Okinowa warten 'Ledernacken' auf ihren Einsatz.

Die Notwendigkeit ihres Einsatzes für die Evakuierung amerikanischer Staatsbürger ist genauso ein Schwindel wie die von der Verhinderung eines Blutbades. Die GRUNK hat erklärt, daß sie genügend Zeit lassen

klärt, daß sie genügend Zeit lassen

wird für die Flucht derjenigen, die sich aus Kambodscha absetzen wollen.

Die angekündigte Ablösung Lon Nols und die erfolgte 'Regierungsumbildung' bedeuten keineswegs die Vorbereitung der Kapitulation durch die US-Regierung. Zu regieren haben diese Kreaturen ohnehin nichts, weil die US-Berater das Kommando führen. Um Zeit zu gewinnen, sollen damit Illusionen über eine Verhandlungslösung geschürt werden, Lon Nols Rücktritt solle "Friedensverhandlungen" möglich machen, heißt es. Dabei ist die Haltung der GRUNK und der FUNK eindeutig:

Es wird keine Verhandlungen mit den US-Marionetten geben, keine Übergangsregierung, die dem US-Imperialismus nur eine neue Tür zur Einmischung öffnen würde. Die Regierung des kambodschanischen Volkes existiert in der GRUNK, ihr Kabinett ist vom Nationalkongreß bestimmt.

Und zur Kapitulation ist diese "Regierungsumbildung" nicht erfolgt. Zwar ist Long Boret als einziger von den sieben im Kabinett geblieben, für die der 2.Nationalkongreß die Todesstrafe beschlossen hat, aber die anderen gehören zu den erzreaktionärsten Vertretern der verschiedenen korrupten Cliquen Phnom Penhs. Ein Kambodschaner bemerkte dazu: *"Es sind immer die gleichen Figuren, wie beim Kartenspiel. Man kann sie zwar verschieden mischen, die Karten bleiben aber stets die gleichen."* (Le Monde, 23.3.)

Die Ablösung des Lon Nol-Clans von der Pfründe soll es jetzt ermöglichen, alle an ihr zu beteiligen und darüber die Neugruppierung auch der militärischen Kräfte wieder möglich zu machen, um noch eine Weile auszuhalten.

In Südvietnam versucht die US-Regierung das Scheitern ihrer bisherigen Rückeroberungspolitik der befreiten Zone dazu zu benutzen, das Pariser Abkommen ganz vom Tisch zu fegen. Dazu stellt sie das Ergebnis des Aufstandes der Bevölkerung unter Thieus Herrschaft und die Revolte seiner Truppen, die Räumung zahlreicher Städte und Militärstützpunkte als Ergebnis einer nordvietnamesischen Großoffensive hin.

Aber egal welche Manöver die US-Regierung noch einschlägt, eines ist sicher: Das kambodschanische Volk und das vietnamesische Volk werden den US-Imperialismus vollständig besiegen und aus ihren Ländern vertreiben.

–H.L.–

Die schlechte Lage der Landarbeiter wurde festgeschrieben

In der letzten Woche wurde mit einem von der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft (GGLF) und den Agrarkapitalisten einstimmig angenommenen Schlichtungsspruch die Lohnrunde für die Landarbeiter im Prinzip abgeschlossen. Die etwa 120 000 Landarbeiter sollen vom 1. Februar an durchschnittlich 7,5 % mehr Lohn erhalten.

Das sind 46 Pfennig mehr auf den bisher vereinbarten Facharbeiterlohn von 6,14 DM. Man muß aber auch wissen, daß dieser Lohn regional mit einer Spanne von 40 Pfennig schwankt und daß der Lohn angelernter Arbeiter für schwere Arbeiten 1973/74 etwa 60 Pfennig, der von angelernten für leichte Arbeiten 1,80 DM unter dem Facharbeiterlohn (also bei 3,80 DM) lag (siehe Agrarbericht 1975 der Bundesregierung).

Die Landarbeiter erhalten wohl die niedrigsten Tariflöhne aller Arbeiter, und der neue Tarifabschluß wird ihr Elend nicht bessern, denn damit wird kaum die ständige Teuerung ausgeglichen. Das Leben in den ländlichen Gebieten ist ja keineswegs billiger als in den Städten. Zwar können einige landwirtschaftlichen Produkte (Eier und Kartoffeln z.B.) preisgünstiger gekauft werden, dafür sind alle anderen Güter durchweg teurer.

Es wundert deshalb nicht, daß die Landarbeiter bereit sind, durchschnittlich wesentlich länger zu arbeiten als die Industriearbeiter (tariflich 44 Stunden pro Woche; tatsächlich mehr als 49 Stunden pro Woche, das sind im Schnitt 5,5 Stunden mehr als die Industriearbeiter). Die durch Hungerlöhne erzwungene längere Ar beitszeit bedeutet für die Arbeiter Raubbau an ihrer Gesundheit, denn vielfach haben sie schwere körperliche Arbeit zu verrichten oder sie sitzen endlos auf oft unerträglich lauten Traktoren und Maschinen, auf denen sie sich vor allem die Bandscheiben ruinieren, von den Beeinträchtigungen durch Staub, Nässe Dreck und Kälte ganz zu schweigen.

Wie sich die Ausbeutung der Landarbeiter für die Großbauern und Gutsherren auswirkt, zeigen die folgenden Zahlen (Durchschnitt aller Betriebe in der BRD in 1 000 DM).

Betriebsgröße	50–75	75–100	üb. 100 ha
Betr.einkommen	63,3	95,7	169,9
Fremdlöhne	12,1	27,9	68,8
Betriebsgewinn	42,7	56,6	72,1

Die durchschnittlich vier Landarbeiter eines Betriebs über 100 ha bringen ihrem Bauern also jeder 18 000 DM Gewinn, auf günstigen Standorten und bei guter Bewirtschaftung auch das Doppelte und mehr. Dies vor allem dann, wenn durch Spezialisierung und Rationalisierung Arbeitskräfte eingespart werden: Während von 1960 bis 1967 die Zahl der Betriebe mit über 50 ha um 54 % auf etwa 25 000 zugenommen hat, ist die Zahl der Landarbeiter von 330 000 um zwei Drittel gesunken.

Es ist aber weniger die Sorge um den Arbeitsplatz, die die Landarbeiter trotz Lohnraub ruhig bleiben läßt und damit erbärmliche Löhne und schlechte Arbeitsbedingungen zum Dauerzustand macht. Die Landarbeiter leben und arbeiten völlig zersplittert auf den Gütern. Sie sind deshalb nur zu einem geringen Teil gewerkschaftlich organisiert, der Austausch von Erfahrungen und die Zusammenfassung zum gewerkschaftlichen Kampf ist äußerst schwierig. Umgekehrt werden sie von der bäuerlichen Ideologie vom Wert der Landwirtschaft und des Landlebens beeinflußt, bleiben dem dörflichen Zusammenhang verhaftet und ertragen ihr Schicksal kleiner Vorteile wegen (z.B. eigener Garten und eigenes Schwein, saubere Luft, relativ abwechslungsreiche Arbeit).

Aber die Landarbeiter sind ein Teil der Arbeiterklasse, deren Gewinnung für die Revolution nicht versäumt werden darf. Die großen Schwierigkeiten dürfen die Kommunisten nicht schrecken.

D., Hannover

Die sowjetische Arbeiterklasse ist den Firmenbossen schutzlos ausgesetzt

Nach einer Meldung der Moskauer Gewerkschaftszeitung "Trud" können die Firmenbosse Arbeiter fristlos und ohne Konsequenzen auf die Straße setzen.

Zwar kann der Betroffene vor dem Arbeitsgericht gegen den Rausschmiß klagen; der Richter kann den Firmenboss aber nicht zwingen, zum Gerichtstermin zu erscheinen. Die Folge davon ist: Die Verhandlung muß immer wieder verschoben werden und der Prozeß findet nie statt.

Dieses Beispiel zeigt deutlich, daß die Sowjetunion wieder ein kapitalistisches Land geworden ist, in dem das Grundrecht auf Arbeit nicht existiert und die Direktoren zu Bossen geworden sind, deren einziges Interesse es ist, möglichst viel Profit aus der Arbeiterklasse herauszuschlagen.

In der Volksrepublik China dagegen existiert erstens das Recht auf Arbeit, zweitens sind dort die Mitarbeiter des Staates verpflichtet, "sich konsequent von der proletarischen Politik leiten (zu) lassen, den Bürokratismus (zu) bekämpfen, sich eng mit den Massen (zu) verbinden und ganz dem Volk (zu) dienen. Die Funktionäre aller Ebenen müssen an der kollektiven Produktionsarbeit teilnehmen." (Verfassung der Volksrepublik China, Artikel 11)

–A.S., Herne–

Osthandel in der Bauindustrie

Ein norddeutsches Bauunternehmen, das zur Zeit einen Großauftrag in Polen anlaufen hat, läßt "seine" Bauarbeiter auf folgende Art in den Genuß jener durch Osthandel gesicherten Arbeitsplätze kommen: Man sagt den Bauarbeitern auf den langsam auslaufenden Baustellen in der BRD, daß sie ja selbst wissen, daß dieses Projekt im Frühjahr fertig wird und daß es keine Anschlußaufträge in Westdeutschland gibt, sie also damit rechnen müssen, ab Frühjahr auf der Straße zu stehen. Es sei denn, sie verpflichten sich, für zwei Jahre auf der Baustelle in Polen zu arbeiten. Nicht einmal Trennungsgeld soll es dafür geben.

–U.W., Bremen–

Die Lage der Arbeiterjugend erfordert grosse Kampfschritte

Verschiedene Bezirksleitungen des DGB rufen für Mitte April zu Demonstrationen gegen die Jugendarbeitslosigkeit und gegen die Zustände in der Berufsausbildung auf. So in Stuttgart am 12. April in Dortmund und in Frankfurt am 19. April.

Ungefähr zur gleichen Zeit, am 16. April, soll der jetzt vorliegende "Referentenentwurf zur Reform der beruflichen Bildung" zum Regierungsentwurf erhoben werden.

Nach langer Rangelei zwischen Rhode und Friderichs haben sich die Ministerien auf den jetzt vorliegenden Kompromiß geeinigt. Er enthält keine grundlegenden Änderungen gegenüber dem 69-er Berufsbildungsgesetz. Einerseits sollen Betriebe mit einer Lohn- und Gehaltssumme von über 400 000 Mark in Notfällen eine Berufsbildungsabgabe von 0,25 % ihrer Lohn- und Gehaltssumme an die Berufsgenossenschaft zahlen. Andererseits soll bei der Bundesregierung ein "mitwirkendes" Berufsbildungsinstitut geschaffen werden.

Dieser Entwurf wird von den Kapitalistenverbänden abgelehnt. Er ist ihnen viel zu weitgehend und wird als uneffektiv bezeichnet. Sie wollen keine Änderung des Gesetzes von 1969.



Über 500 demonstrierten am 19.3. in Mannheim trotz Regen und Schnee gegen die Folgen der Jugendarbeitslosigkeit.

Ebenfalls lehnt der DGB den Entwurf ab. Er fordert die obligatorische Berufsbildungsabgabe und den Entzug des Rechts der Kapitalistenkammern, die Berufsausbildung zu bestimmen.

Die CDU-regierten Länder sind ebenfalls gegen den Entwurf. Die CDU hat verfassungsrechtliche Bedenken.

Eine Anhörung der Verbände beim Bundeswissenschaftsministerium hat keinerlei Übereinkunft geschaffen. So wird der Streit auf der parlamentarischen Ebene noch eine Zeit weitergeführt werden.

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung vermutet schon, daß die Reform vor den nächsten Wahlen nicht mehr über die Bühne zu kriegen ist.

Für die Arbeiterjugend kann es nur gut sein, wenn die bürgerlichen Politiker und die Kapitalisten sich nicht allzu rasch einigen. Sie wird die Zeit gut nutzen können, um sich über ihre Ziele und ihre Mittel im Kampf um eine bessere Berufsausbildung Klarheit zu schaffen. Denn von den sich gegenüberstehenden Alternativen in dem zur Zeit laufenden Streit kann die Arbeiterjugend keine akzeptieren.

Es wird ein Streit geführt, wo das Recht der Kapitalisten, die Berufsausbildung zu bestimmen und durchzuführen, nicht angetastet wird. Deutlich wird dies an der Frage der Finanzierung der Berufsausbildung. Die Streitpunkte gehen nur noch darum, welcher Kapitalist wann finanziert werden soll und welcher wann die Abgaben zahlen soll.

Die früheren Vorstellungen von Rhode hören sich zwar im ersten Moment ganz schön an, denn er vertrat, daß alle Kapitalisten Abgaben für die Berufsausbildung zahlen sollen.

Aber läßt man sich erst einmal auf diesen Streit ein, so hat man schon akzeptiert, daß die Kapitalisten überhaupt das Recht haben, die Ausbildung der Arbeiterjugend in ihren Händen zu haben.

Die Arbeiterjugend wäre schlecht beraten, wollte sie in diesem Streit für die eine oder die andere Seite Partei ergreifen. Dann würde sie mit darum streiten, wann welcher Kapitalist auch noch Prämie dafür erhält, wenn er Lehrlinge beschäftigt. Nicht nur, daß sie auf Gedeih und Verderb in der Ausbildung an den Kapitalisten verkauft sind, sie würden selbst noch Zwietracht in den eigenen Reihen säen.

Der eine junge Arbeiter kommt bei einem kleinen Krauter unter, der ihn von morgens bis abends nichts anderes als Hilfsdienste machen läßt, der andere in einem Großbetrieb, wo er eine einigermaßen gute Ausbildung an neuer Maschinerie erhält.

Letztendlich bliebe alles so, wie es jetzt ist. Die Kapitalisten würden, um eine Prämie zu erhalten, einige junge Arbeiter auf die Straße setzen und angeben, sie hätten kein Geld mehr für die Ausbildung. Dann würden sie die Prämien bekommen und wieder einige einstellen.

Gerade so, wie es jetzt die Kapitalisten mit der Investitionsprämie machen, wo sie sich Maschinen anschaffen, um noch mehr Arbeiter freizusetzen. Aber kein Gedanke daran ist, daß es dadurch weniger Arbeitslose gäbe.

Die Arbeiterjugend hat ihre Erfahrungen gemacht mit der Berufsausbildung bei den Kapitalisten. Sie wird deshalb dem Streit entgegentreten müssen unter der Losung:

Die Ausbildung der Arbeiterjugend darf nicht länger Privatsache der Kapitalisten sein.

In dem Referentenentwurf ist konsequenterweise auch nichts geändert an dem Recht der Kammern, Träger der Berufsausbildung zu sein. Das geplante Institut beim zuständigen Ministerium hat demnach nur beratende Aufgaben. Aber auch das ist den Kapitalistenverbänden schon zuviel.

Die offizielle DGB-Stellungnahme in der "Quelle" Nr. 3/75 heißt: "Abgelehnt wird von den Gewerkschaften insbesondere jede Vorstellung, den Kammern der Arbeitgeber auch weiterhin Aufgaben der beruflichen Bildung als zuständige Stellen zu übertragen."

Auf der parlamentarischen Bühne wird derzeit sicher kein Deut dieser Forderung verwirklicht werden. Deshalb sind die geplanten Demonstrationen des DGB der entscheidende Hebel, den die Arbeiterjugendlichen nutzen müssen, um für ihre Forderungen zu demonstrieren, den bürgerlichen Parteien, dem Staat und den Kapitalistenverbänden zu zeigen, daß die Arbeiterjugend klare Forderungen hat und gewillt ist, sie auch durchzusetzen.

Wie die konkreten Forderungen aussehen müssen, darüber wird in den Gewerkschaften und anderen Körperschaften der Arbeiterjugend noch heftig diskutiert. Es sind Forderungen nach paritätischer Mitbestimmung im Gespräch oder nach überbetrieblichen Lehrwerkstätten.

Einheit besteht bei diesen verschiedenen Vorstellungen aber darin, daß die Ausbildung den Kapitalisten entrissen werden muß. Darauf kann die Einheit in den Körperschaften der Arbeiter und der Jugend hergestellt werden, darauf aufbauend kann die Diskussion geführt werden, welche konkreten Forderungen aufgestellt werden müssen.

Die **Heidelberger Gewerkschaftsjugend** hat in einem Flugblatt zu der Mannheimer und Stuttgarter Demonstration aufgerufen, unter folgenden Losungen zu demonstrieren:

"Notwendig ist, daß die arbeitslosen Jugendlichen am Fachklassenunterricht nach ihrer Wahl teilnehmen können und dies auf die spätere Ausbildung angerechnet wird,

daß die Schulabgänger ohne Arbeit als Arbeitslose anerkannt werden,

daß den arbeitslosen Jugendlichen die Unterstützung vom Arbeitsamt so erhöht wird, daß ihre Existenz unabhängig von Dritten gesichert ist."

Die Delegiertenversammlung des **Jugendzentrums Müllheim (Baden)** hat in einer Resolution festgestellt: "Formal wird der Jugend das Recht auf eine Schulbildung bis zum 18. Lebensjahr versprochen. Wie sieht aber die Realität aus? Jugendliche Arbeitslose – **wenn** sie zur Berufsschule müssen, kommen meist in Hilfsarbeiterklassen. In diesen Hilfsarbeiterklassen können die Jugendlichen nichts Sinnvolles lernen; aber auch die Jugendlichen, die eine Lehre machen, bekommen gerade so viel Unterricht, daß sie die Prüfung ablegen können. Demgegenüber erklären wir, daß die gesamte Jugend eine Ausbildung braucht, die unentgeltlich ist sowie praktisch und theoretisch die Grundlagen aller Hauptzweige der Produktion vermittelt. Dieser Schultyp, der der Einheitsschule entspricht, wird besucht von **allen Kindern beiderlei Geschlechts** bis zum 18. Lebensjahr, die Kosten für Lehrmittel, Nahrung und Kleidung werden durch den Staat getragen."

Geht die Arbeiterjugend von diesem Standpunkt an die Fragen der Berufsausbildung, dann hat sie eine Perspektive in ihrem Kampf für eine bessere Berufsausbildung gegen die Kapitalisten und ihren Staat. Andere Forderungen, die in der Diskussion sind, bieten nicht die Möglichkeit, daß der Kampf für eine Berufsausbildung, die nicht mehr die Privatsache der Kapitalisten ist, Erfolg haben kann. Sie ändern nichts an dem bisherigen Recht der Kapitalisten.

Die Vorbereitungen und die Durchführung der Demonstrationen wird weiter Klarheit in den Reihen der Arbeiterjugend schaffen und die Aktivitäten zur Durchsetzung ihrer Forderungen erhöhen. So hat der **Darmstädter Kreisjugendausschuß des DGB** folgenden Aktionsplan beschlossen:

Aktionswoche gegen Jugendarbeitslosigkeit

Der Kreisjugendausschuß Darmstadt des DGB hat auf seiner Sitzung am 6. März folgende Aktionswoche beschlossen:

– 10. März: Erarbeitung von Argumentationsketten zur Neuordnung der beruflichen Bildung.
– 5. April: Lehrgang mit Personal- und Betriebsjugendvertretern sowie jugendlichen Vertrauensleuten.
– 12. bis 18. April: Informationsstände in der Stadt.
– 14. bis 18. April: Flugblattverteilung an Darmstadts Berufsschulen und eventuell Darmstädter Betrieben.
– 18. April: Plakataktion mit Hinweis auf die Podiumsdiskussion. Podiumsdiskussion mit Bundestagsabgeordneten.
– 19. April: Zentrale Demonstration für den südhessischen DGB-Bereich in Frankfurt. Abends Lehrlingsfest in der Oetinger Villa.

Desweiteren sind folgende Aktionen beschlossen worden:
– Schreiben an die Darmstädter Bundestagsabgeordnete
Straßentheater, Aktionen an Berufsschulen (z. B. SV-Stunden, Vollversammlungen), Lehrgängen und Abendveranstaltungen mit arbeitslosen Jugendlichen.

Mit solchen Aktionen und den richtigen Forderungen werden die Demonstrationen ein großer Erfolg für die Arbeiterjugend werden und den bürgerlichen Parteien die Suppe versalzen, wieder klammheimlich ein Gesetz zu verabschieden, das wieder nicht den Interessen der Arbeiterjugend dient.

db.

Haushalt führt zu Steuererhöhungen

In der letzten Woche verabschiedete der Bundestag mit den Stimmen der SPD/FDP-Koalition den Bundeshaushalt. 1975. Dagegen stimmten die Abgeordneten der CDU/CSU.

Allzuviel Bedeutung hatte diese Debatte nicht mehr. Denn schon längst, noch bevor der Bundestag zugestimmt hat, ist die Regierung auf der Grundlage dieses Haushaltes Verpflichtungen eingegangen. Wie wenig bedeutend das noch war, sieht man auch daran, daß in wenigen Wochen bereits die Debatte um den Haushaltsentwurf 1976 beginnt.

Insgesamt beträgt der Bundeshaushalt dieses Jahres 155,15 Milliarden DM gegebüber einem Betrag von 136,4 Milliarden DM im Jahre 1974. Mit anderen Worten, die Regierung gibt 1975 knapp 12 % mehr aus als 1974. Bis zum Abschluß der Tarifverhandlungen in diesem Jahr propagierte die Regierung ständig, man müsse sparsam sein. Man dürfe nicht mehr ausgeben, als man hat. Ihr Haushalt sei vorbildlich, stiege er doch nur um 8 %. Und während der bereits im Sommer 1974 von der Regierung vorgelegte Bundeshaushalt 1975 tatsächlich nur um 8 % gegenüber dem 1974er Haushalt gestiegen war, nämlich auf 147,3 Milliarden DM, wurde er jetzt auf einmal mit dem wesentlich größeren Betrag von 155,15 Mrd. DM verabschiedet.

Man sieht daran, wie teuer der bürgerliche Staat ist, wie schwer er auf den Lohnabhängigen lastet, die den größten Teil dieses Haushaltes mit ihren Steuern bezahlen müssen. Und während auf der einen Seite die staatliche Ausplünderung der Lohnabhängigen durch Steuern zunimmt, tut eben dieser Staat auf der anderen Seite alles, daß die Löhne der Arbeiter möglichst niedrig bleiben.

Die bürgerliche Presse, die Regierung und die Parteien verkünden ständig, die Aufgaben dieses Staates seien im "allgemeinen Interesse". Die Regierungskoalition geht damit hau · sieren daß der Sozialhaushalt größer als der Verteidigungshaushalt sei und nichts zeige besser die sozialreformerische Absicht der Regierungskoalition.

Die Ausgaben für den staatlichen Gewaltapparat sind weit höher, als die Regierung behauptet.

Tatsächlich ist der im Haushalt ausgewiesene Betrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales mit 31,63 Mrd. DM größer als der des Verteidigungsministerium, der knapp 31 Mrd. DM beträgt. Aber es wäre ein Irrtum anzunehmen, der Militär- und Gewaltapparat der bürgerlichen Klasse werde nur über den Verteidigungshaushalt finanziert.

Da werden beträchtliche Mittel aus dem 4-Milliarden-Etat des Ministeriums für Forschung und Technologie aufgewandt, um die Entwicklung neuer Waffensysteme voranzubringen. Da werden Mittel aus dem Etat des Innenministeriums verwandt, der nicht nur für Polizeizwecke, sondern auch für den Unterhalt und Ausbau des Bundesgrenzschutzes dient. Hinzu kommen über eine halbe Milliarde DM für zivile Verteidigung und eine weitere knappe Milliarde Verteidigungskosten für den Unterhalt der NATO-Truppen auf westdeutschem Boden. Aber auch damit sind die Verteidigungskosten noch nicht vollständig aufgezählt. Denn auch die vielfachen Subventionen für Rüstungsbetriebe, die über den Etat des Wirtschaftsministeriums laufen, gehören dazu.

Bundeshaushalt 1975

Ressort	Ausgaben-Soll (i. T.)
01 Bundespräsidialamt	12 191
02 Bundestag	228 138
03 Bundesrat	8 502
04 Bundeskanzleramt	304 901
05 Auswärtiges Amt	1 249 326
06 Innenministerium	2 219 133
07 Justizministerium	263 101
08 Finanzministerium	2 148 090
09 Wirtschaftsministerium	2 991 559
10 Ernährungsministerium	5 476 932
11 Arbeitsministerium	31 625 786
12 Verkehrsministerium	18 988 016
13 Postministerium	103 564
14 Verteidigungsminist.	30 995 015
15 Familienministerium	14 728 914
19 Bundesverfassungsgericht	8 533
20 Bundesrechnungshof	28 218
23 Entwicklungshilfemin.	3 258 659
25 Bauministerium	4 110 987
27 Innerd. Beziehungen	408 190
30 Forschungsministerium	4 076 126
31 Bildungsministerium	4 399 017
32 Bundesschuldenverwalt.	6 818 223
33 Versorgung	7 230 363
35 Verteidigungslasten	918 295
36 Zivile Verteidigung	569 477
60 Allg. Finanzverwaltung	11 978 105

Man wird nicht übertreiben, wenn man behauptet, daß rund 40 Mrd. DM für den Unterhalt der Armee und des staatlichen Gewaltapparates vom Bund ausgegeben werden. Noch größer wird der Betrag, wenn man die entsprechenden Posten aus den Länderhaushalten noch hinzurechnet. Ganz im Irrtum wäre man, wenn man meint, es kommen wenigstens die 31 Mrd. des Arbeits- und Sozialministeriums den Lohnabhängigen zugute. Welcher Betrug damit betrieben wird, sieht man, betrachtet man die darin enthaltenen Zuschüsse an die Bundesanstalt für Arbeit. 3,2 Mrd. soll die Bundesanstalt für Arbeit dieses Jahr an Zuschüssen und Darlehen durch den Bund erhalten, weil sie die Arbeitslosengelder, die Arbeitslosenhilfe und die Umschulungsgelder nicht mehr durch ihre Einnahmen, aus den Beträgen der Lohnabhängigen, decken könnte.

Arbeitslosengelder als Kredite für die Kapitalisten

Freilich, Geld hat die Bundesanstalt für Arbeit genug, denn jahrzehntelang hat sie aus den Beiträgen der Lohnabhängigen weit mehr eingenommen, als sie ausgeben mußte.

Aber dieses überschüssige Geld, das die Lohnabhängigen aufgebracht haben, hat sie langfristig angelegt, so daß sie jetzt nicht darüber verfügen kann.

Nach § 220 des Arbeitsförderungsgesetzes muß die Bundesanstalt nämlich einen großen Teil ihrer Überschüsse langfristig der Industrie in strukturschwachen Gebieten als Kredit zur Verfügung stellen. Die 'Welt der Arbeit' schreibt dazu: "Die Zinsen sind unwahrscheinlich günstig. Sie betragen nur 2 %."

Das hat es also mit der Pleite der Bundesanstalt für Arbeit auf sich, die jetzt durch Zuschüsse über den Bundeshaushalt verhindert werden muß. Die Beitragsgelder der Lohnabhängigen werden den Kapitalisten praktisch umsonst als Kredite mit 10 bis 15 Jahren Laufzeit zur Verfügung gestellt, und wenn die Lohnabhängigen arbeitslos sind und ihr Geld einfordern, ist keines da, werden die Beiträge der Arbeitslosenversicherung erhöht wie zu Beginn dieses Jahres. Für die Kapitalisten ist dies ein gutes Geschäft, während die Lohnabhängigen so noch um ihre Beitragsgelder gebracht werden.

Die Schulden führen zu Steuererhöhungen

Im Mittelpunkt der Auseinandersetzung um diesen Haushalt stand die hohe Schuldensumme von 23 Mrd. DM, die die Regierung dieses Jahr machen will. Die Regierung behauptet, diese Summe sei notwendig, um den Steuerausfall wettzumachen. Aber auch dies ist ein glatter Schwindel. Denn erstens hat die Regierung den Steuerausfall selbst nur mit 14 Mrd. veranschlagt, und zweitens hat sie bisher aus den Lohnsteuern nicht weniger eingenommen als 1974, sondern ganz im Gegenteil mehr.

Die gesamten Steuereinnahmen des Staates steigen nach neuesten Schätzungen 1975 um 5,7 %. Diese Steigerung bezahlen aber fast ausschließlich die Lohnabhängigen. In der 'Frankfurter Rundschau' vom 14.3. heißt es dazu: "Nach überschlägigen Berechnungen kann man aber jetzt schon davon ausgehen, daß das Millionenheer der Lohnsteuerzahler trotz der Reform in diesem Jahr nochmals 7 Mrd. oder 10 % mehr als 1974 entrichten wird."

Wenn also trotz 1,2 Millionen Arbeitsloser und trotz fast einer Million Kurzarbeiter die Arbeiterklasse in diesem Jahr 10 % mehr Lohnsteuer zahlen muß als 1974, so kann man daran sehen, wie sehr trotz der Steuerreform die staatliche Ausplünderung durch die Steuern zunimmt.

Daß die hohe Schuldenaufnahme der Regierung diese Ausplünderung noch verschärfen wird, liegt auf der Hand. Denn diese Schulden werden eines Tages mit Zins und Zinseszins zurückgezahlt werden müssen. Wie diese Zurückzahlung erfolgen wird, kann man auch heute schon sagen, durch Steuererhöhungen im nächsten oder übernächsten Jahr.

–e.r.–

Das Ergebnis der Betriebsratwahlen bei der Klöckner-Hütte Bremen

Die Wahlen als Hebel für den Zusammenschluss der Belegschaft genutzt

7 Listen kandidierten/ Ein großer Teil der Belegschaft weiß, wo der Feind steht/ Polarisierung im Betriebsrat

Auf der Klöckner-Hütte Bremen ist die Betriebsratswahl entschieden. Die im Laufe des letzten Jahres immer deutlicher hervortretende Spaltung im Betriebsrat hatte den Schritt vorgezogener Betriebsratswahlen hervorgebracht.

(Zur Einschätzung der Ursachen dieses Rücktritts verweisen wir noch einmal auf die KVZ Nr.3 vom 23.1.1975.)

Was war die Ausgangslage der Wahl?

Nach der Niederlage der Belegschaft im Juni-Streik 1973 setzte der Kapitalist nach. Das Vertretungsorgan der Belegschaft sollte geschwächt werden. Mit Hilfe des IGM-Arbeitsdirektors und der SPD-Betriebsgruppe wurde dem Betriebsratsvorsitzenden Röpke (DKP) gekündigt.

In der Folgezeit verstrickte sich der Betriebsrat in interne Auseinandersetzungen und isolierte sich von der Belegschaft.

Im November 1974 brach die Auseinandersetzung offen aus: Röpke wurde zum Rücktritt "aus gesundheitlichen Gründen" gezwungen. Mit diesem Rücktritt, der von ehemals "linken" SPDlern, zwei DKPlern, der rechten SPD und dem Arbeitsdirektor inszeniert worden war, war die Mehrheit der DKP-Betriebsgruppe, mit Röpke sympathisierende Betriebsräte und verschiedene Kollegen aus dem Vertrauensleutekörper nicht einverstanden. Sie forderten, daß er zum 2.Vorsitzenden kandidiere. Für die Belegschaft entstand der Eindruck, als herrsche im Betriebsrat völliges Chaos.

Der Kapitalist hatte ein Interesse daran, einen Betriebsrat zu bekommen, der ihm nicht widerspricht, um die klassenbewußten Elemente aus dem Betrieb zu säubern und für die Krise eine gute Ausgangsposition zu haben. Er bediente sich dazu des "Mitbestimmungsorgans" Arbeitsdirektor, der rechten SPD und kaufte Teile der "linken" SPD. Daß er dabei sogar die Unterstützung zweier DKP-Betriebsräte fand, war nicht zufällig: Beide handelten auf parteioffiziellem Kurs, der Aktionseinheit mit allen möglichen Sozialdemokraten fordert und die Mitbestimmung hochhält. Der Rest der DKP-Betriebsräte folgte dieser Politik nicht.

Gegen die Politik der rechten Sozialdemokraten und der umgefallenen "linken" Sozialdemokraten entwickelte sich eine breite Front kommunistischer und sozialdemokratischer, DKP- und parteiloser Kollegen. Aus diesem Block entstand später die Liste 3.

Der Kampf um die Einheit

Die ersten öffentlich geführten Auseinandersetzungen um die Betriebratswahl war die Abstimmung über gemeinsame oder getrennte Wahlen von Arbeitern und Angestellten und der Kampf um eine Einheitsliste der IGM mit alphabetischer Reihenfolge.

In der Debatte um gemeinsame oder getrennte Wahlen vertraten wir im Betrieb den Standpunkt, daß Arbeiter und Angestellte grundsätzlich die gleichen Interessen haben und nur gemeinsam etwas erreichen können. Die rechte Sozialdemokratie dagegen, die sich im wesentlichen aus Angestellten rekrutiert und dort ihre Basis hat, trat für getrennte Wahlen ein. Die Mehrheit der Angestellten entschied sich für getrennte Wahlen, weil sie sich durch den bisherigen Betriebsrat schlecht vertreten fühlten.

Die nächste Hürde für die Spalter der Belegschaft war die Entscheidung im Vertrauensleutekörper für oder gegen eine Einheitsliste. Schon vor der Vertrauensleuteversammlung waren im Betrieb Unterschriften für eine Einheitsliste gesammelt worden, weil abzusehen war, daß es zur Listenwahl kommen könnte. Die Stimmung unter den Kollegen war für Persönlichkeitswahl. Das Startzeichen für die Spalter gab diesmal die IGM-Ortsverwaltung. Sie erklärte auf der Vertrauensleuteversammlung eine Liste des Christlichen Metallarbeiter Verbandes sei zu erwarten, und eine alphabetische Liste daher nicht angebracht. Weiter sei die Situation auf der Hütte so gespalten, daß sie, die Ortsverwaltung, falls mehrere IGM-Listen notwendig würden, ihren Segen dazu geben würden. Damit war die Spaltung perfekt. Nacheinander standen die Listenführer auf und erklärten, daß auch sie angesichts dieser Situation eine Liste einreichen würden. Sieben Listen allein für den Arbeiterbereich waren entstanden, davon sechs mit IGM-Mitgliedern. Die Angestellten-Vertrauensleute beschlossen auf einer eigenen Versammlung, die Aufstellung einer einzigen IGM-Liste für die Angestellten.

Die Politik der verschiedenen Listen

Die Liste 1 wurde die Liste des Christlichen Metallarbeiter Verbandes. Diese CDU-Ableger waren auf Klöckner das erste Mal dabei. Die Kollegen dieser Liste waren als Interessenvertreter ziemlich unbekannt. Ihr offizielles Programm bestand zunächst im Kampf gegen die IGM. Gegenüber den Klöckner-Kapitalisten stellte sie keine Forderung auf, vielmehr trat sie für die freie Marktwirtschaft ein. Ihre politische Funktion ist, daß sie aufgrund der Unzufriedenheit der Belegschaft mit der bisherigen Betriebsratsarbeit und der offiziellen IGM-Politik Stimmen sammeln und die Spaltung vertiefen.

Die Liste 2 wurde angeführt von dem ehemals linken Sozialdemokraten H. Bär, der mittlerweile voll auf die Seite der Direktion übergegangen ist. Diese Liste hatte der Belegschaft nur einige Arbeitserfolge einiger ihrer Anführer in der paritätischen Lohnkommission anzubieten. Weder erklärte sie der Belegschaft, einiger ihrer Anführer in der paritätischen Lohnkommission abzubieten. Weder erklärte sie der Belegschaft, wo sie steht, noch, was sie vorhat. Wesentliches Ziel ihrer Köpfe war, wieder in den Betriebsrat zu kommen.

Die Liste 4 präsentierte sich als die "Liste des Vertrauens". Auch sie baute auf der Kritik der Belegschaft an der bisherigen Betriebsratspolitik. Demgegenüber stellte sie sich als die bessere Mannschaft dar, die ohne Parteipolitik und sachlich die Interessen der Belegschaft vertreten und **durchsetzen will.** Hier zeigt sich die Beschränktheit dieser Liste: Sie selbst bürgen für die Durchsetzung und möchten dafür Vertrauen. Aber gerade die Geschichte der Klöckner-Hütte beweißt, daß die Erfolge der Belegschaft nicht Ergebnis des Einsatzes einsamer Kämpfer, sondern der gesamten Belegschaft sind. Außerdem nannten sie Ziele wie "Gute Zusammenarbeit" und "Gute Menschenführung", wo gerade die Krise zeigt, daß diese Illusionen der Vergangenheit angehören.

Die Liste 5 sagte klar, wo sie steht. Sie war und ist ausführendes Organ des Arbeitsdirektors. Ihre führenden Köpfe hatten schon 1969 und 1972 eine Abfuhr bekommen. Weil die dem Betrieb nicht wehtun können, stellten sie keinerlei Forderungen auf, sondern beschränkten sich auf antikommunistische Hetze. In ihrem Haß auf die klassenbewußten Kräfte in der Belegschaft gingen sie allerdings zu weit. Öffentlich begrüßten sie in ihrer Betriebszeitung "Hüttenzaun" die Listenwahl, weil *"neue ... Gewerkschaften hier eine bessere Möglichkeit haben, sich den Wählern vorzustellen und wählen zu lassen"*. Das war ein wenig zuviel und brachte die Vertreterversammlung der IGM in Bremen dazu, Heinz Prott, einen der Verantwortlichen für den "Hüttenzaun", nicht wieder in die Ortsverwaltung zu wählen. Auch in der Belegschaft schadete ihnen ihr Vorgehen. Während sie einerseits von sachlicher Betriebsratsarbeit redeten, die es seit Jahren nicht mehr gäbe, sagten sie selber nicht, was sie tun wollen. Vielmehr tauchten jeden Tag erneut Hetzblätter gegen "die Kommunisten" auf, die eindeutig ihre Handschrift trugen. Man kann sagen, daß sie gerade dadurch zu einem Wahlhelfer der Liste 3 wurden.

Die Listen 6 und 7 waren reine Bereichslisten. Liste 6 für das Kaltwalzwerk, Liste 7 für das Warmwalzwerk. Sie bauten darauf, daß sie in beiden Werken bekannt seien und schon deswegen gewählt würden. Aussagen machten sie wenig, Programme wollten sie nicht aufstellen, und wie sie zum Kapitalisten stehen, sagten sie auch nicht.



Die Köckner Kollegen im Streik 1969 für 0,70 DM mehr.

Liste 3

Die Liste 3 war die einzige, die zur gegenwärtigen Lage der Belegschaft Stellung nahm und die aus dieser Lage heraus Forderungen gegen die Klöckner-Kapitalisten formulierte, hinter denen sich die Belegschaft zusammenschließen kann.

Diese Liste war entstanden in den Auseinandersetzungen nach Röpkes Rücktritt. 37 Kollegen unterstützten diese Liste durch ihre Kandidatur, darunter nur wenige Mitglieder der DKP.

Grundlage dieser Liste war zunächst nur die Erkenntnis der auf dieser Linie kandidierenden Kollegen, daß es sich bei den Auseinandersetzungen um den Rücktritt von Heinz Röpke vom Vorsitz des Betriebsrates im wesentlichen um einen Schachzug des Werksvorstandes handelte, um den gesamten Betriebsrat endlich wieder in die Hand zu bekommen.

Weiter war diesen Kollegen klar, daß hinter der SPD-Betriebsgruppe der Werksvorstand in Person des Arbeitsdirektors Sporbeck stand und daß diese Leute mit den Interessen der Belegschaft nichts im Sinn haben. Diese richtige Einschätzung geht zurück auf langjährige Erfahrungen, die diese Kollegen als Betriebsräte oder Vertrauensleute in den Auseinandersetzungen und Kämpfen der letzten Jahre auf der Hütte gemacht hatten.

Der Vorschlag der Betriebszelle des KBW

Diese Einschätzung der Kollegen teilte auch unsere Betriebszelle. Uns kam es aber vor allem darauf an, die Betriebsratswahl trotz der Aufstellung von sieben verschiedenen Listen als Hebel zur Überwindung der Zersplitterung und zum Zusammenschluß der Belegschaft auf der Grundlage von Forderungen zu nutzen. Wir haben deshalb gesagt, daß man diesen Angriffen der Klöckner-Kapitalisten nur erfolgreich begegnen kann, wenn man die Interessen und Forderungen der Belegschaft in der Form eines Arbeitsprogrammes für den Betriebsrat zusammenfaßt und darauf hinarbeitet, daß sich die Belegschaft auf der Grundlage dieser und ähnlicher Forderungen zusammenschließt.

Diesen Vorschlag haben wir in der Betriebszeitung "Der Zunderbrecher" veröffentlicht und haben dazu auch inhaltliche Forderungen genannt, wie z . B. voller Lohnausgleich bei Kurzarbeit, verschärfte Kontrolle der Arbeitssicherheit, Sanitätsstellen rund um die Uhr, Beibehaltung der 40-stündigen Betriebsweise im Kaltwalzwerk, einheitliche Zulage für alle Angestellten in der Höhe der Prämie, die in der Produktion gezahlt wird. Diesen Vorschlag haben wir in einigen Abteilungen mit den Kollegen diskutiert. Die meisten Kollegen fanden diesen Vorschlag richtig und gut, einige waren allerdings auch skeptisch und meinten, daß das wahrscheinlich bloß Wahlpropaganda bleiben würde. Den gleichen Vorschlag haben wir den Kandidaten der Liste 3 gemacht. Die Linie des Vorschlags und einige Forderungen sind in das Programm dieser Liste mit aufgenommen. Auf der Grundlage dieses Programms hat die Betriebszelle die Liste 3 in den Diskussionen im Betrieb und in der Betriebszeitung unterstützt. Die Liste 3 war schließlich die einzige, deren Kandidaten zu den Problemen Stellung genommen haben, die den Kollegen unter den Nägeln brennen, deren Kandidaten klar gesagt haben, was sie wollen und daß sie es für ihre Pflicht halten, "die Belegschaft über alle wichtigen Pläne, Maßnahmen und Ereignisse zu informieren".

Die Belegschaft lehnt Kurzarbeit ab

In den Wahlkampf hinein platzten Gerüchte über Kurzarbeit. Diese Gerüchte wurden bestätigt durch einen Aushang des Werksvorstandes vom 11.2.1975, in dem die Belegschaft aufgefordert wurde, zwischen Februar und April mindestens 5 Tage Jahresurlaub zu nehmen, um Kurzarbeit zu verhindern. Überstunden sollten abgebaut werden. Die Absicht der Kapitalisten war klar: Die Belegschaft auf Partnerschaft festlegen, einige flaue Monate zu überbrücken um, falls es im Sommer wieder losgehen sollte, mehr Kollegen im Betrieb zu haben, weil ein Teil des Urlaubs schon weg ist. Gleichzeitig sollte der Betriebsrat-Mehrheit, hauptsächlich Mitgliedern der Liste 3, die Schuld für eine eventuelle Kurzarbeit in die Schuhe geschoben werden, weil diese sich weigerte, auf dieser Linie eine Betriebsvereinbarung abzuschließen.

Auch die SPD-Liste 5 nutzte die Kurzarbeit für ihre Zwecke, indem sie einen "Hinweis" im Betrieb kursieren ließ, daß namentlich genannte Betriebsräte gegen den Abschluß einer Betriebsvereinbarung zur Vermeidung von Kurzarbeit seien und somit für eventuellen Lohnverlust verantwortlich seien. Sowohl die Kapitalisten als auch die Liste 5 fielen damit auf die Nase, weil die Mehrheit der Belegschaft sagte: Keinen Zwangsurlaub, keine Urlaubszersplitterung, damit ist Kurzarbeit noch lange nicht verhindert. Die klare und konsequente Haltung der Liste 3 nützte ihr und schadete den Rechten.

Das Ergebnis

Am 4. bis 6.März wurde die Wahl durchgeführt.

Das Ergebnis war eindeutig:

Stimmen	Sitze	Liste
2 006 Stimmen /	14 Sitze	für Liste 3
667 Stimmen /	4 Sitze	für Liste 5
325 Stimmen /	2 Sitze	für Liste 7
277 Stimmen /	2 Sitze	für Liste 4
239 Stimmen /	1 Sitz	für Liste 6
159 Stimmen /	1 Sitz	für Liste 2

Der Christliche Metallarbeiter Verband bekam mit 121 Stimmen keinen Sitz im Betriebsrat.

Von den Angestellten haben 1 666 Kollegen gewählt, das sind 71,8 %.

Von 5 300 Arbeitern haben 3 974 gewählt, das sind 75 %.

Die Angestellten

Bei den Angestellten ist es dem Werksvorstand gelungen, eine Bresche in die Belegschaft zu schlagen: Die rechten Sozialdemokraten, die eindeutig vom Arbeitsdirektor unterstützt wurden, haben über die Gruppenwahl bei den Angestellten fünf Vertreter in den Betriebsrat bekommen, unter anderem Werner Kientrup, der vor anderthalb Jahren H.Röpke offen wegen Unterstützung des Streiks im Sommer 1973 beim Werksvorstand denunziert hatte. Bei den Angestellten konnten die antikommunistischen Hetztiraden der rechten Sozialdemokraten vor allen Dingen deshalb verfangen, weil der alte Betriebsrat sich zu wenig um die Interessen und Forderungen der Angestellten gekümmert hat und es versäumt hat, immer wieder die Einheit der Arbeiter und Angestellten voranzutreiben. Eine Politik, die die Interessen der Arbeiter und Angestellten einheitlich und geschlossen vertritt, wird von den Angestellten unterstützt.

Das zeigt sich in der Zustimmung der Kollegen zu dem Programmvorschlag unserer Betriebszelle, den wir auch unter den Angestellten verbreitet haben.

Insgesamt hat das Wahlergebnis gezeigt: Ein großer Teil der Belegschaft weiß, wo der Feind steht und wer seine Helfer sind. Der Werksvorstand kann mit der Belegschaft nicht machen, was er will.

Das Wahlergebnis zeigt weiter eine Polarisierung.

Die meisten Stimmen hat jene Liste bekommen, die ein Programm zur Wahl gestellt hat, das klar für die Belegschaft und gegen die Kapitalisten Partei ergreift. Die zweitmeisten Stimmen, wenn auch erheblich weniger als die Liste 3, hat jene Liste bekommen, die auf der Grundlage der Ausnutzung bestimmter Fehler des alten Betriebsrates und eines üblen Antikommunismus das Geschäft der Kapitalisten betreiben will.

All jene Listen, die ausdrücklich nichts wollen, haben eine Abfuhr erhalten und stellen entweder gar keine oder nur ein bis zwei Vertreter für den 31-köpfigen Betriebsrat.

Die Polarisierung wird noch deutlicher, wenn man sich den neuen Betriebsrat betrachtet. Da stehen sich zwei Fronten gegenüber: 14 Kollegen der Liste 3 und zwei weitere Kollegen auf der einen Seite und 15 Kollegen – angeführt von den rechten Sozialdemokraten der Liste 5 und aus dem Angestelltenbereich – auf der anderen Seite.

Schon jetzt ist deutlich geworden, daß insbesondere die rechten Sozialdemokraten nichts weiter vorhaben als die Arbeit der fortschrittlichen Mehrheit im Betriebsrat zu sabotieren und sich vor der Übernahme von Verantwortung zu drücken.

Unter den Bedingungen der sich verschärfenden Krise werden immer mehr Kollegen erkennen, auf welcher Seite diese Leute stehen.

Die Auseinandersetzung um die Einführung von Kurzarbeit hat dies schon deutlich gezeigt.

Aber im Selbstlauf wird sich das nicht entwickeln. Es kommt darauf an, daß die Kollegen der Liste 3 sofort beginnen, ihr Programm in die Tat umzusetzen und die Belegschaft gegen die Auswirkungen der Krise zusammenzuschließen. Diese Politik und nur diese Politik wird die falschen Freunde der Arbeiterklasse bloßstellen und die Einheit der Belegschaft im Kampf gegen die Kapitalisten fördern. Daran wird die Belegschaft die fortschrittliche Mehrheit im Betriebsrat messen.

Darum ist es gut, wenn fortschrittliche Kollegen aus dem Betriebsrat für ihre Zustimmung zur Kurzarbeit zur Bedingung gemacht haben, daß die Klöckner-Kapitalisten zusätzlich zum Kurzarbeitergeld soviel dazuzahlen, daß die Kollegen mindestens 90 % ihres letzten Nettolohnes erhalten, und da dies abgelehnt wurde, der Kurzarbeit nicht zugestimmt haben.

–Betriebszelle Klöckner Bremen–

Druckmaschinenfabrik Mailänder Bietigheim:

Streik für die Auszahlung des Tarifabschlusses von 6,8%

Nach über zwei Tagen Streik wurde der Streik abgebrochen/ Die Lohnauszahlung der 6,8% nur bis 18.3. gesichert

Bietigheim. Die Kollegen der Druckmaschinenfabrik Mailänder in Bietigheim haben am 13.3. den Streik beschlossen, als bekannt wurde, daß die Firma den Tarifabschluß von 6,8 % nicht auszahlen, sondern voll auf die übertariflichen Zulagen anrechnen will. Den Kollegen wäre also kein Pfennig mehr im Geldbeutel geblieben.

Die Kollegen haben deutlich erklärt: Wir streiken solange, bis die tarifliche Lohnerhöhung ausgezahlt wird! Die Geschäftsleitung hat dann angekündigt, daß die seit 1. März laufende Kurzarbeit weiter ausgedehnt werden soll. Abgezielt hat das darauf, den Arbeitern zu zeigen, wie schlecht es doch der Firma geht und daß sie sich mit ihrem Streik ins eigene Fleisch schneiden. Das hat die Arbeiter aber nicht beeindruckt – sie streikten weiter. Mailänder griff daraufhin zu härteren Mitteln: Er erklärte, er habe das Recht, freiwillige Zulagen jederzeit zu streichen und er ließ durch seine Meister am Mittwoch Zettel verteilen, auf denen er drohte, daß, wenn die Arbeiter nicht sofort die Arbeit wieder aufnehmen, daß dann 100 Kollegen fristlos gekündigt würden.

Am Donnerstag wurde dann eine Betriebsversammlung durchgeführt. Dort haben die Kollegen mehrheitlich beschlossen, nach über zweitägigem Streik die Arbeit wieder aufzunehmen unter der Bedingung, daß die Geschäftsbücher von einem Experten des DGB geprüft werden, damit die tatsächliche Lage der Firma beurteilt werden kann. Weitere Maßnahmen machten sie von dieser Prüfung abhängig.

Die Kollegen bei Mailänder befinden sich dadurch in einer taktisch sehr schlechten Situation. Es steht nicht mehr im Mittelpunkt die Frage des Lohns, sondern die Lage der Firma. Von ihr ist es jetzt abhängig, ob der Kampf um den Lohn weitergeführt wird oder nicht.

Geht's der Firma schlecht, sollen dann die Kollegen auf den Lohn verzichten? Zu beweisen, wie schlecht es der Firma geht, fällt Mailänder sicher nicht schwer, er hat bereits sein grundsätzliches Einverständnis zur Bücherprüfung erklärt.



Streikende Kollegen der Druckmaschinenfabrik Mailänder in Bietigheim

Die Einschüchterungsversuche der Geschäftsleitung haben Früchte getragen. Mit dazu beigetragen hat das Verhalten der Gewerkschaftsfunktionäre, die erklärten, die IGM könne den 'wilden' Streik nicht unterstützen, weil es Gesetze gäbe, die dies nicht zulassen.

Gegen den Lohnabbau nach dem 18.3.

Alles, was sie tun wollen, ist, die Zahlung der 6,8 % mindestens vom 1.1.1975 bis zum 18.3.1975 einzuklagen, da es nicht möglich sei nach der gängigen Rechtssprechung, freiwillige Zulagen rückwirkend zu streichen.

Das heißt aber, daß nichts gegen den Lohnabbau nach dem 18.3.1975 getan werden soll, weil freiwillige Zulagen eben freiwillig sind. Die Kollegen sollen also damit zufrieden sein, nicht mal den miesenn 6,8 % Abschluß in den Tasche zu haben, sondern keinen Groschen mehr.

Wehren können sich die Arbeiter nur, wenn sie an keinem Punkt nachgeben, sondern geschlossen den Angriffen der Kapitalisten entgegentreten. Sich dabei die Köpfe der Kapitalisten zu zerbrechen, ob der Betrieb jetzt gut oder schlecht dasteht, das bringt die Arbeiter, wenn sie ihren Lohn verteidigen wollen, keinen Schritt weiter.

–ul. Ortsaufbaugruppe Ludwigsburg–

Klöckner-Hütte Hasbach:

Der alte Betriebsrat hat sich noch einmal durchgesetzt

Hagen. Der alte sozialdemokratische Betriebsrat auf der Klöckner-Hütte Hasbach hat es dank der Wahlbeeinflussung und -behinderung der anderen Kandidaten (vgl. letzte KVZ) noch einmal geschafft, sichdurchzu setzen.

Bei relativ geringer Wahlbeteiligung, ca. 76 %, konnte er auch diesmal wieder die nötige Stimmenzahl erreichen. 25 % der Stimmen waren nötig, um hereinzukommen. Die Kol legen, die sich gegen ihn aufgestellt hatten, konnten außerhalb ihrer Abteilungen kaum Stimmen auf sich vereinigen, was sich wohl eindeutig auf die aufgeführte Behinderung zurückführen läßt. Der einzige Betriebsratskandidat, der mit Forderungen aufgetreten ist, er verteilte unter anderem ein Flugblatt vor dem Betrieb gegen die Wahlkampfführung des alten Betriebsrates, konnte sich zwar gegenüber der Gewerkschaftsvertreter-Versammlungswahl von vor zwei Monaten verbessern, aber viele Kollegen sagen noch, seine Forderungen sind zwar richtig und gut, aber Kommunisten wählen sie nicht. So weit die Ereignisse.

Die erste Handlung des neuen Betriebsrates, die Stimmen waren erst zwei Stunden zuvor ausgezählt worden, war, für diese und nächste Woche neue Kurzarbeit anzusetzen. Als am vorletzten Arbeitstag Kollegen im Betriebsbüro nachfragten, ob die beiden Feiertage in der Kurzarbeitszeit bezahlt werden, mußte er zugeben, daß er das nicht wisse, sich auch noch nicht darum gekümmert hätte.

–Kommunistische Gruppe Hagen–

Voller Lohnausgleich bei Kurzarbeit fordern die Stahlwerker in Salzgitter

Salzgitter. Bei den Stahlwerken Peine-Salzgitter (P+S), einem kapitalistischen Staatsbetrieb mit paritätischer Mitbestimmung, wird die bereits ausgehandelte Erfolgsprämie von insgesamt 10 Millionen DM nicht an die Kollegen ausgezahlt.

Zudem ist für April und Mai Kurzarbeit angemeldet. Der Betriebsrat will der Kurzarbeit nicht zustimmen. Die Entscheidung fällt jetzt in der Einigungsstelle.

Während im Stahlwerk Peine die geplante Kurzarbeit schon am 5.3.75 bekannt gegeben wurde (KVZ Nr.10/75), erfuhren die Kollegen im Stahlwerk Salzgitter erst am 14.3.75 durch Aushang von den Plänen der Kapitalisten. Das war genau ein Tag nach der letzten Belegschaftsversammlung in Salzgitter. Der Betriebsrat wußte bereits vorher von den Plänen der Kapitalisten, hat dies aber den Kollegen verschwiegen. Durch diese Informationspolitik ist es ihm gelungen, die Diskussion auf die Frage abzulenken, ob Kurzarbeit oder nicht, um sich nicht auf die Forderung nach vollem Lohnausgleich festnageln zu lassen.

Für vollen Lohnausgleich bei Kurzarbeit

Auf Belegschaftsteilversammlungen bestritt der Betriebsratsvorsitzende Sewald, daß in dem 20 Kilometer entfernten Stahlwerk Peine die für April und Mai geplante Kurzarbeit beschlossen sei. Das wäre nicht "akut". Schließlich bestätigte Sewald, was die Peiner Kollegen schon lange wußten, daß Kurzarbeit "vorsorglich" angemeldet sei, aber der Betriebsrat bisher noch nicht zugestimmt hätte. Denn der Betriebsrat sei der Meinung, daß Kurzarbeit in absehbarer Zeit durch Einstellungsstopp und innerbetriebliche Umbesetzungen vermieden werden könne. Und der Betriebsrat sei auch deswegen gegen Kurzarbeit, weil das der erste Schritt zu Entlassungen wäre.

Gleichzeitig machte er die Einschränkung: Wenn die wirtschaftliche Lage so bliebe oder noch schlechter würde, wäre die Kurzarbeit bei P+S nicht mehr abzuwenden. Damit hat sich der Betriebsrat um eine verbindliche Aussage gedrückt, ob er sich für einen Lohnausgleich bei Kurzarbeit einsetzen will oder nicht.

Die Mitbestimmung: Die Belegschaftsvertreter sollen sich die Köpfe der Kapitalisten zerbrechen.

Es zeigt sich ganz praktisch, daß die paritätische Mitbestimmung für die Durchsetzung der Interessen der Kollegen untauglich ist. Die Belegschaftsvertreter im Aufsichtsrat sollen sich die Köpfe der Kapitalisten zerbrechen, von der wirtschaftlichen Lage des Betriebes ausgehen und das "Betriebswohl" höher stellen als die Interessen der Kollegen. Zwar liegt die Entscheidung über die Kurzarbeit jetzt bei der Einigungsstelle, aber wenn es die Profitinteressen der Kapitalisten verlangen, wird Kurzarbeit gemacht werden. Der Betriebsrat wird dem nichts entgegensetzen können, weil er selbst von den Profitinteressen der Kapitalisten ausgeht und nicht von den Interessen der Kollegen. Da können auch keine noch so starken Worte hinwegtäuschen, wie z. B. vom Betriebsratsvorsitzenden Sewald im Dezember letzten Jahres: *"Wenn wir Kurzarbeit machen, gehen wir nach Drütte* (Stadtteil Salzgitters) *und verrücken die Hauptverwaltung zwei Zentimeter nach links oder rechts!"* Davon hat sich Sewald jetzt distanziert, weil er damals *"die wirtschaftliche Entwicklung nicht richtig eingeschätzt"* habe.

Gegen die Gerüchte- und Niederlagenpolitik

Und jetzt werden vom Betriebsrat Gerüchte ausgestreut, daß die P+S-Kapitalisten gar keinen Lohnausgleich zahlen dürften, wenn das Arbeitsamt Kurzarbeitergeld zahlt. Deshalb wolle der Betriebsrat für einen Sonderurlaub eintreten, den die Kapitalisten bezahlen sollen.

Erstens ist das falsch, denn die Kapitalisten können sehr wohl einen Lohnausgleich bei Kurzarbeit zahlen. Zweitens ist das eine direkte Niederlagenpolitik. Denn weshalb sollten die Kapitalisten 100 % während des Urlaubs bezahlen, wenn sie noch nicht einmal freiwillig Lohnausgleich zahlen wollen und die einmalige Prämie wieder kassiert haben. Drittens machen die Kapitalisten ja gerade deshalb Kurzarbeit, weil sie wegen des gesunkenen Absatzes weniger produzieren lassen und Löhne einsparen wollen.

Und der Streichung der einmaligen Prämie hat der Betriebsrat "wegen der wirtschaftlichen Lage des Betriebes" zugestimmt! Gegen diese Gerüchte- und Niederlagenpolitik müssen die Kollegen ihren einheitlichen und geschlossenen Willen setzen, daß die Kapitalisten bei Kurzarbeit vollen Lohnausgleich zahlen müssen. Über die Vertrauensleute muß der Betriebsrat zu einer klaren Stellungnahme aufgefordert werden.

Die Werksleitung streicht in ihre Tasche ein.

Daß die P+S-Kapitalisten die seit langem ausgehandelte einmalige Prämie von durchschnittlich 400 DM nicht auszahlen, dazu machen sie folgende Milchmädchenrechnung auf: Die Produktionsruhe in der Woche vor Ostern würde sie rund 20 Millionen DM kosten. Deshalb könnten sie die einmalige Prämie von insgesamt 10 Millionen DM nicht auszahlen, obwohl die Kollegen ihren Jahresurlaub während der Produktionsruhe nehmen müssen, und obwohl die Kapitalisten im letzten Jahr mindestens 250 Millionen DM Gewinn eingesackt haben.

Gleichzeitig sollen aber die außertariflich bezahlten Angestellten einschließlich Werksleitung (AT-Leute) das ein- bis eineinhalbfache Monatsgehalt bekommen. (Das AT-Gehalt fängt bei 4 000 DM brutto an!) Diese Vetternwirtschaft in diesem kapitalistischen Staatsbetrieb begründet der Betriebsrat damit, daß das "Verhandlungspartner" seien. So nach dem Motto: Eine Hand wäscht die andere.

Von 50 000 auf 66 500 Tonnen in der Woche

Aber dieser angebliche Verlust ist ein Schwindel. Zwar werden im Stahlwerk Salzgitter im März "nur" 133 000 Tonnen Stahl produziert – gegenüber 200 000 Tonnen im Dezember –, aber diese 133 000 Tonnen sind **innerhalb von zwei Wochen** produziert worden. In Wirklichkeit ist die Arbeitshetze verschärft und für die einwöchige Produktionsruhe vorproduziert worden. Denn auf die Woche umgerechnet ist die Produktion von 50 000 Tonnen Stahl im Dezember auf 66 500 Tonnen im März gesteigert worden. In der dritten Märzwoche wird zum Großteil nicht mehr produziert, sondern da werden z. B. die Konverter überholt und wird repariert. Das sind alles Überhol- und Reparaturzeiten, die sonst während der Produktion anfallen würden.

Betriebskollektiv der KBW-Sympathisantengruppe Salzgitter

Der Konverter C im Werk Salzgitter der Stahlwerke Salzgitter - Peine

Während die P+S-Kapitalisten behaupten, den Arbeitern keine Prämie zahlen zu können, haben sie aber gleichzeitig das Geld, um in diesem Jahr für 330 Millionen DM zu investieren. Darauf bekommen sie aus Steuergeldern noch die 7,5 % Investitionszulage vom Staat. Behauptet wird, daß dadurch "neue" Arbeitsplätze geschaffen und "sicherer" würden.

So soll z. B. der Konverter B und der Hochofen 2 neugebaut werden. Der neue Hochofen 2 wird aber mindestens die dreifache Kapazität eines Hochofens älterer Bauart haben. Der Kerndurchmesser des neuen Hochofens wird rund 11 Meter betragen gegenüber rund 4 Metern bei älteren. Dadurch werden statt 50 000 Tonnen dann mindestens 150 000 Tonnen Stahl im Monat produziert werden. Ältere Hochöfen werden dann stillgelegt, und die Arbeiter von diesen Öfen bekommen "neue" Arbeitsplätze z. B. am Hochofen 2. Es werden aber nicht mehr Arbeitsplätze geschaffen, sondern nur Umbesetzungen vorgenommen. Darüberhinaus werden noch Arbeiter entlassen, wie die Peiner Genossen in der KVZ Nr.10/75 berichteten. Der Einstellungsstopp besteht weiterhin. Abgänge werden nicht ersetzt. Das alles heißt, daß die Arbeitshetze weiter verschärft wird. Es ist also reine Augenwischerei, wenn behauptet wird, daß durch Investitionen und Subventionen aus Steuergeldern "neue" Arbeitsplätze geschaffen oder die Arbeitsplätze dadurch "sicherer" werden.

Betriebsversammlung bei Weyl am 21. März im Zeichen der Betriebsratswahl

Kämpferische Kandidatenvorstellung

Mannheim. Für die Geschäftsleitung und die Betriebsräte, die bei der Vertrauensleutesitzung am 13. März nur auf die hinteren Listenplätze kamen, war diese Betriebsversammlung die letzte Möglichkeit, noch einmal gegen das Programm und die 8 Kandidaten, die sich hinter diesem vereinigten, in der Öffentlichkeit vorzugehen.

Diese Möglichkeit wurde auch voll genutzt. Zur Unterstützung mußten auch noch alle leitenden Angestellten dort aufkreuzen.

Die Betriebsversammlung war eine der bestbesuchtesten in den letzten Jahren. Es lag auch viel Zündstoff darin, da die ganze Woche über drei anonyme Pamphlete verteilt wurden, in denen acht Kandidaten, die unter dem Programm kandidieren, und die Arbeiter auf schändliche Weise beschimpft werden. Es werden Kollegen als Faulenzer, Drückeberger, Quartalskranke, Blaumacher, Säufer, Nachschwätzer und Mitläufer beschimpft!

In einem Flugblatt von Akademikern und Intellektuellen wurde massiv die Gewerkschaft angegriffen.

Es ist ein offenes Gerücht, daß der Betriebsratsvorsitzende und zwei weitere Betriebsratsmitglieder sowie der Personalchef und ein Handlungsbevollmächtigter, der die Unterschriften für die Spalterliste sammelte, ihre Hände mit im Spiel haben.

Was die meisten Kollegen von diesen Beschimpfungen halten, machten einige Kollegen auf dieser Betriebsversammlung ganz deutlich. Ein Kollege empörte sich: Wäre sein Name in den Schmutz gezogen worden, er hätte keine Ruhe, bis er einen Verantwortlichen gefunden hätte, den würde er eigenhändig zum Gericht zerren.

Im Bericht des Betriebsratsvorsitzenden kein Wort zur wirklichen Lage

Betriebsratsvorsitzender Dahms gab in dem Rechenschaftsbericht des Betriebsrats einen Abriß über drei Jahre "erfolgreiche" Betriebsratsarbeit. Einleitend stellte er fest: *"Es wurde nicht alles erreicht, was vom Betriebsrat erwartet wurde."*

Dann ratterte er seinen Bericht über Routinearbeiten herunter. Über all die schweren Unfälle und deren Ursachen und über die schlechten Arbeitsbedingungen hörte man kein Wort. Über die Unfähigkeit, den Frauenlohn abzuschaffen, die Lohngruppe V für die Facharbeiter durchzusetzen, außertariftliche Zulagen abzusichern oder die Forderung der Kollegen nach Schichtzulage im Zweischichtbetrieb durchzusetzen, kein Wort.

Auch darüber, daß der Betriebsrat bei der Schaffung von menschenwürdigen Pausen- und Umkleideräumen und von sanitären Einrichtungen versagte, hörte man kein Wort!

Mit dem Wirtschaftsbericht, den Dr. Thomson (Vorstandsmitglied) gab, konnten die Kollegen auch nur sehr wenig anfangen. In den einen Betriebsabteilungen werden erhebliche Produktionssteigerungen erzielt, drei Schichten eingeführt, Überstunden gemacht; in anderen Abteilungen wird aufgrund von Konjunktur- und Baupleiten rationalisiert.

Am Ende seiner Ausführungen kritisierte er die schlechte Zusammenarbeit der Jugendvertreterin und eines Betriebsratsmitgliedes mit der Geschäftsleitung. Der Forderung der Jugendvertreterin, "Extrakräfte" einzustellen, damit die Lehrlinge nicht ständig unsinnige Wiederholungsarbeiten machen müßten, entgegnete er: *"Das wäre der erste Schritt zur Strebel-Pleite!"* (Strebel wurde von den Kapitalisten pleite gewirtschaftet.) Er habe Interesse daran, daß die Belegschaft lebt. Es gebe aber leider einige Trommler, die jeden, der mit der Geschäftsleitung zusammenarbeitet, als Verräter bezeichnen.

Die Kandidaten stellen sich vor

Erst danach wurden die Kandidaten vorgestellt. Dahms dachte sich das so: Aufruf nach Listenplatz, Aufstehen der Kandidaten, kurzes Begaffen und wieder setzen, ohne Vorstellungen zu äußern, was man im Betriebsrat will und was für Interessen man dort wahrzunehmen gedenke.

Das hatte auch seinen guten Grund. Dahms lehnt das Programm ab, hat aber nichts dagegen vorzuweisen, und außerdem können er und seine Gefolgsmänner schlecht öffentlich bekennen, daß sie nicht auf der Seite der Kollegen stehen, sondern von den Firmeninteressen ihre Arbeit bestimmen lassen.

Nach der Vorstellung meinte er, Leute mit utopischen Forderungen hätten keinen Platz im Betriebsrat.

Die Programmforderungen

In der Diskussion über die Richtigkeit der Forderungen wurde der Antrag gestellt, daß alle Leute aufstehen sollten, die irgendeinen Punkt aus sollten, die irgendeinen Punkt aus dem Programm entdeckten, der falsche Vorstellungen enthält. Niemand stand auf, auch nicht die Geschäftsleitung; somit war denGegnern dieser Forderungen jeglicher Boden zur Kritik entzogen.

Ein beauftragter Vertrauensmann stellte die Frage, wer eigentlich die Leute sind, die sich zu diesem Programm bekennen. Darauf standen alle 7 anwesenden Kollegen auf (ein Kollege war nicht anwesend, da zur Zeit in Kur). Vier weitere Kandidaten, die sich bei der Vertrauensleute-Sitzung anläßlich der Listenaufstellung zu dem Programm bekannten, standen auf der Betriebsversammlung nicht mehr dazu. Bei ihnen liegt der Verdacht nahe, daß sie sich nur dazu bekannten, um einen vorderen Listenplatz zu ergattern. Oder fehlte ihnen der Mut, sich zu bekennen, da die Geschäftsleitung anwesend war? Oder ließen sich sich durch die massiven Spaltungsversuche einiger Betriebsratsmitglieder umstimmen? Kollegen, die so "fest" zu einer Sache stehen, fallen auch bei der Verhandlung mit der Geschäftsleitung um; sie taugen nicht zum Betriebsrat.

Auf Antrag sollten auch die übrigen Kandidaten darlegen, welche Interessen sie im Betriebsrat wahrzunehmen gedenken. Diese Vorstellung verlief sehr kläglich. Dahms zitierte für "seine Gruppe" Ausschnitte aus dem von ihm kritisierten Programm. Er führte weiter aus: Nur mit der Verbesserung des Lohnniveaus könne man nichts machen, das sei einzig Angelegenheit der Tarifpartner. Auf die Frage, wer die übrigen Mitglieder seiner Gruppe seien, stand niemand auf.

Der ehemalige Betriebsratsvorsitzende Weber meinte, es sei unfair, daß hier Programme zitiert würden, wo er doch keines habe.

Der Vertrauensleuteobmann las einen Abschnitt aus den Richtlinien des Hauptvorstandes der IG Chemie zur Betriebsratswahl vor. Weitere Vorstellungen von Betriebsratskandidaten wurden nicht gemacht. Man kann sich danken, wenn diese Kandidaten zum Betriebsrat gewählt werden, was dort für die Kollegen "rauskommt".

Es zeigte sich, daß die 8 Kandidaten, die in der Diskussion mit den Kollegen am Arbeitsplatz die Forderungen entwickelten und zu einem Programm zusammenfaßten, auch nicht durch die massivsten Angriffe zu spalten sind.

Diese Forderungen kann jedoch nur ein guter gewerkschaftlicher Betriebsrat durchsetzen, der auf die Unterstützung der gesamten Belegschaft vertrauen kann.

Weyl-Zelle, D.

Weyl-Zelle, D.



Anläßlich der Eröffnung der 27. Internationalen Handwerksmesse (15.3.75) demonstrierten auf der Münchner Theresienhöhe die Beschäftigten des bayrischen Schreinerhandwerks. Mit Transparenten, Flugblättern und Lautsprecherwagen hatte die Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK) gegen den seit drei Monaten anhaltenden tariflosen Zustand aufgerufen. Das bayrische Schreinerhandwerk hatte das Ergebnis einer Schlichtungsverhandlung abgelehnt, nach dem der Facharbeiterlohn der Ortsklasse I ab 1. Januar 1975 um 0,60 DM und ab 1. Juni 1975 um weitere 0,20 DM auf 8,86 DM steigen sollte.

VW-Betriebsratswahl

In den sechs Volkswagenwerken ist die Betriebsratswahl letzten Donnerstag abgeschlossen worden.

Von den insgesamt 233 zu wählenden Betriebsräten wurden 196 IG Metall-Mitglieder gewählt. 28 Sitze erhielt der CDU-Verein CMV (Christlicher Metall Arbeiterverband Deutschlands) und 5 Mitglieder unabhängiger Listen wurden in den Betriebsrat gewählt.

In Wolfsburg hat der CMV 8 Sitze bekommen, einen Sitz weniger als bei der letzten Wahl; der Deutsche Arbeitnehmerverband 2 Sitze, 1 Unabhängiger. Die IGM hat 37 Sitze bei den Arbeitern, bei den Angestellten 8. Die DAG bekam 3 Sitze.

In Wolfsburg ist die Debatte um die Wahl des neuen Betriebsrates nicht so gelaufen, daß man anhand von Forderungen, die die Belegschaft gegen den Vorstand durchsetzen muß, die Listen überprüft wurden, sondern im wesentlichen sind die Wahlen abgelaufen wie Parlamentswahlen.

Dies ist dadurch begünstigt worden, daß eine Vielzahl Listen zur Wahl standen. Im Werk Wolfsburg waren es allein sieben.

Alle Listen, mit Ausnahme der IG- allein sieben.

Alle Listen, mit Ausnahme der IG-Metall-Liste natürlich, hatten als ihr ausdrückliches Ziel die Schwächung der Einheitsgewerkschaft angegeben.

Diese Spalterorganisationen machten sich zunutze, daß die Politik der Sozialdemokraten im Betriebsrat und in der IG Metall auf immer größere Ablehnung in der Belegschaft stößt.

Insgesamt haben 84 % aller Kollegen in den sechs VW-Werken die IG Metall-Mitglieder gewählt. In Wolfsburg waren es ca. 74 %. Außerdem ist die Wahlbeteiligung in Wolfsburg bei den Arbeitern um 4 auf 83 % zurückgegangen und bei den Angestellten, wo die Wahlbeteiligung ohnehin bislang sehr niedrig war, um 1 % auf 74 %.

In einem Flugblatt der IG Metall wurde die künftige Betriebsratspolitik folgendermaßen dargestellt:

"Die IG Metall Betriebsräte erwarten nach dem Wechsel im Vorstandsvorsitz der VW AG,. daß der neue VW-Chef den neuen Betriebsrat über alle beabsichtigten Maßnahmen rechtzeitig und umfassend informiert. Denn nur so können Lösungen rechtzeitig beraten werden, die für die Belegschaft akzeptabel sind und dem Unternehmen gerecht werden."

Weiterhin wird also die Grundlage der Betriebsratspolitik der Interessensausgleich zwischen Arbeitern und Kapitalisten sein. Tatsache ist, daß die Belegschaft mit dieser Politik den Angriffen des VW-Vorstandes nicht wirkungsvoll wird begegnen nicht wirkungsvoll wird begegnen können.

—H., Betriebszelle VW—

Vom 24. bis 27.März gibt es bei VW Kurzarbeit. Betroffen sind 71 000 der 109 000 Beschäftigten in allen sechs Werken.

Eine weitere Kurzarbeitperiode betrifft vom 1. bis 4.April 44 000 Beschäftigte.

IG-Druck-Tarifrunde

Am 19.2. haben sich der Bundesverband Druck und die Verhandlungskommission der IG Druck und Papier zum erstenmal zusammengesetzt, um über den nächsten Lohntarifvertrag zu verhandeln. Diese Verhandlungen wurden unterbrochen und es wurde vereinbart, daß man sich am 7./8.4. wieder treffen wird. Der Schlichter wurde bereits zu diesem Termin eingeladen.

Die Druckkapitalisten haben bei diesem Treffen kein Angebot gemacht, Sie setzen darauf, daß nach den Abschlüssen von der Metallindustrie und vom Öffentlichen Dienst auch in dieser Tarifrunde niedrig abgeschlossen wird.

Die Druckarbeiter können keinen niederen Abschluß gebrauchen, der ihren Lohn weiter drückt. In viele Gewerkschaftsversammlungen sind sie für ausreichende Erhöhungen eingetreten und für einheitliche Forderungen. Sofern sich die Mitglieder der Tarifkommission, die die 10 %-Forderung aufgestellt hat, auf Versammlungen begeben haben, ist ihnen das auch gesagt worden. Der sozialdemokratisch geführte Vorstand hingegen will den Kapitalisten entgegenkommen und ist zu einem niederen Abschluß bereit. Damit bloß kein Aufhebens von Seiten der Kapitalisten gemacht wird, hat zum Beispiel das Vorstandmitglied der IG Druck und Papier zu den 10 % den Kapitalisten gegenüber erklärt: *"Jede Forderung steht zur Verhandlung"* (Handelsblatt). Das ist schon nicht mehr durch die Blume gesprochen. Zu den Verhandlungen am 7./8.4. soll bereits die Große Tarifkommission hinzugezogen werden.

IG Druck Versammlung Hamburg

Hamburg. Montagabend, dem 24.3., fand eine Delegiertenversammlung des Ortsvereins Hamburg der IG Druck und Papier statt.

Die Tarifrunde wurde nicht als Extra-Tagesordnungspunkt behandelt, sondern unter "Fragen an den Vorstand".

Wie schon im vorigen Jahr wurde ein Initiativantrag, unterstützt von der DKP, eingebracht, der sich für die volle Durchsetzung der 10 % aussprach, weil man das zum Leben brauchen würde. Kontrovers dazu brachte ein Kollege aus dem Seehafen-Verlag eine Resolution ein, die sich auf eine im Verlag beschlossene Resolution stützte. Darin sprach er sich gegen die 10 % aus, forderte Rechenschaft der Tarifkommissions-Mitglieder, und Veröffentlichung in dem Zentralorgan der IG Druck, daß die Tarifkommission eine neue Forderung festlegt, die den Beschlüssen der Ortsvereine Rechnung trägt, z. B. in Hamburg 40 DM mehr pro Woche und 40 DM Vorweganhebung, 100 DM mehr für alle Lehrlinge.

Der Vorstand bog die Sache so hin, daß alternativ über die beiden Anträge abgestimmt wurde. Dabei bekam der Antrag auf Durchsetzung der vollen 10 % die Mehrheit.

Das lag daran, daß nicht versucht wurde, in dieser Situation eine neue Einheit gegenüber den Kapitalisten herzustellen, z. B. durch Verabschiedung einer Mindestforderung.

Gegen Entlassungen

Bremen. Am Sonntagvormittag fand eine Mitgliederversammlung der IG Druck und Papier Bremen statt.

Eindeutig war der Protest gegen die 10 %-Forderung der IG Druck und Papier. Es wurde in der Diskussion herausgearbeitet, daß so eine Forderung nicht geeignet ist, das Lebensniveau der Kollegen zu verteidigen. Es wurde der Beschluß gefaßt, gegen die Position des Bremer Vorstandes, daß das Verhandlungsergebnis den Kollegen zur Abstimmung vorgelegt werden muß.

Ausführlich schilderten dann die Kollegen der "Bremer Nachrichten" den Angriff des Verlegers Meyer und ihren Kampf gegen Entlassungen bei den "Bremer Nachrichten"

In zwei Anträgen forderten die Kollegen eine Demonstration unter folgenden Forderungen:

Keine Kurzarbeit und keine Entlassungen!

Keine Rationalisierungsmaßnahmen auf dem Rücken der Kollegen!

Sofortige Rücknahme der Entlassungen bei den "Bremer Nachrichten"!

Mindestens 80 % Arbeitslosenunterstützung für die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit!

Nur durch einen Gegenantrag, der aussagt, daß der Vorstand bei der Zuspitzung der Lage die Kollegen und die Öffentlichkeit in geeigneter Weise mobilisieren wird, konnte es dem Vorstand gelingen, daß die beiden Anträge der "Bremer Nachrichten"-Kollegen knapp abgelehnt wurden. Der Beschluß gibt eine Grundlage dafür, die Forderungen der "Bremer Nachrichten"-Kollegen weiter zu verbreiten und den Kampf für den Zusammenschluß aller Kollegen unter diesen Forderungen weiterzuführen und zu vertiefen. Es wird auch gerade in Hinblick auf den 1.Mai gut sein.

GEW

Hessischer GEW-Kongreß übernimmt Bundessatzung

Auf der Vertreterversammlung des Landesverbandes Hessen der GEW, die vom 17. bis 19. März in Gießen getagt hat, wurde die Bundessatzung als Bestandteil der Landessatzung beschlossen. Damit ist nun auch für alle hessischen GEW-Mitglieder verbindlich, daß durch den Hauptvorstand (Bund) ausgeschlossen wird, wer gegen den Unvereinbarkeitsbeschluß verstößt. Frister ließ keinen Zweifel, daß damit auch alle die Kollegen gemeint sind, die sich gegen Berufsverbote wegen Zugehörigkeit zu einer kommunistischen Organisation aussprechen.

Die Abstimmung über die Bundessatzung erfolgte en bloc, so daß eine Minderheit von Delegierten im Abstimmungsverhalten nicht ihre ablehnende Meinung gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse zum Ausdruck bringen konnte. Bei einem differenzierten Abstimmungsverfahren hätten diese Spalterbeschlüsse keine Zweidrittelmehrheit erhalten. Trotz eines ungeheuerlichen politischen und psychologischen Drucks, der auf die fortschrittlichen Delegierten u.a. durch namentliche Abstimmung ausgeübt wurde, enthielten sich 36 Delegierte der Stimme. (Auf dem nordrhein-westfälischen Kongreß waren es lediglich 10.)

Gegen den Widerstand der Konservativen wurde die Fortsetzung des Kongresses am 16. April zur Behandlung der Sachanträge beschlossen.

V.

Erwittestreik

Streik beim Zementwerk Seibel in Erwitte

Der Streik und die Besetzung des Betriebes werden von den Kollegen weiter aufrechterhalten. Seibel hat inzwischen alle Arbeiter und Angestellten entlassen und verkündet, "daß eine Fortführung des Betriebes unmöglich geworden ist".

Beim Zementwerk trafen in der letzten Woche über 100 Solidaritätsbekundungen ein. Die IG Chemie zahlte inzwischen für den vorenthaltenen Lohn Gelder aus.

Berichtigung:

Bericht über den Streik der Kollegen von Seibel & Söhne/Erwitte

1. Bei den "Forderungen", die Seibel stellte, um verhandlungsbereit zusein, muß es heißen:
Der Betriebsrat müsse vorab eine Einführung von Kurzarbeit für 6 Monate und eine Reduzierung der Belegschaft im Jahre 1975 von 151 auf 125 befürworten.

2. Es handelt sich nicht um die Schließung einer "Ivarsta-Hütte (70 Kollegen)", sondern um das Zementwerk Ewers, Erwitte.

Hausfrauenschicht an der Teestrasse

Nach der Hausarbeit 5 Stunden Schinderei am Band/ Nicht einmal Anspruch auf Arbeitslosengeld bei Entlassung



Wir behaupten:

Das Geld liegt auf der Straße!

(Ganz in Ihrer Nähe - bei Teekanne in Düsseldorf-Heerdt.)

So wirbt die Firma Teekanne in Düsseldorf Arbeitskräfte für die Hausfrauenschicht.

Teekanne in Düsseldorf ist das größte Teehandels-Unternehmen auf dem europäischen Festland. Etwa 1 000 Beschäftigte arbeiten dort. Im Oktober 1970 richtete Teekanne eine Spätschicht für Hausfrauen ein und rührte mit dem Spruch "Das Geld liegt auf der Straße . . . bei Teekanne" die Werbetrommel. Von den vielen Bewerberinnen wurden schließlich 50 eingestellt. Eine dieser Frauen, die nun schon seit über vier Jahren dort arbeitet, berichtet mir über ihre Erfahrungen:

Die Schicht geht an vier Tagen in der Woche von 17 bis 22 Uhr. Obwohl man uns in dem Reklameprospekt eine "saubere, leichte Packarbeit" versprochen hatte, mußten wir bereits nach 6 Wochen an die Maschine, wofür es ein paar Pfennige mehr gab. Man muß an der Maschine höllisch aufpassen, daß jeder einzelne Teebeutel richtig gefüllt wird. Bei den alten Maschinen kommen oft Fehler vor, die Maschine muß abgestellt werden und der Schlosser gerufen werden. Das ist ärgerlich, weil die Prämie dann sinkt. Zu dieser Konzentration kommt noch der ohrenbetäubende Lärm, der noch schlimmer wird durch die zu niedrige Decke. Von "hellen, freundlichen Räumen", wie es im Prospekt stand, keine Spur. Durch die Anspannung ist die Stimmung oft gereizt, so daß es manchmal Ärger unter den Kolleginnen oder mit dem Schlosser gibt. Das Familienleben leidet natürlich auch. Erstmal putzen einige noch morgens, weil das Geld nicht reicht. Dann haben fast alle Familie mit Kindern und kommen nachmittags dann nicht gerade ausgeruht zur Schicht. Die Ehemänner kriegen ihre Frauen vier Tage in der Woche praktisch gar nicht zu Gesicht.

Es gibt nur eine Springerin, die höchstens einmal für 8 Minuten die Maschine übernimmt. Während dieser 8 Minuten in 5 Stunden muß man schnell vom 2. Stock in den Keller zur Toilette rennen. Zum Kämmen reicht's noch, für ein Brot oder eine Cola nicht mehr.

Der Prospekt schreibt "Es macht Spaß, bei Teekanne zu arbeiten."

Ein Hohn. Hier arbeitet nur jemand, der das Geld wirklich braucht, weil der Lohn des Mannes nicht reicht. Der Stundenlohn beträgt 6,05 DM. Mit Schichtzulage und Prämie kommt man netto für 80 Stunden auf etwa 420 DM. Arbeitslosenversicherung "darf" nicht gezahlt werden. Bei Kündigung stehen wir also ohne Arbeitslosengeld auf der Straße.

Vor zwei Jahren wollte die Betriebsleitung besonders arg mit uns umspringen. Wir sollten im "Zuckerhaus" Fruchtteepulver an einer sehr alten Maschine produzieren. Hier war die Arbeit ganz unerträglich. Der Zuckerstaub klebte überall, besonders in den Haaren. Tägliche Haarwäsche war notwendig. Schmutzzulage gab es nicht. Der Lärm der klirrenden Gläser war nicht auszuhalten. Es mußte im Stehen gearbeitet werden und schwere Paletten mußten gestapelt werden. Die Betriebsleitung meinte geschickt vorzugehen, als sie die Frauen anfänglich immer drei oder zwei Tage in der Woche ins Zuckerhaus schickte. Das ging über ein Vierteljahr so, bis den Frauen der Kragen platzte. Sie weigerten sich und wollten den Produktionsleiter sprechen. Der ließ sich erst vom Meister verleugnen. Als die Frauen dann zu seinem Büro marschierten, ließ er sich endlich blicken. Die Forderung lautete: Wir wollen an unsere alten Arbeitsplätze zurück! Neue Leute mit besserer Bezahlung sollen eingestellt werden!

Der Produktionsleiter versprach Abhilfe, und die Kolleginnen gingen ins Zuckerhaus zurück. Einige hatten vor der eigenen spontanen Courage doch etwas Angst bekommen und hatten schon angefangen zu arbeiten. Tatsächlich wurde die Forderung doch bald erfüllt. Allerdings waren jetzt die Kolleginnen von der Schwarztee-Abteilung dran, die nicht so hartnäckig protestierten.

Auswirkungen der Krise

Jetzt, wo jeder Angst um seinen Arbeitsplatz hat (die Läger sind überfüllt), gehen die Kapitalisten weiter mit der Ausbeutung vor. Seit vier Wochen muß, was vorher nicht verlangt wurde, der Boden einmal in der Woche geputzt werden. Immer mehr Frauen werden von Maschine zu Maschine hin- und hergeschoben. Nächste Woche muß zwangsweise eine Woche Urlaub genommen werden.

Bei Kündigungen werden schon länger keine neuen Arbeitskräfte mehr eingestellt. Täglich heißt es "Bald sollen wieder welche entlassen werden." Tag- und Spätschicht stehen im Konkurrenzkampf: "Sollen sie doch welche von der Tagschicht entlassen, die kriegen wenigstens Arbeitslosengeld und leichter eine neue Stelle", sagen einige von der Spätschicht. Andersherum heißt es: "Die von der Spätschicht sind ja nur Hausfrauen, die sich zusätzlich was verdienen wollen." Diese Spaltung ist natürlich nicht gut für den Kampf gegen Entlassungen, der erfolgreich nur gemeinsam geführt werden kann. Die Kapitalisten reiben sich einstweilen die Hände und nehmen sich noch mehr raus.



Das ist die "Straße, auf der das Geld für Sie liegt". Der Teekapitalist rechnet damit, daß die Hausfrauen, die meistens auch Kinder haben, sich willig auspressen lassen, weil sie auf das Geld dringend angewiesen sind.

Neue automatische Maschinen werden schrittweise installiert. So werden Arbeitsplätze wegrationalisiert. Anstatt wie vorher 50 arbeiten jetzt in der Spätschicht beim Kräutertee nur noch 36. Bisher hatte eine Frau eine Maschine zu bedienen. Jetzt drei! Früher konnte man sitzen, jetzt muß man immer hin- und herrennen. Die Umstellung ist so anstrengend, daß die betroffenen Frauen abends immer fix und fertig sind.

"Wenn man sich nur einig wär . . ." – das hört man jetzt öfter. Aber auch: "Die kriegste nie unter einen Hut." Ein starker Betriebsrat wäre hier sehr nützlich. Aber der hat sich um die Spätschicht noch nie gekümmert. Im Gegenteil, als einmal eine Kollegin hinging und Schmutzgeld forderte, kam die Antwort "Häubchen tragen!" Auch hat noch nie eine Betriebsversammlung für die Spätschicht stattgefunden. Nur einmal wurden alle zusammengetrommelt: Als die Geschäftsleitung rausfinden wollte, wer klaut.

Jetzt muß aber eine gemeinsame Versammlung aller Kollegen her, um gemeinsam zu beraten, was man gegen den Abbau von Arbeitsplätzen, Lohn und Gesundheit durch die Kapitalisten machen kann.

R., Sympathisantengruppe Neuss

Ausländische Arbeiter vom Arbeitsamt zur Kündigung gezwungen

Arbeitsamt Helmstedt
Dienststelle Wolfsburg



Bundesanstalt für Arbeit

Arbeitsamts-Dienststelle 3180 Wolfsburg, Kleiststr. 26

Datum und Zeichen Ihres Schreibens — Mein Zeichen — Wolfsburg Kleiststraße 26 5.3.1975

Betreff
Arbeitserlaubnisverfahren - Antrag auf Erteilung einer Arbeitserlaubnis für eine Beschäftigung als Bandarbeiter bei der Firma Volkswagenwerk AG, Wolfsburg

Sehr geehrter Herr

Ihrem Antrag auf Verlängerung einer Arbeitserlaubnis kann nicht entsprochen werden.

Begründung:
Die Arbeitserlaubnis kann nach Lage und Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt nicht verlängert werden.

Die Entscheidung beruht auf § 19 des Arbeitsförderungsgesetzes (AFG) und § 1 der Arbeitserlaubnisverordnung (AEVO) vom 2.3.71 (BGBl I Seite 152).

Arbeitnehmer, die Nichtdeutsche im Sinne des Artikels 116 des Grundgesetzes sind, bedürfen vor Ausübung einer Beschäftigung in der Bundesrepublik Deutschland einschl. Berlin West gemäß § 19 AFG einer Erlaubnis der Bundesanstalt für Arbeit. Die Ausübung einer Beschäftigung ohne diese Erlaubnis stellt eine Ordnungswidrigkeit im Sinne des § 229 AFG dar, die mit einer Geldbuße geahndet werden kann.

Ich fordere Sie auf, das Beschäftigungsverhältnis sofort zu lösen.

Gegen diesen Bescheid ist der Widerspruch zulässig. Der Widerspruch ist schriftlich oder zur Niederschrift bei dem obenbezeichneten Arbeitsamt einzureichen, und zwar binnen eines Monats, nachdem der Bescheid Ihnen bekanntgegeben worden ist.

- 2 -

Der Widerspruch hat keine aufschiebende Wirkung. Das Arbeitsverhältnis darf auch im Falle eines Widerspruchs nicht begonnen oder fortgesetzt werden.

Hochachtungsvoll
Im Auftrag

Braunschweig. Auf einer Stadtteilveranstaltung der "Stadtteilzelle Celler Straße" des Kommunistischen Bundes Westdeutschland, Ortsgruppe Braunschweig, zur Arbeitslosigkeit und zu Rationalisierungen Anfang März wurde u. a. lebhaft diskutiert über die Rolle der ausländischen Arbeiter gerade jetzt in der Krise. Anfangs vertrat dabei noch ein Kollege, daß die Krise abgewendet werden kann, wenn die Ausländer abgeschoben werden. Im Laufe der Veranstaltung wurde dann jedoch geklärt, daß die wirklichen Ursachen der Krise allein in der kapitalistischen Produktionsweise liegen und daß die deutschen und ausländischen Arbeiter gemeinsam gegen diese Maßnahmen der Kapitalisten angehen müssen, sei es gegen Entlassungen oder gegen die damit Hand in Hand gehende Verschärfung der Ausbeutung in den Betrieben. Wie notwendig diese Einheit aller Arbeiter – egal welcher Nationalität – ist, zeigen auch die besonderen Schikanen gegen ausländische Arbeiter, wie sie gerade jetzt in der Krise verstärkt auftreten.

Dazu geben wir ein Gespräch wieder, das wir mit 2 ausländischen Kollegen führten.

– Aus welchem Land kommt Ihr, seit wann seid Ihr hier und weshalb seid Ihr hierher gekommen?

P: Ich komme aus Tunesien. Dort hatte VW Arbeiter angeworben. Da meine Mutter und Geschwister dringend Geld zum Leben brauchten, brach ich meine Elektrikerlehre ab und bin seit Ende 1970 in Deutschland. Ich arbeitete die ganze Zeit im VW-Werk Wolfsburg.

O: Ich war Busfahrer in Tunesien, verdiente dabei umgerechnet ca. 400 DM im Monat und kam ebenfalls auf Anwerbung von VW Anfang 1971 nach Deutschland. Ich hatte einen 1-Jahres-Vertrag. Gehandelt wurde mit mir die ganze Zeit wie mit einer Ware. 1972 wurde ich von VW ins Audi-NSU-Werk abgeschoben, wo fast nur Ausländer beschäftigt waren. Der Akkord dort war viel zu hoch, der Lohn viel zu niedrig. 600 DM netto monatlich hatten wir. 1973 kam ich dann in eine Schlachterei, und noch im gleichen Jahr wurde ich dann ins Gummiwerk Hildesheim versetzt, wo wir nicht einmal eine Nachtschichtzulage erhielten und der Betriebsrat dies als normal bezeichnete. Anfang 1974 landete ich dann schließlich wieder im VW-Werk Wolfsburg. Das war bei mir kein Einzelfall. Auf genau die gleiche Art wurde mit ca. 300 weiteren Kollegen gehandelt.

– Schon zu Zeiten der Hochkonjunktur wurdet Ihr also noch mehr ausgebeutet als die deutschen Kollegen. Wie verfahren die Kapitalisten jetzt mit Euch in der Krise?

P: Mir wurde Ende 1974 die Arbeitserlaubnis verweigert und meinem Freund jetzt auch in der letzten Woche. Wir mußten bei VW kündigen. An unseren Arbeitsplätzen sind jetzt deutsche Kollegen. Von den anfangs 1 100 bei VW beschäftigten Tunesiern arbeiten im Augenblick noch ca. 300 dort. Der Rest wurde stoßweise seit der 1. Kurzarbeitsperiode entlassen. 200 sollen noch in den nächsten Wochen entlassen werden, weil ihre Arbeitserlaubnis dann abgelaufen ist und vom Arbeitsamt nicht verlängert wird.

O: Ich finde das falsch, wie das Arbeitsamt mit uns verfährt. Da wird einem einfach die Arbeitserlaubnis verweigert (siehe begefügtes Schreiben). Man fragt uns dabei überhaupt nicht, ob wir hierbleiben wollen oder nicht.

– Da sprichst Du einen wichtigen Punkt an. Es ist unbedingt notwendig, aktuell zu fordern, daß die Arbeitserlaubnis den ausländischen Kollegen nicht verweigert werden darf, wenn sie weiter in Deutschland leben und arbeiten wollen. Denn die Durchsetzung dieser Forderungen ist ein Schritt hin zur völligen Gleichberechtigung der Ausländer, die in der Bundesrepublik leben, ein Schritt hin zur notwendigen Einheit der Arbeiterklasse gegenüber der Kapitalistenklasse und ihrem Staat. Diese Forderung muß auch in den Gewerkschaften durchgesetzt werden und sollte auf den Demonstrationen und Kundgebungen zum 1. Mai mitgetragen werden.

P: Mir haben sie ja auch erst noch eine Arbeit angeboten, die ich körperlich aber nicht hätte durchführen können. 20 Tunesier aber hatten sich dennoch nicht mit dieser Arbeit einverstanden erklärt. Und zwar ist es eine Arbeit in einer Bergbaumine in der Nähe von Aachen. Die Kollegen müssen für 700 DM netto im Monat die äußerst schwere Arbeit im Drei-Schichten-Rhythmus machen. Halten sie dies drei Monate durch, erhalten sie dann rückwirkend die Arbeitserlaubnis. Sie arbeiten diese 3 Monate also quasi illegal, und das mit Wissen des Arbeitsamtes, ja sogar auf Zuweisung des Arbeitsamtes hin. Inzwischen allerdings arbeiten nur noch 5 der 20 Kollegen. Die anderen mußten einfach wegen der schlechten Arbeitsbedingungen aufhören und müssen jetzt in der Woche mit 120 DM Arbeitslosengeld auskommen.

H.K., Braunschweig

Eine politische Kampffront gegen die Aufrechterhaltung des Paragrafen 218 aufbauen!

Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, das den § 218 zu einem ewigen Gesetz erhebt, geht der Kampf gegen den Paragraphen 218 weiter. Politische Kämpfe ergeben sich aus sozialen Interessen und die sozialen Interessen lassen sich durch keinerlei Urteil eines Verfassungsgerichtes ändern. In der Frage des Paragraphen 218 sind die Interessen der Arbeiterklasse den Interessen der Kapitalistenklasse gerade so entgegengesetzt wie in allen anderen gesellschaftlichen Fragen.

Die Arbeiterklasse produziert in der kapitalistischen Gesellschaft den materiellen Reichtum, sie produziert ihn aber als Privateigentum der Kapitalisten. So produziert die Arbeiterklasse zugleich mit dem materiellen Reichtum ihr eigenes Elend. Im selben Maß wie der gesellschaftliche Reichtum in den Händen der Kapitalisten wächst, wächst auf der anderen Seite die Unsicherheit der Existenz der Arbeiterklasse. In solchen Verhältnissen bedeutet für die Arbeiterfamilien ein Kind vor allem ein weiteres finanzielles Problem, für ledige Arbeiterinnen den Verlust des Arbeitsplatzes und große gesellschaftliche Schwierigkeiten. Es ist klar, daß in solchen Verhältnissen gerade die Angehörigen der Arbeiterklasse immer wieder zu Abtreibungen gezwungen sind. Für den Kapitalisten bedeuten die Arbeiter ausschließlich Arbeitskräfte, die ausgebeutet werden können. Es ist ihm egal, wie sie leben. Sie müssen einfach da sein. Deshalb ist die Kapitalistenklasse für den Paragraph 218. Wenn Bourgeoisfrauen Abtreibungen vornehmen lassen, dann tun sie dies nicht aus materiellen Zwängen und wenn sie eine Abtreibung vornehmen lassen wollen, dann haben sie dabei, weil sie Geld und Verbindungen haben, keinerlei Schwierigkeiten. Sie leiden kaum unter dem Paragraphen 218.

Unter dem **Paragraphen 218 leiden vor allem die Frauen und die Familien** der Arbeiterklasse. Dieser Paragraph fügt zum Zwang der Verhältnisse, die die Kinder zu einem finanziellen Problem machen, noch die polizeiliche und juristische Schikane hinzu, der elenden Lage noch die Unterdrückung und Verfolgung. Weil das so ist, wird der Kampf gegen den Paragraphen 218 fortgesetzt werden und der Hauptträger dieses Kampfes wird die Arbeiterklasse sein. Auf dem Weg zur Veränderung der Verhältnisse, die zur Abtreibung zwingen, wird sie stets die Vorkämpferin gegen die Bevormundung und Unterdrückung, die diese Verhältnisse schützen.

Die Empörung über den § 218 und das Urteil des Verfassungsgerichtes ist da, es kommt darauf an, sie in einen Motor des Kampfes zu verwandeln.

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes hat der Empörung über den Paragraphen 218 die Empörung über das Bundesverfassungsgericht hinzugefügt. Es kommt jetzt darauf an, zu erkennen, daß das Bundesverfassungsgericht nur Instrument des bürgerlichen Staates ist und daß der Kampf gegen den § 218 als Kampf gegen den bürgerlichen Staat fortgesetzt werden muß. Die Hoffnungen auf eine halbschlächtige Reform durch den bürgerlichen Staat sind gescheitert. Wer jetzt an dem Ziel der Beseitigung des § 218 festhält, und die Arbeiterklasse ist aufgrund ihrer sozialen Interessen gezwungen, an diesem Ziel festzuhalten, kann dies nur, wenn er sich bewußt gegen den bürgerlichen Staat stellt und den Zusammenschluß des Volkes gegen den bürgerlichen Staat in diesem Kampf anstrebt und organisiert. Alles andere bedeutet Kapitulation und Resignation vor den Schwierigkeiten des Kampfes, der doch aufgrund der Interessen der Arbeiterklasse und der Volksmassen unvermeidlich ist.

Der Kampf gegen den § 218 kann nur als Zusammenschluß des Volkes gegen den bürgerlichen Staat fortgesetzt werden.

Wie der Kampf gegen den § 218 fortgesetzt werden kann und muß – dazu hat der Ständige Ausschuß des KBW in der Kommunistischen Volkszeitung einen Vorschlag veröffentlicht. Statt dem bürgerlichen Staat und dem Bundesverfassungsgericht die Entscheidung zu überlassen, soll das Volk selber entscheiden. Dazu muß es sich unter den Losungen: Weg mit dem § 218! – Das Volk selber soll entscheiden! – Volksentscheid gegen den § 218! zusammenschließen. Wir haben vorgeschlagen, daß sich in den verschiedenen Städten Komitees bilden, die auf dieser Grundlage den Kampf führen, sich an den Mai-Demonstrationen beteiligen und für die Mai-Demonstrationen mobilisieren. Diese Komitees sollen eine Massendemonstration in Bonn zum Zeitpunkt der erneuten Behandlung des § 218 im Parlament oder zu einem entsprechenden, durch sie selber gesetzten Zeitpunkt vorbereiten. Diese Demonstration soll den Willen des Volkes gegenüber dem bürgerlichen Staat, gegenüber dem Parlament und dem Bundesverfassungsgericht zur Geltung bringen. Diesem Willen soll Nachdruck verliehen werden, indem während der Vorbereitung der Demonstration in großem Umfang Unterschriften für die genannten Forderungen gesammelt werden. Man kann nicht erwarten, daß der bürgerliche Staat der Forderung nach dem Volksentscheid gegen den § 218 stattgibt. Notwendig ist es jedoch, dem bürgerlichen Staat entgegenzutreten und den Kampf gegen den § 218 auf eine neue Stufe zu heben. Dies wird zu einer bewußten Konfrontation der Volksmassen mit dem bürgerlichen Staat in dieser Frage führen und dies ist die Voraussetzung dafür, daß die Volksmassen in dieser Frage schließlich den Sieg über den bürgerlichen Staat davontragen.

Unser Vorschlag hat auf zahlreichen Versammlungen, in Beratungen mit Frauengruppen, mit Mitgliedern und Einheiten der SPD und der DKP, sowie in Gesprächen unserer Genossen mit ihren Kollegen, der KVZ-Verkäufer vor den Betrieben und in den Stadtteilen einen großen Widerhall gefunden. Vor allem auch verschiedene Gewerkschaftsversammlungen, Gewerkschaftsgruppen und Gewerkschaftseinheiten haben in Beschlüssen ihre Auffassung niedergelegt, daß der Kampf gegen den Paragraphen 218 fortgesetzt werden muß.

Obwohl unser Vorschlag meistens Zustimmung gefunden hat, sind sich doch alle über die großen Schwierigkeiten bei der Fortsetzung des Kamp-
keiten bei der Fortsetzung des Kamp-
fes gegen den § 218 klar. Bekannt ist, daß der bürgerliche Staat in Westdeutschland einen Volksentscheid nicht zuläßt. Von älteren Arbeiter wird daran erinnert, daß die FDJ Anfangs der 50er Jahre verboten worden ist, als sie einen Volksentscheid für die Wiedervereinigung forderte und propagierte.

Es ist klar, daß der bürgerliche Staat dagegen vorgehen wird, wenn Teile des Volkes fordern, das Volk selber solle über die Streichung des § 218 entscheiden und nicht der bürgerliche Staat. Dessen ganze Existenz beruht darauf, daß das Volk unterdrückt wird. Zwar heißt es in der Verfassung, alle Gewalt geht vom Volk aus. Sie ist aber auch nicht mehr beim Volk, sondern beim bürgerlichen Staatsapparat, mit dessen Hilfe die Kapitalistenklasse herrscht und nicht das Volk. Wenn wir vorschlagen, sich unter der Losung "Volksentscheid gegen den §,218!" zusammenzuschließen, dann deshalb, weil wir meinen, daß unter dieser Einordnung in dieser bestimmten Frage der Staatsgewalt erfolgreich gegenübergetreten werden kann, erfolgreich deshalb, weil in der Sache selber, ersatzlose Streichung des § 218, im Volk eine wachsende Einheit besteht und weil diese Einheit nach dem Urteil des Verfassungsgerichtes nur mit dieser Stoßrichtung zum Ausdruck gebracht werden und im Kampf organisiert werden kann.

Es geht darum, den § 218 zu Fall zu bringen. Nicht geht es darum, den bürgerlichen Staatsapparat zu reformieren.

Wir schlagen die Forderung vor "Volksentscheid gegen den § 218!" und nicht die Forderung "Volksentscheid in die Verfassung". Grundsätzlich treten wir für den Sturz des bürgerlichen Staatsapparates ein, weil anders die Herrschaft der Bourgeoisie und die kapitalistische Ausbeuterordnung nicht beseitigt und der Sozialismus nicht aufgebaut werden kann. Es geht uns um die Errichtung der Herrschaft der Arbeiterklasse, die sozialistische Räterepublik. In ihre Richtung zielen nicht Forderungen, die die Existenz des bürgerlichen Staates voraussetzen, eines von den Volksmassen abgetrennten Unterdrückungsapparates, sondern nur Forderungen, die auf die Zerschlagung des vom Volk abgetrennten Staatsapparates hinauslaufen, wie allgemeine Volksbewaffnung, jederzeitige Abwählbarkeit aller Volksvertreter, Wahl der Richter und Beamten und ihre jederzeitige Absetzbarkeit, Forderungen also, wie sie der Kommunistische Bund Westdeutschland in seinem Programm aufgestellt hat.

Die Forderung nach einem Volksentscheid ist nur sinnvoll zu einer bestimmten Frage und nur notwendig, solange das Volk nicht herrscht. Wenn das Volk herrscht, entscheidet es stets in allen Fragen mit Hilfe seiner Organe. Heute herrscht das Volk nicht. Das Volk und sein Wille werden unterdrückt durch die Kapitalistenklasse mit Hilfe des bürgerlichen Staatsapparates. Das zeigt auch die Erfahrung im Kampg gegen den § 218.

Wenn wir die Forderung "Volksentscheid gegen den § 218!" aufstellen, dann tun wir das, weil unter dieser Forderung ein bestimmter Kampf fortgesetzt werden kann und sich die Volksmassen so in diesem bestimmten Kampf zusammenschließen können. Die Breite und Entwicklung dieses Kampfes hängt davon ab, wie stark sich der Kampfwille zur Beseitigung des § 218 festigt und entfaltet. Darauf muß deshalb in der Agitation der Nachdruck gelegt werden. Die Forderung nach "Volksentscheid gegen den § 218!" gibt bloß die Form an, in der sich dieser Kampfwillen entfalten kann und in der sich die Volksmassen in dieser bestimmten Frage von großer sozialer und politischer Bedeutung gegen den erklärten Willen der Bourgeoisie und den bürgerlichen Staat zusammenschließen können.

Die politischen Organisationen haben sich bisher um eine Stellungnahme zu diesem Vorschlag gedrückt.

Daß sich Jusos, DKP und Jungdemokraten zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht zu diesem Vorschlag offiziell äußern würden, haben wir erwartet. Die Vorstände dieser Organisation sind Anhänger der Fristenlösung und haben weder mit dem Kampf gegen den § 218 noch mit dem Kampf gegen den bürgerlichen Staatsapparat etwas vor, außer sich im Staatsapparat mit Hilfe von Reformversprechen und parlamentarischen Wahlen einzunisten. Sie werden versuchen, den Vorschlag totzuschweigen. Sie hoffen, daß der Kampf gegen den § 218 abstirbt und der Vorschlag von den Massen nicht aufgenommen wird. Sie werden sich aber um diesen Vorschlag nicht herumdrücken können. Die Bewegung gegen den § 218 beginnt ihn aufzunehmen und er wird den Vorständen dieser Organisationen aus den eigenen Reihen heraus vorgehalten werden. Er ist richtig, deshalb wird er sich nicht totschweigen lassen.

Bisher haben sich auch diejenigen Organisationen nicht geäußert, die sich revolutionär nennen, behaupten, die Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten und den Kampf gegen den § 218 und den bürgerlichen Staatsapparat zu führen. Sie werden jedoch um eine Stellungnahme nicht herumkommen. Wir haben diesen Vorschlag nicht einfach als Versuchsballon steigen lassen. Wir werden auf der Linie dieses Vorschlags den Kampf organisieren und wir werden für diesen Vorschlag Teile der Arbeiterklasse und den Volkes gewinnen. Sie werden sich auf seiner Linie bewegen und ihn sich zu eigen machen. Die Stellungnahmen werden also früher oder später kommen. Wir sind gespannt auf diese Stellungnahmen und hoffen, daß sie ernsthaft sind.

J.S.

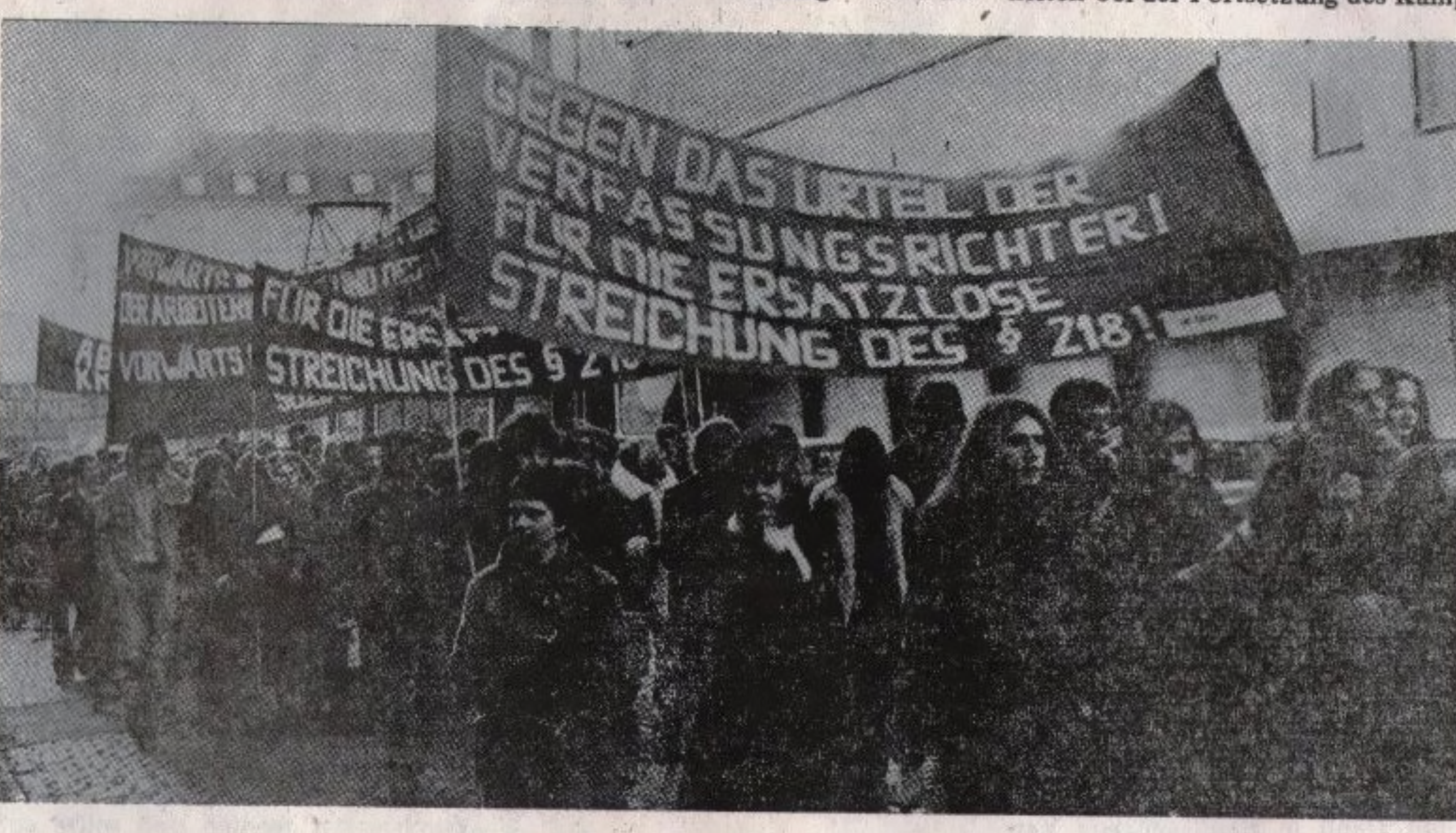
HERR DOKTOR ...

Herr Doktor, die Periode ...
Na, freu'n Sie sich doch man
Daß die Bevölkerungsquote
Mal'n bißchen wachsen kann.
Herr Doktor, ohne Wohnung ...
Na, 'n Bett wern Sie wohl noch ham
Da gönn'n Sie sich'n bißchen Schonung
Und halten sich'n bißchen stramm.
Da sind Sie mal 'ne nette kleine Mutter
Und schaffen mal 'n Stück Kanonenfutter
Dazu ham Sie 'n Bauch, und das müssen Sie auch
Und das wissen Sie auch
Und jetzt keinen Stuß
Und jetzt werden Sie Mutter und Schluß.

Herr Doktor, 'n Arbeitsloser
Daß der nicht 'n Kind haben kann ...
Na, Frauchen, so was is 'n bloßer Antrieb für Ihren Mann.
Herr Doktor, bitte, ... Frau Renner
Da kann ich Sie nicht verstehn
Sehn Sie, Frauchen, der Staat braucht Männer
Die an der Maschine stehn.
Da sind Sie mal 'ne nette kleine Mutter
Und schaffen noch 'n Stück Maschinenfutter
Dazu ham Sie 'n Bauch, und das müssen Sie auch
Und das wissen Sie auch
Und jetzt keinen Stuß
Und jetzt werden Sie Mutter und Schluß.

Herr Doktor, wo soll ich denn liegen ...
Frau Renner, quasseln Sie nicht
Erst wollen Sie das Vergnügen
Und dann wolln Sie nicht Ihre Pflicht.
Und wenn wir mal was verbieten
Dann wissen wir schon, was wir tun
Und drum sei 'n Sie mal ganz zufrieden
Und lassen Sie das mal unsere Sache sein, ja? Und nun
Seien Sie mal 'ne nette kleine Mutter
Und schaffen mal 'n Stück Kanonenfutter
Dazu ham Sie 'n Bauch, und das müssen Sie auch
Und das wissen Sie auch
Und jetzt keinen Stuß
Und jetzt werden Sie Mutter und Schluß.

Bertolt Brecht



Aktionskomitee gegen den Paragraf 218 gegründet

Kiel. Auf einer gemeinsamen Veranstaltung der Allgemeinen Studentenausschüsse (ASten) der Kieler Universität und der Fachhochschule am Dienstag, den 18.3., mit 150 Teilnehmern, wurde mit nur einer Gegenstimme der Vorschlag, einen Volksentscheid zur ersatzlosen Streichung des § 218 durchzuführen, unterstützt und ein Komitee gebildet, das in diese Richtung arbeiten soll.

Dem Beschluß war eine ausführliche Debatte über die politische Bedeutung des Verfassungsgerichtsurteils und der dadurch entstandenden Lage vorausgegangen.

Die Asten hatten zu der Veranstaltung alle Gruppen eingeladen, die sich bisher an der Bewegung gegen den § 218 beteiligt haben. Erschienen waren aber nur die Jungdemokraten, die DKP und der KBW. Über die Forderung nach ersatzloser Streichung des § 218 konnte auch mit der DKP-Vertreterin schließlich Einigkeit erzielt werden. Gegen den Vorschlag des KBW, einen Volksentscheid zu fordern, gab es zunächst eine Reihe von Bedenken. Die DKP-Vertreterin meinte, eine solche Forderung würde die Bewegung leicht isolieren können, weil ein Volksentscheid in der Verfassung nicht vorgesehen sei. Andere meinten, daß es sehr schwierig sein würde, diese Forderung durchzusetzen. Diesen Argumenten wurde in einer Reihe von Redebeiträgen widersprochen. Jetzt, nach dem Urteil des Gerichtes, seien alle im Rahmen der Verfassung gegebenen Möglichkeiten erschöpft. Wolle man dem Willen des Volkes also Geltung verschaffen, sei die Forderung nach dem Volksentscheid gerade die richtige Forderung. Er sei auch deshalb notwendig, weil sich die Bewegung zur Streichung des Paragraphen nur ausbreiten lasse, wenn die Menschen einen Weg sehen, wie sie den Willen der Mehrheit durchsetzen können.

Nach Abstimmung der vom KBW vorgetragenen Resolution trugen sich 51 Menschen in die Listen für die Gründung eines Komitees "Weg mit dem § 218 – Für Volksentscheid" ein. Ein guter Anfang!

–GR/Kiel–

Warum die Forderung 'Volksentscheid gegen den Paragrafen 218' richtig ist

Folgende Stellungnahme hat uns die Initiative "Frauen für den Kommunismus" zugesandt. Auf einige der Einwände der Initiative haben wir bereits in dem nebenstehenden Artikel geantwortet. Im Anschluß an den Abdruck der Stellungnahme werden wir im einzelnen antworten:

Stellungnahme der Initiative "Frauen für den Kommunismus"

Liebe Genossen!

Wir freuen uns, daß Ihr die Bewegung gegen den § 218 konsequent unterstützt und in den letzten Kommunistichen Volkszeitungen immer wieder Artikel dazu gebracht habt.

Besonders begrüßen wir den Artikel in der KVZ Nr. 9 vom 6.3.1975, in dem Ihr zu einer zentralen Demonstration aufruft.

Um eine große und machtvolle Demonstration auf die Beine stellen zu können, müssen wir Grundlagen für eine Aktionseinheit schaffen, die von vielen Menschen, Gruppen und Organisationen akzeptiert werden. Wir sind der Ansicht, daß sich die von Euch vorgeschlagenen Forderungen nicht insgesamt als Grundlage für eine breite Aktionseinheit eignen. Wir schlagen stattdessen folgende Forderungen vor:

- Weg mit dem § 218!
- Frauen und Familien müssen selbst entscheiden!
  (Anstatt: "Das Volk selber muß entscheiden." Wir glauben, daß unsere Forderung konkreter, verständlicher und ansprechender ist.)
- Weg mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes!
  (Dagegen richtet sich z.Z. die größte Empörung)
- Weg mit dem Weigerungsrecht der Ärzte und Krankenhausträger!
  (Solange das Weigerungsrecht besteht, nützt uns auch die ersatzlose Streichung des § 218 nichts.)

Diese Forderungen könnten die Grundlage für eine breite Aktionseinheit zu einer nationalen Demonstration werden. Auch Ihr könntet Euch mit Eurer Position auf diese Grundlage stellen.

Eure Forderung "Volksentscheid gegen den § 218" halten wir für falsch. Da es in der BRD und West-Berlin keinen Volksentscheid gibt, müßte zuerst für einen Volksentscheid gekämpft werden, damit diese Forderung überhaupt einsichtig ist. Angesichts der breiten Bewegung gegen den § 218 ist es doch klar, daß mindestens die Hälfte der Bevölkerung gegen diesen Paragraphen ist (das wird inzwischen schon von bürgerlichen Umfrageinstitutionen bestätigt). Das hat den bürgerlichen Staat doch offensichtlich nicht davon abgehalten, gegen den Willen des Volkes zu entscheiden. Es ist nicht einsichtig, warum wir erst ein demokratisches Instrument, den Volksentscheid, vom bürgerlichen Staat erkämpfen müssen, um mit Hilfe dieses Instruments klar zu machen, was schon jeder weiß, sowohl das Volk als auch die Herren da oben, daß die Mehrheit der Bevölkerung gegen den § 218 ist.

Wir befürchten, daß diese Forderung die Aktionseinheits-Verhandlungen sehr erschweren würde. Wir sind daher dafür, daß diese Forderung nicht zur Grundlage der Aktionseinheit zu einer nationalen Demonstration gemacht wird.

Ferner schlagen wir Frankfurt als Demonstrationsort vor. In Frankfurt gibt es eine starke Bewegung gegen den § 218, es ist verkehrstechnisch gut zu erreichen und es ist eine lebendige Stadt.

In Bonn sitzt zwar das Parlament, aber wer schon einmal durch Bonn demonstriert ist, weiß, daß das eine tote Stadt ist. Die Demonstration muß sich natürlich – und wird sich auch ihrem Charakter nach – gegen den bürgerlichen Staat wenden, aber diese Stoßrichtung wird durch Bonn nicht hervorstechen.

Die Vorbereitung für die Demonstration müssen jetzt rasch und konsequent angegangen werden, Es sollte so bald als möglich ein Koordinationstreffen stattfinden.

Wir werden versuchen, in Berlin ein Komitee zu bilden und eine breite Aktionseinheit für die nationale Demonstration herzustellen.

Wir bitten um Eure baldige Stellungnahme.

Mit solidarischen Grüßen
Initiative "Frauen für den Kommunismus", West-Berlin

Unsere Antwort

Es geht jetzt nicht einfach darum, daß die Frauen und die Familien selber entscheiden sollen, ob sie eine Abtreibung für nötig halten. Das ist zwar vollständig richtig und deshalb sind wir für die ersatzlose Streichung des § 218. Aber es geht ja jetzt gerade darum, wie das Volk den Kampf gegen den Paragraphen fortsetzen kann. Dabei geht es darum, der Entscheidung des bürgerlichen Staates, des Bundesverfassungsgerichtes und des Parlaments, den Willen des Volkes gegenüberzustellen. Diesen Willen gilt es zu organisieren gegenüber dem bürgerlichen Staat unter der politischen Forderung: Weg mit dem § 218! Das Volk selber soll entscheiden! Volksentscheid gegen den § 218!

Diese Forderungen schließen eine breite Aktionseinheit nicht aus, sondern geben ihr überhaupt erst eine klare politische Stoßrichtung in der jetzigen Situation.

Ohne diese klare politische Stoßrichtung wird weder eine breite Aktionseinheit möglich sein, noch eine Massenbewegung sich weiter entfalten können, die sich in Massenaktionen Ausdruck verschafft. Diese Bewegung kann sich nur gegen den bürgerlichen Staat entwickeln, nicht neben ihm. Deshalb halten wir es auch für unbedingt notwendig, daß die Demonstration in Bonn durchgeführt wird. Bei der Forderung nach Volksentscheid geht es nicht darum, den bürgerlichen Politikern etwas klar zu machen, was sie schon wissen: daß das Volk gegen den § 218 ist. Vielmehr geht es darum, den Willen des Volkes zur Geltung zu bringen gegen den bürgerlichen Staat, das Volk politisch zusammenzufassen gegen den bürgerlichen Staat. Meinungsumfragen und der Zusammenschluß der Massen auf Grundlage von Forderungen gegen die Kapitalistenklasse und den bürgerlichen Staat sind zweierlei Paar Stiefel. Meinungsumfragen sind für bürgerliche Politiker wichtig, damit er im Wahlkampf seinen Schwindel richtig an den Mann bringen kann. Insofern kümmern sich die bürgerlichen Politiker um die Meinung der Massen. Bei der Forderung nach Volksentscheid gegen den § 218 geht es aber um etwas ganz anderes.

Es geht nicht darum, "klar zu machen, was jeder weiß", sondern darum, daß die Massen sich zusammenschließen, um etwas durchzusetzen, was sie bisher nicht durchsetzen konnten: Die ersatzlose Streichung des § 218. Dazu sind Forderungen und politische Kampfformen nötig. Die Ablehnung der Forderung "Volksentscheid gegen den § 218" läuft deshalb in der gegenwärtigen Situation auf die Ablehnung des politischen Kampfes hinaus, auf den Verzicht der Organisierung des Kampfes der Massen und die Organisierung des Kampfes der Massen zugunsten der Selbstbehauptung eines Teiles der Bewegung gegen den § 218. Diese Bewegung umfaßt aber sehr viel mehr Kräfte als die, die bisher demonstriert haben. Diese tatsächlich vorhandenen, aber noch nicht mobilisierten Kräfte müssen so gut wie möglich mobilisiert und zusammengefaßt werden. Dazu dient die Forderung.

Ein Koordinationstreffen halten wir gegenwärtig für verfrüht. Gegenwärtig gilt es noch, die Stoßrichtung zu klären und die örtlichen Komitees zu bilden, die die Bewegung organisieren können.

Wiesbaden. Zu einer Veranstaltung der Ortsgruppe des KBW zum § 218 im Stadtteil Biebrich kamen 70 Menschen. Nach einer lebhaften Diskussion beschlossen die Versammelten einmütig eine Resolution, in der sie den Vorschlag des Ständigen Ausschusses des Kommunistischen Bundes Westdeutschland ausdrücklich guthießen. Außerdem beschlossen sie, die Diskussion über die Fortsetzung des Kampfes für die ersatzlose Streichung des § 218 auch in die Schulen hineinzutragen.



Auf der Veranstaltung im Stadtteil Neuenheim mit den Stadtratskandidaten E.Kempf, Rechtsanwalt E.Dohm, Laborant W.Samsel, Wiss. Angestellter F.Petersen, Verkäuferin (von links)

24.April: Kommunalwahlen in Baden-Württemberg

Wahlveranstaltung des KBW in Heidelberg

Anläßlich des Kommunalwahlkampfes in Baden-Württemberg veranstaltete die Ortsgruppe Heidelberg des KBW acht kleinere Veranstaltungen in den Stadtteilen Heidelbergs mit dem Thema: "Wie können die Arbeiter und Angestellten die Folgen der Krise – Arbeitslosigkeit, Arbeitshetze und Lohnabbau – bekämpfen?"

Zwischen 30 und 100 Personen besuchten die einzelnen Veranstaltungen. Sie zeichneten sich im Gegensatz zu den meisten bürgerlichen Veranstaltungen durch lebhafte Diskussionen aus. Die Debatten zeigten, daß das Problem, wie können wir uns gegen die Krise wehren, auf den Nägeln brennt.

Eine äußerst lebhafte Veranstaltung fand im Bereich der Stadtteile Rohrbach/Kirchheim statt. 74 Menschen, davon etwa zwei Drittel Arbeiter und Angestellte und ein Drittel Studenten und Angehörige der Intelligenz, waren erschienen. Vorbereitet wurde die Veranstaltung durch die Stadtteilzelle Kirchheim, dazu aufgerufen wurde in Rohrbach und Kirchheim sowie durch die Betriebszelle International-Harvester.

Das Hauptreferat hielt der Genosse Rolf Köhler als Mitglied der Ortsleitung des KBW, der Lagerarbeiter bei Harvester ist. Über ein Dutzend Kollegen von Harvester waren zu der Veranstaltung erschienen, trotz des Sauwetters. Sie wollten hören, was die beiden Harvester-Arbeiter, der Betriebsschlosser Krauß und der Lagerarbeiter Köhler, zu sagen hatten. Unter den Anwesenden war auch der Betriebsratsvorsitzende Haffner von Harvester Heidelberg.

Im Hauptreferat und in der anschließenden Diskussion wurde die Notwendigkeit des Zusammenschlusses der Arbeiterklasse gegen die Kapitalisten und ihren Staat herausgearbeitet, um die Folgen der Krise abzuwehren und schließlich die Ausbeuterherrschaft der Kapitalisten zu stürzen. Die Notwendigkeiten des Kampfes gegen die Folgen der Krise wurden an den Erfahrungen der Harvester-Belegschaft belegt.

Daraufhin meldete sich auch der Betriebsratsvorsitzende zu Wort und sagte, auch er kämpfe gegen den Kapitalismus, doch meine er, daß es nötig sei, kleine Schritte zu machen, die man auch durchsetzen könne. Die ganze Diskussion war dann bestimmt von der Frage der kleinen Schritte, der kleinen Schritte ohne Perspektive oder der Schritte mit der klaren Perspektive des Zusammenschlusses , der Einheit der Arbeiter gegenüber der Kapitalistenklasse.

Am Beispiel des Betriebsgesundheitswesens bei Harvester wurde dann von Günter Krauß der Unterschied zwischen diesen beiden Gangarten entwickelt. Bei Harvester fordert die Belegschaft, daß der unfähige und faule Betriebsarzt wegkommt, als einen ersten Schritt zu einem Betriebs Gesundheitssystem in Händen der Arbeiter und ihrem Vertretungsorgan, dem Betriebsrat. Das fand auch der Betriebsratsvorsitzende nicht schlecht. Doch hielt er daran fest, sich vor allem auf das neue Betriebsärztegesetz zu stützen. Mit dem Gesetz allein wäre der Arzt aber nie weggekommen und wird die Belegschaft auch in Zukunft ihre Forderungen nicht durchsetzen, weil es den "Herr im Hause-Standpunkt" der Unternehmer natürlich nicht aufhebt.

Der Unterschied zwischen denen, die nur mit solchen Gesetzen arbeiten und die Belegschaften in ihren Forderungen zurückzerren, und denen, die sich auf die Bewegung und die Forderungen der Arbeiter und Angestellten nach einem anderen Betriebsgesundheitswesen stützen und diese Bewegung in Richtung auf Einheit und Selbständigkeit der Klasse vorantreiben, wurde deutlich.

Aus dieser Diskussion entwickelte sich eine Debatte über die Notwendigkeit des Sturzes der Kapitalistenklasse. Verschiedene Kollegen verwahrten sich lautstark gegen einen Umsturz, so schlimm sei es doch auch wieder nicht. Sie forderten von den Kommunisten Rechenschaft über ihre Absichten und Ziele. Unsere Genossen erklärten anhand der Zustände, die sich jetzt in der Gesellschaft zeigen, dem wachsenden Reichtum und der unerträglicher werdenden bürokratischen staatlichen Willkür auf der einen Seite und der Verschlechterung der Lage der Arbeitenden auf der anderen Seite die Notwendigkeit, daß die Arbeiterklasse die politische Macht und die Herrschaft über alle Bereiche der Gesellschaft selbst in die Hand nimmt.

Auf den Einwurf eines älteren Kollegen, was denn eigentlich der KBW im Stadtrat verändern könne, wurde erklärt: Wir Kommunisten können im Stadtrat nicht die Arbeitslosigkeit verhindern, wir können im Stadtrat auch nicht verhindern, daß die öffentlichen Ausgaben immer auf das Volk abgewälzt werden. Was wir aber können ist, den Bewegungen und Forderungen der Arbeiterklasse und des Volkes im Stadtrat ein Sprachrohr zu verleihen, die bürgerlichen Parteien und den Staat mit diesen Forderungen konfrontieren und die Kämpfe in den Betrieben und in der Stadt unterstützen. Dem Zusammenschluß der Arbeiterklasse und des Volkes gegenüber den Kapitalisten und dem Staat mit dem Ziel des Sozialismus dient die ganze Arbeit des KBW, und wer den KBW wählt, unterstützt dieses Ziel.

Als die Veranstaltung nach zweieinhalb Stunden offiziell beendet wurde, gingen die meisten nicht weg, sondern diskutierten weiter und überlegten, wie das Gehörte sich in die Tat umsetzen läßt.

Be., Harvester-Zelle,
Ortsgruppe Heidelberg

"Mit dem Richterspruch ist nicht alles vorbei!"

Bremen. Neulich habe ich in meiner Abteilung die KVZ Nr. 9 aufgeschlagen und gesagt, daß die Kommunisten zum § 218 den Vorschlag machen, das Volk soll entscheiden, wie es zu diesem Paragraphen steht, und daß sie meinen, eine Volksabstimmung wäre die richtige Antwort.

Sofort entbrannte eine Diskussion darüber und die Kolleginnen meinten, daß diese Richter überhaupt nicht darüber urteilen könnten.

Denn über diesen Paragraphen müßte das Volk selbst entscheiden. Die Kolleginnen selbst waren der Ansicht, daß nur die betroffenen Familien entscheiden könnten, ob sie ein Kind vernünftig ernähren und erziehen können. Dann wies ich darauf hin, daß eine Volksabstimmung nicht so leicht durchzuführen wäre, weil der Staat sie nicht erlaubt, und daß man dazu eine breite Bewegung braucht, auf die man sich stützen kann. **Daraufhin sagte mir eine Kollegin, mit dem Richterspruch sei überhaupt nicht alles vorbei, weil das Problem nach wie vor da ist, und die Menschen ihre Meinung über den § 218 überhaupt nicht geändert haben, sondern jetzt erst recht empört sind.**

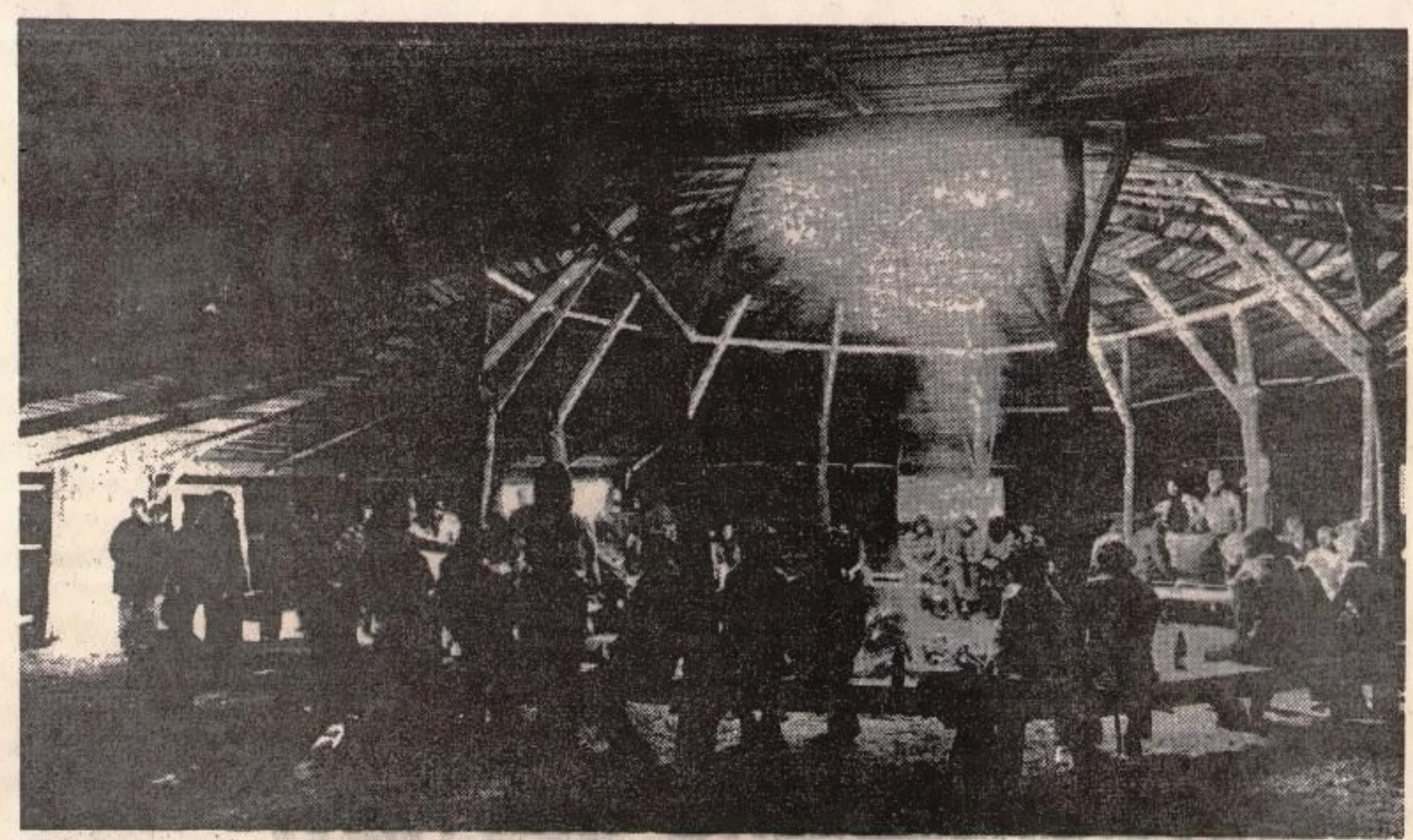
Büchertisch behauptet

Der Frankfurter Magistrat setzt jetzt verkleidete Spitzel ein

Jeden Samstag machen wir auf der Zeil, Frankfurts Einkaufsstraße, einen politischen Stand und einen Büchertisch. Dieses Recht haben wir uns erkämpft gegen immer neue Angriffe des Frankfurter Magistrats. Alle Versuche, den Vertrieb kommunistischer Literatur zu verhindern, sind bisher fehlgeschlagen.

Waren es am Anfang uniformierte Polizisten, die den Stand abräumen wollten, so sind es inzwischen als amerikanische Touristen und als Linke verkleidete Spitzel, die manchmal zu zehnt und mehr dort auftauchen. Zu diesem neuen Vorgehen muß der Magistrat greifen, weil sich jeden Samstag große Diskussionsgruppen bilden. Darüberhinaus versammelten sich immer, wenn die "Grünen" auftauchten, zeitweilig bis zu 250 Menschen, die zum großen Teil empört über das Vorgehen der Polizei waren. Die politische Diskussion ist dem Magistrat ein Dorn im Auge. Das kommt auch in den Ordnungswidrigkeitsanträgen zum Ausdruck. Darin heißt es zum Beispiel u. a.: "Sie hatten dadurch die Straße über den Gemeingebrauch hinaus benutzt, ohne die hierfür erforderliche behördliche Erlaubnis zu besitzen!" (Zitat aus Anzeige) Wir werden auch gegen diese neue Masche, die ein Eingeständnis der Niederlage des Magistrats und zugleich der Versuch neuer Einschüchterung und Schikane ist, jeden Samstag auf der Zeil sein. Es zeigt sich, daß in den Volksmassen eine breite Debatte in Gang ist. Es ist unsere Aufgabe als Kommunisten, Klarheit hineinzutragen. Dazu müssen wir die revolutionäre Literatur nutzen. Wir können feststellen, daß das Interesse an dieser Literatur steigt.

–H.J., Kommunistischer Studentenbund Frankfurt/M. Zelle Diplompädagogik–


Um das offene Feuer im "Freundschaftshaus" lösen sich Frauen und Männer Tag und Nacht mit der Wache ab.

Einschüchterungsmanöver

150 000 DM Schadensersatzforderung gegen Platzbesetzer

Vor wenigen Tagen flatterte mehreren KKW-Gegnern ein Schreiben des Waldkircher Rechtsanwalts Thoma ins Haus, in dem es u. a. heißt:

"Nach den Feststellungen meiner Mandantinnen sind Sie am Sonntag, dem 23.2.1975 im Anschluß an eine Demonstration zusammen mit mehreren hundert mir namentlich nicht bekannten Personen und einer Reihe von Personen, deren Personalien festgestellt werden konnten, gewaltsam in das rundum durch einen Zaun umfriedete und mit Schildern deutlich als Privatbesitz gekennzeichnete Besitztum in Wyhl am vorgesehenen Kerkraftwerksstandort eingedrungen, indem Sie die Polizei durch massive Gewaltanwendung von dem Gelände vertrieben. . . .

Sie konnten als einer der Anführer der Besetzungsaktion ermittelt werden. Unter Ihrem Kommando wurden zahlreiche Baumaschinen und Geräte erheblich beschädigt. . . . Nach den bisherigen Feststellungen ist ein Sachschaden in Höhe von 150 000 DM – entstanden. Desweiteren waren die Geräte für die Zeit der Besetzung und ihrer Reparatur nicht einsatzfähig, wodurch den von mir vertretenen Baufirmen ein weiterer, noch nicht endgültig feststellbarer Schaden erwachsen ist. . . . Als einer der Anführer der Besetzung sind Sie verpflichtet, meinen Mandantinnen den ihnen entstandenen Schaden . . . zu ersetzen. Ich habe Sie daher aufzufordern, mir bis spätestens 20.3.1975 mitzuteilen, ob Sie bereit sind, den entstandenen Schaden zu regulieren. Nach fruchtlosem Ablauf dieser Frist wird gegen Sie unverzüglich Klage auf Schadensersatz erhoben. Ich darf Sie darauf aufmerksam machen, daß eine weitere Mahnung nicht mehr erfolgen wird."

Das Gericht entschied:

Vorläufig kein Baubeginn in Wyhl

Wyhl. Das Verwaltungsgericht Freiburg hat entschieden, daß in Wyhl mit dem Bau des geplanten größten Kernkraftwerkes der Welt nicht begonnen werden darf, bis eine Entscheidung im Hauptverfahren über die Klage mehrerer Kaiserstühler Gemeinden und Personen gegen den Bau des Kernkraftwerkes gefallen ist. Wie erwartet, hat das Badenwerk Berufung beim Verwaltungsgericht Mannheim eingelegt.

Noch vor der öffentlichen Urteilsverkündung, aber nach der Entscheidung des Gerichts – also offensichtlich in Kenntnis des Urteils – hatte die Landesregierung angekündigt, sie werde den Baubeginn durch das mehrheitlich staatseigene Badenwerk bis nach dem Urteil des Mannheimer Gerichts hinausschieben.

Landesregierung und Kapitalisten hoffen, daß sie das Vertrauen der Bevölkerung in die Unabhängigkeit der Gerichte wieder festigen können, bis in etwa 3 Monaten im Mannheimer Berufungsverfahren das Urteil ausgesprochen wird.

So betonten die Bürgermeister den Gemeinden Sasbach und Endingen (CDU) sofort, es habe sich gezeigt, daß die Bürger zur 3. Gewalt im Staate doch Vertrauen haben könnten.

Der Bürgermeister von Weisweil (SPD) sprach sich für eine Aufhebung der Besetzung aus, ebenso Landrat Mayer, denn, so Mayer, mit den Entscheidung des Gerichts sei für die Besetzer des Kernkraftwerk-Geländes jeder innere Grund zur Rechtfertigung der weiteren Besetzung entfallen.

Doch die Menschen am Kaiserstuhl können auf diese weisen Ratschläge und Belehrungen verzichten. Sie betrachten den Urteilsspruch als einen Teilerfolg und wissen, daß einige Menschen, vor allem aus abgelegenen Orten, die eingeschüchtert oder schwankend waren, nun wieder in die gemeinsame Kampffront zurückkehren werden. Ein Landwirt sagte dazu am Bauplatz: "Das Gericht hat so entschieden, nicht weil es unabhängig ist, sondern weil wir Dampf gemacht haben. Jetzt dürfen wir auf keinen Fall vom Platz. Seit Monaten beschimpft uns Filbinger als Kriminelle und Extremisten, aber wir sind im Recht. Wenn wir jetzt gehen, ist das eine halbe Kapitulation."

Die Rechnung der Landesregierung wird nicht aufgehen. Das Gericht hat mit seinem Urteil der Landesregierung aus einer schwierigen Situation vorläufig herausgeholfen. Denn angesichts des harten und entschlossenen Widerstandes der betroffenen Bevölkerung und der immer breiter werdenden Unterstützung, die dieser Kampf in der ganzen Bundesrepublik findet, wäre Filbinger kaum in der Lage gewesen, seine kraftmeierischen Ankündigungen wahrzumachen und das Gelände Ende März räumen zu lassen. Filbinger hat versucht, dem Widerstand offen und brutal zu begegnen, er wollte die Bevölkerung mit Lügen, Drohungen, Panikmache und Gewalt niederzwingen. Das ist ihm bisher nicht gelungen.

Filbinger hat sich auch noch die Schelte der Bundesregierung, der SPD und der FDP, eingehandelt. Die Bundesregierung sieht das ehrgeizige Vorhaben in Gefahr, in den nächsten Jahren die Energieversorgung durch den Bau von dutzenden neuer Kernkraftwerke von den Öllieferungen unabhängier zu machen, in Gefahr, wenn durch das ungeschickte Vorgehen der Landesregierung Wyhl zu einem erfolgreichen Modellfall gegen die Politik der Kapitalistenklasse wird.

Die SPD wirft der Landesregierung vor, mit ihrem ungeschickten und plumpen Vorgehen das ohnehin angekratzte Vertrauen des Volkes in die parlamentarische Demokratie weiter erschüttert zu haben.

Und in der Tat, die Bevölkerung hat ihre Erfahrungen gesammelt, sie hat kennengelernt, wie die Sache nach den "parlamentarischen Spielregeln" abläuft. Der Erörterungstermin in Wyhl war eine der Kostproben und die war abscheulich. Nach 2 Tagen hatte die Bevölkerung genug und ließ den Termin platzen. Sie hatte erfahren, wem die Gesetze nützen, hat zu spüren bekommen, in wessen Dienst die Polizei steht und wie sie eingesetzt wird gegen die gerechten Interessen der Bevölkerung. Sie hat aus all dem gelernt, worauf man allein vertrauen kann: auf die eigene Kraft.

Die Weiterführung der Besetzung ist beschlossene Sache und das heißt, daß die Bevölkerung nicht gewillt ist, sich irgendeinem Richterspruch zu beugen.

In vielen Gemeinden wurden auf Beschluß der Bürgerinitiativen Veranstaltungen durchgeführt, um alle Kräfte zu mobilisieren. Die Landesregierung wird in einigen Monaten die Entscheidung suchen – die Bevölkerung in Baden und im Elsaß wird darauf vorbereitet sein!

Solidaritätsveranstaltungen in mehreren Städten

In mehreren Städten in der BRD sind inzwischen Solidaritätsveranstaltungen zur Unterstützung des Kampfes der Kaiserstühler Bevölkerung durchgeführt worden. In Ludwigshafen kamen zur Veranstaltung des "Aktionskomitees gegen den Bau des BASF-Kernkraftwerks" 60 Menschen, die durch eine Geldspende und eine Resolution ihre Solidarität deutlich machten.

In Nordrhein-Westfalen sind von der Ortsgruppe Köln, den Ortsaufbaugruppen Leverkusen und Dortmund und der Kommunistischen Gruppe Düsseldorf Veranstaltungen durchgeführt worden. zu der Düsseldorfer Veranstaltung kamen über 100 Menschen. Der Lichtbildervortrag eines Genossen der Ortsaufbaugruppe Emmendingen am Kaiserstuhl führte zu einer lebhaften Debatte über die Industrialisierung ländlicher Gebiete im Kapitalismus, die Rolle des Staates und seiner Polizei und über die sozialistische Alternative.

Gespräch mit einem Bauern

Am Sonntag waren wieder viele Menschen auf dem Bauplatz.

Es gab einen Flohmarkt, mit dessen Erlös die Prozesse finanziert werden sollen, Blasmusik und natürlich viele Diskussionen über die Schritte, die wir weiterhin machen müssen.

Ein Bauer, mit dem ich redete, meinte: *"Die da oben mußten erst mal den Schwanz einziehen – sie konnten aber auch gar nicht anders aus der Zwickmühle raus. Wir sind schon zu viele, als daß man uns, wie üblich, über den Haufen rennen könnte. Bis wir durch die letzte Instanz durch sind, fließt noch viel Wasser den Rhein runter und wir haben Zeit, noch massenhaft Leute für uns zu gewinnen. Und dann ist es letztendlich auch egal, wie die sich entscheiden – wir sind auf jeden Fall stärker.*

Es ist doch klar, daß wir den Platz nicht räumen, auch wenn uns gesagt wird, daß wir keine "inneren Gründe" mehr hätten, weiter darauf zu bleiben.

Und ob wir "innere Gründe" haben! Der Platz ist doch immer noch das Zentrum und das beste Kampfmittel. Die Leute können herkommen und sich informieren, sie können diskutieren, Lieder singen, Bilder und Plakate malen usw. und miteinander in Verbindung bleiben. Ohne den Platz würde sich alles verlaufen – und das ist ja genau das, worauf es den Herren da oben ankommt.

Wir müssen zusammenhalten, das haben wir bisher schon gelernt, und wir müssen immer mehr werden. Darauf kommt's an!"

Das finde ich auch und deshalb fordere ich alle auf, am Ostermontag so zahlreich wie möglich nach Wyhl zum Ostertreffen zu kommen!

–I., Freiburg–

AUFRUF

zum intern. Ostertreffen aller Atomkraftwerksgegner am Ostermontag, 31.3.1975

WYHL

Treffpunkte
Sasbach (Kiesgrube)
Weisweil (Richtung Wyhl)

Abmarsch 11 Uhr

Kungebung
14 Uhr – Nato-Rampe

Veranstalter
Die 31 badisch-elsässischen Bürgerinitiativen

Rahmenprogramm
Intern. Frühschoppenkonzert
Luftballon-Aktion
Kinder-Malaktion

Sachbezogene Transparente sind erwünscht.

Verpflegung und Regenzeug bitte selbst mitbringen.


Bei der Abstimmung der Resolution gegen den Bau des Bleiwerks

Das Bleiwerk darf nicht gebaut werden

700 Menschen kamen zur ersten Versammlung der "Bürgerinitiative Bleichemiewerk Braunschweig"

Am Freitag, den 21.3., fand in Braunschweig die erste Bürgerversammlung zum Bau eines geplanten Bleichemiewerkes statt. Eingeladen hatte die "Bürgerinitiative Bleichemiewerk Braunschweig", die sich kurz nach der Bekanntgabe des geplanten Baus gebildet hatte. Ungefähr 700 Braunschweiger waren der Einladung gefolgt.

Zu Beginn wurde von einem Mitglied des Arbeitskreises Umwelt der Universität Freiburg, der an der Auseinandersetzung in Marckolsheim und auch Wyhl beteiligt war, ein Brief der G.I.S.E.M. verlesen, in dem die Marckolsheimer den Braunschweigern in der Auseinandersetzung um das Bleichemiewerk ihre Unterstützung zusicherten und gleichzeitig betonten, daß sie nur durch umfassende Kenntnisse, Unabhängigkeit von einzelnen Gruppen und die Einheit aller Gegner des Bleiwerks in Marckolsheim einen Sieg errungen hätten. (Die G.I.S.E.M. ist der Zusammenschluß von Bürgerinitiativen im Elsaß.)

Wie sehr das Bleiwerk auch den Braunschweigern schadet, wiesen verschiedene Fachleute anschließend nach.

Unter anderem sprach der ehemalige Direktor der physikalisch-technischen Bundesanstalt, ein Wissenschaftler der Forschungsanstalt für Landwirtschaft, ein Chemiker und ein Arzt.

Gleich zu Beginn der Debatte wurde dann deutlich, daß der Unmut der Bevölkerung, der sich gegen die Befürworter des Projektes in Rat und Verwaltung richtete, einige im Stadtrat schon aufgeschreckt hat. Anwesend war Bürgermeister Wiswedel (SPD). Er bedauerte es, daß nicht mehr Ratsherren anwesend seien (er war allein). Die Versammlung gab ihm recht, auch sie hätten gern den Ratsherren direkt ihre Ansicht über das Bleiwerk mitgeteilt.

Wiswedel fuhr fort: Der Rat habe zwar beschlossen, ein Gutachten einzuholen, aber bereits auf der Sitzung sei klar geworden, daß auf so ein Gutachten nicht viel zu geben sei. Man müsse vorsichtig sein im Rat mit der Genehmigung, und seiner Ansicht nach habe das Bleiwerk keine Aussicht auf Genehmigung.

Diese Stellungnahme war zweifellos Ergebnis der bisherigen Proteste. Daß man sich nicht einfach auf solche Stellungnahmen verlassen darf, war am Beispiel Marckolsheim deutlich geworden. Die Braunschweiger verabschiedeten deshalb eine Resolution, in der die Ablehnung des Vorhabens durch die Versammelten sowie die nächsten Schritte angegeben werden.

Die Resolution der Bürgerinitiative erhielt die überwältigende Mehrheit der Stimmen gegen eine Handvoll Gegenstimmen und Enthaltungen. Außerdem wurden gleich 1.150 DM gesammelt für die entstehenden Kosten.

–H.F., Ortsgruppe Braunschweig–

Gründungsversammlung für Studentenverband auf den 8. Mai verlegt

Vom 20. bis 23.März fand in Düsseldorf die konstituierende Versammlung zur Gründung eines einheitlichen Verbandes aller westdeutschen und westberliner Studentenschaften statt. Vorher hatten die Mitgliederversammlungen von VDS, dem Verband der Universitäts- und PH-Studentenschaften, und SVI, dem Fachhochschulenstudentenverband, stattgefunden und die erforderlichen Vorbereitungen getroffen. Obwohl diese Versammlung wichtige Beschlüsse zu grundsätzlichen Fragen gefaßt hat, hat sie ihr Ziel nicht erreicht.

Zum Verlauf und zu den Ergebnissen dieser konstituierenden Versammlung veröffentlichen wir im folgenden eine Erklärung von Vertretern von Allgemeinen Studentenausschüssen (ASten) bzw. Mitgliedern von Delegationen von Studentenparlamenten.

1. Die konstituierende Versammlung zur Gründung des neuen einheitlichen Dachverbandes der Studentenschaften mußte durch das Präsidium am 23.3.75 für vertagt erklärt werden. Obwohl die Beiträge zahlreicher Delegierter die Forderung der großen Mehrheit der Studentenschaft zum Ausdruck brachten nach Gründung eines einheitlichen Dachverbandes, der den Kampf für die Rechte und Forderungen der Studenten unterstützt und das politische Mandat wahrnimmt, konnte auf dieser Gründungsversammlung dieses wichtige Ziel, Verabschiedung der Satzung und Gründung des Verbandes, nicht erreicht werden. Der Grund dafür liegt darin, daß sich die DKP-Studenten von Anfang an hinwegsetzten über diese Forderung der Studentenschaft und ihr Verhalten allein bestimmten von dem Ziel der Sicherung der Durchsetzung ihrer Politik im neuen Verband.

2. Mit diesem Vorhaben jedoch scheiterten die DKP-Studenten. In der entscheidenden Abstimmung über den politischen Auftrag des Verbandes wurde von der Mehrheit der Versammlung der Versuch der DKP-Studenten zurückgewiesen, durch eine satzungsmäßige Festlegung den Verband auf die Unterstützung ihrer falschen sozial-reformerischen Politik zu verpflichten. Mit Mehrheit abgelehnt wurden auch die Versuche rechter und liberaler Gruppen, das politische Mandat des Verbandes in der Satzung einzuschränken und festzulegen darauf, daß der Verband für die Verfassung der BRD eintritt und sich dadurch an sie bindet. Selbst die Jungsozialisten, die in Vorbereitung der Gründungskonferenz ebenfalls solche Vorstellungen vertreten hatten, konnten an den zahlreichen Beschlüssen und Festlegungen von Vollversammlungen und Studentenparlamenten gegen derartige falsche Einschränkungen des politischen Mandats des Verbandes in der Satzung nicht vorbei und stimmten dagegen. Beschlossen wurde, daß der Verband die "Interessen und Forderungen der Studenten in Hochschule und Gesellschaft" zu vertreten hat und an der "politischen Willensbildung" teilnimmt.

3. Noch deutlicher trat das Bestreben der DKP-Studenten zutage, sich um jeden Preis mittels Satzungsbestimmungen die Vorherrschaft im Verbande zu sichern, als es um die Festlegung des Stimmenschlüssels ging für die Vertretung der Hochschulen entsprechend ihrer Größe und um die Frage, mit welcher Mehrheit der Vorstand gewählt werden soll. Die DKP-Studenten traten für einen linearen Stimmenschlüssel ein, der den zahlreichen kleineren Hochschulen nur einen relativ geringen Einfluß auf die Politik des Verbandes ermöglicht. Davon versprachen sie sich einen größeren Stimmenanteil. Der Vorstand sollte nach ihrer Auffassung gewählt werden nicht mit einfacher Mehrheit, sondern mit einer Mehrheit von 2/3, was zur Folge hätte, daß die Mehrheitsentscheidungen der Mitgliederversammlung an Bedeutung verlieren für die Politik des Verbandes und gleichzeitig die Fraktionen, die 2/3 der Stimmen der Mitgliederversammlung umfassen, gezwungen sind, unter sich die Politik des Verbandes auszuhandeln. Von der Institutionalisierung eines solchen parlamentarischen Kuhhandels versprechen sich die DKP-Studenten eine Art Lebensversicherung auf Vorstandsposten und bestimmenden politischen Einfluß ihres Studentenbundes in diesem neuen Studentenverband. Diese letzte entscheidende Frage in der Satzung kam jedoch nicht mehr zur Entscheidung. Trotz aller Tricks und Manöver konnte von den DKP-Studenten nicht verhindert werden, daß ein degressiver Stimmschlüssel, der die kleineren Hochschulen berücksichtigt, beschlossen wurde. Auch mehrfache Versuche, unter fadenscheinigen und an den Haaren herbei gezogenen Begründungen das Abstimmungsergebnis anzuzweifeln, wurden vom Präsidium zurückgewiesen.

4. Damit sahen die DKP-Studenten ihre Felle davonschwimmen und griffen zum letzten Mittel, um sich auf dieser konstituierenden Versammlung eine Mehrheit zu verschaffen: sie stellten den Antrag auf Vertagung auf Sonntag, 15 Uhr. Dies, obwohl bereits bekannt war, daß genau zu diesem Zeitpunkt die Diskussion über die Satzung beendet sein sollte, da eine größere Anzahl Studentenvertretungen der Jungsozialisten und der Sozialistischen Basisgruppen abreisen mußte. Auf dieses leicht erkennbare und offensichtliche Manöver zur Veränderung der Mehrheitsverhältnisse, dem bereits zahlreiche Verzögerungen vorausgegangen waren, antworteten die Studentenvertretungen der Jungsozialisten und der Basisgruppen mit Auszug. Bei erneutem Zusammentritt der konstituierenden Versammlung um 15 Uhr am Sonntag stellte das Präsidium fest, daß nur 69 Studentenschaften vertreten waren, weniger als die Hälfte der 145 Mitglieder der Gründungsversammlung. Es beschloß und erklärte daraufhin die Vertagung der konstituierenden Versammlung auf den 8.Mai 1975.

Bei den 69 noch anwesenden Studentenschaften handelte es sich mit einigen Ausnahmen um die Fraktionen der DKP-Studenten (MSB Spartakus/Sozialistischer Hochschulbund). Diese nahmen den Beschluß und die Erklärung des Präsidiums gar nicht erst zur Kenntnis, sondern erklärten ihre Fraktionssitzung zur "nach wie vor bestehenden Gründungsversammlung" des einheitlichen Studentenverbandes. Ungeachtet und entgegen der Erklärung des Präsidiums faßten sie den Beschluß, diese "Gründungsversammlung ... spätestens in drei Wochen am selben Ort fortzusetzen". Veröffentlicht wurde dieser Beschluß als "Erklärung der Gründungsversammlung zum gemeinsamen studentischen Dachverband vom 23.3.75".

5. Offensichtlich ist, daß die DKP-Studenten selbst vor der Spaltung der konstituierenden Versammlung für den einheitlichen Dachverband nicht zurückschrecken, um ihrer falschen Politik die Mehrheit zu sichern. Die Studenten an den westdeutschen Hochschulen dürfen dies nicht hinnehmen. Nötig ist ein einheitlicher Dachverband, der den Kampf an den Hochschulen gegen politische Entrechtung, gegen die Verschlechterung der Lebens- und Studienbedingungen und gegen kleinlich reglementierende und schikanierende Verschärfungen der Studien- und Prüfungsordnungen wirkungsvoll und ohne Zugeständnisse an den bürgerlichen Staat unterstützt. Nötig ist ein einheitlicher Studentenverband, der die wachsende Unterstützung, die der Kampf der Arbeiterklasse und des Volkes auch innerhalb der Studentenschaft gewinnt, durch seine Politik zum Ausdruck bringt und dadurch beiträgt zur Stärkung und zum Erfolg insbesondere der gegenwärtigen Kämpfe gegen die Folgen und Auswirkungen der sich entwickelnden Krise. Dieser einheitliche Verband muß am 8.Mai von **allen** Studentenschaften gegründet werden. Dafür muß jetzt an den Hochschulen eingetreten werden!

I.Vogt, Delegierte AStA ev.FHS Freiburg, J.Bergmann, Mitglied der Delegation Uni Göttingen, H.Jutzi, Delegierter des SVI im Präsidium der Gründungsversammlung, B.Meyer, Mitglied der Delegation Uni Hohenheim, K.Michelsen, AStA FHT Mannheim, B.Pfeifle, Delegierte AStA Holzminden-Hildesheim, Fachbereich P+K, R.Reiners, AStA FHS Main I, C.Teders, AStA- Referent FH Köln, S.Burmeister, AStA FH Kiel, U.Oehlschläger, Mitglied des AStA FHS Hildesheim, Fachbereich So.P., J.B. Steffens, AStA-Vorsitzender Uni Kiel, X.Brenner, AStA-Vorsitzender HfP München, U.Achterberg, Delegierter AStA FHS Kiel.

Erklärung

Der als "Erklärung der Gründungsversammlung zum gemeinsamen studentischen Dachverband vom 23.3.75" deklarierte Beschluß, diese "Versammlung spätestens in drei Wochen fortzusetzen", entspricht nicht dem Beschluß des Präsidiums vom 23.3.1975. Es handelt sich vielmehr um einen Beschluß vornehmlich der ASten der MSB Spartakus/SHB-Fraktionen, die nach der Vertagung der Gründungsversammlung die Beratung unter sich aufnahmen.

Die unterzeichneten ASten erklären hierzu, daß die vom MSB/SHB angekündigte Versammlung nicht die Fortsetzung der Gründungsversammlung ist. Wir fordern die ASten, die die o. a. Erklärung verabschiedet haben, auf, sich am 8.3. zur Fortsetzung der Gründungsversammlung einzufinden und die Gründung des einheitlichen Dachverbandes der Studentenschaften der BRD und Berlin-West nicht zu gefährden.

AStA Uni Kiel – AStA FH Kiel – AStA FH Hildesheim – AStA FH Mannheim – AStA HfP München – AStA FH Aachen – AStA FH Aalen – AStA PH Braunschweig – AStA TU Clausthal – AStA FH Darmstadt – AStA PH Dortmund – AStA HPH Dortmund – AStA PH Esslingen – AStA FHT Esslingen – AStA FH Flensburg – AStA Uni Frankfurt – AStA PH Freiburg – AStA ev.FH Freiburg – AStA FH Fulda – AStA Uni Gießen – AStA FH Gießen – AStA Uni Göttingen – AStA PH Göttingen – AStA ev.FH Hamburg – AStA FH Hannover-Nienburg – AStA Uni Heidelberg – AStA FH Hildesheim-Holzminden – AStA Uni Kaiserslautern – AStA PH Karlsruhe – AStA FH Karlsruhe – AStA TH Kassel – AStA FH Koblenz – AStA FH Köln – AStA Rheinische FH Köln – AStA PH Ludwigsburg – AStA FH Wirtschaft Ludwigshafen – AStA FH Mainz I – AStA FH Mainz II – AStA FH München – AStA FH Stiftung München – AStA PH Münster – AStA FH Nürnberg – AStA FH Stiftung Nürnberg – AStA Uni Osnabrück – AStA FH Osnabrück – AStA GH Paderborn – AStA Uni Regensburg – AStA FH Regensburg – AStA PH Reutlingen – AStA FHSASP Reutlingen – AStA FHT Reutlingen – AStA Uni Saarbrücken – AStA FH Saarbrücken – AStA Uni Stuttgart – AStA FH Trier – AStA FH Wiesbaden – AStA FH Wilhelmshaven – AStA FH Berg Bochum – AStA FH Ulm – AStA FH Furtwangen – AStA FH Bieberach – AStA FH Schwäbisch-Gmünd – AStA FH Heilbronn – AStA FH Konstanz – AStA PH Gmünd – AStA FH Bingen – AStA FH Bad Kreuznach – AStA FH Architektur Hagen – AStA FH Iserlohn/Hagen – AStA FH Maschinenbau Hagen – AStA FH Sozialarbeit/Sozialpädagogik Hagen – AStA FH Wirtschaft/Hagen – Gesamtparlament FH Köln – SVI Landesverbände Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Bayern, Baden-Württemberg.



1 500 Jugendliche demonstrierten in Westberlin am 21.3. gegen die Verwüstung der Jugendzentren durch die Westberliner Polizei anläßlich der Aktion "Wasserschlag". Größer und stärker als es diese Demonstration ausdrückt, ist aber die Empörung über die Brutalität dieses Überfalls auf die Jugendzentren.

Der Tatbestand der Verwüstung wird inzwischen von niemand mehr geleugnet, auch nicht von der Polizei. Auf einer Pressekonferenz am 17.3. legte die Polizei ihren "Untersuchungsbericht" über die Verwüstungen vor und bestritt alle Vorwürfe gegen die Polizei.

Gewerkschaftliche Beschlüsse zum 1. Mai

Darmstadt. Die Jahreshauptversammlung des GEW-Kreisverbandes Darmstadt-Stadt vom 13. März hält es für notwendig, daß der DGB in Darmstadt eine Demonstration und Kundgebung im Freien durchführt.

Dabei sollen folgende Forderungen vertreten werden:

1. Angesichts der zum 1. August zu erwartenden Verschärfung der Lehrerarbeitslosigkeit durch weitere Nichteinstellungen, angesichts der zum 1. August zu erwartenden Arbeitszeitverlängerung für die Lehrer stellt die GEW Darmstadt-Stadt folgende Forderungen auf:
– Einstellung aller Lehramtsbewerber
– Einstellung aller Lehrer
– Keine Arbeitszeitverlängerung
– Jeder Lehrer eine Stunde weniger Unterrichtsverpflichtung, keiner über 26 Stunden

2. Der DGB soll sich mit Nachdruck dafür einsetzen, daß arbeitslose Jugendliche das Recht erhalten, in Berufsschulklassen ihrer Wahl an einem theoretischen und praktischen Unterricht teilzunehmen, der ihnen die Ablegung der Facharbeiterprüfung ermöglicht.

Eingestellt - aber ohne Lohn

Vor einem halben Jahr wurden der Lehrling Ulrike Laube und drei weitere Lehrlinge von den BMW-Kapitalisten auf die Straße gesetzt.

In der ersten Instanz vor dem Arbeitsgericht gewann die Kollegin Laube ihre Klage gegen die Kündigung. Das Gericht gestand ihr zu, daß sie das Recht habe, ihre Ausbildung zu beenden. Die BMW-Kapitalisten dachten da aber ganz anders, und es bedurfte einer einstweiligen Anordnung und einer Strafandrohung von 20 000 DM, bis sie die Kollegin wieder einstellten.

Aber auch danach hatten sich die BMW-Kapitalisten allerlei Willkürmaßnahmen ausgedacht, mit der sie die Kollegin aus dem Betrieb wieder hinausekeln wollten. In einer "persönlichen Stellungnahme" an die BMW-Belegschaft schilderten die Kollegin Laube und ein weiterer entlassener Lehrling diese Maßnahmen:

"Mit dem gerichtlichen Beschluß ging Ulrike am 3.3. wieder in den Betrieb. Nachdem sie 4 1/2 Stunden warten mußte, wurde ihr von Herrn Urban gesagt, daß sie zum Zwecke einer **Beschäftigung** *in die Betriebsschlosserei ins Gerätewerk gehen solle. Dort ist sie jetzt schon 2 Wochen damit beschäftigt, Griffstücke für Justierschlüssel zu bearbeiten.*

Offensichtlich ist damit der Sinn der einstweiligen Verfügung, nämlich zu gewährleisten, daß Ulrike weiter ausgebildet wird, damit sie im Mai die Facharbeiterprüfung bestehen kann, überhaupt nicht erfüllt. Über den Betriebsrat erfuhr sie am 13.3., daß die Firma sie bei der Handelskammer für diese Prüfung noch gar nicht angemeldet hat und auch gar nicht vorhat, das zu tun.

Sie erfuhr weiter, daß die Firma auch nicht beabsichtigt, ihr die Ausbildungsvergütung zu zahlen."

Man sieht daran, daß es die BMW-Kapitalisten darauf anlegen, daß die Kollegin von sich aus auf ihr Recht auf Ausbildung verzichtet und sich eine andere Lehrstelle sucht. Jeder weiß aber, daß man so etwas heutzutage kaum mehr findet. Die beiden Lehrlinge haben in ihrer persönlichen Stellungnahme erklärt, *"daß es gar nichts schaden kann, wenn die Geschäftsführung merkt, daß sie sich nicht alles erlauben kann und auch mal auf Widerstand stößt".*

Das umgemein dreiste Vorgehen der BMW-Kapitalisten zeigt aber auch, wie es um die Ausbildung der Arbeiterjugend bestellt ist, solange diese in den Händen der Kapitalisten liegt.

–Red., nach Ortsbeilage Bremen–

Im Schankraum drückte sich ein Verfassungsschützer rum

Lengede. Schon am 1. Dezember 1974 sollte der Lehrer Detlev Gieseke an der Realschule Lengede (Kreis Peine) eingestellt werden. Die Einstellung wurde vom Verwaltungspräsidenten Braunschweig aber verzögert, weil seine politische Überprüfung noch nicht abgeschlossen war. Inzwischen wurde der Lehrer zu einem Anhörungsverfahren bestellt. Die Gründe: Es wird ihm vorgeworfen, sich an der Solidaritätsaktion mit dem chilenischen Widerstand beteiligt zu haben, einen Leserbrief an die KVZ wegen der Suspendierung des Karlsruher Lehrers F. Güde unterschrieben zu haben und 1973 ein Plakat mit dem 1. Mai-Aufruf des Kommunistischen Bundes Braunschweig geklebt zu haben.

Da die Einstellungsverzögerung vor Eltern, Schülern und sogar den Lehrern der Realschule Lengede verborgen wurde, führte der Lehrer Gieseke eine Veranstaltung durch, auf der er über den Fall berichtete und sich gegen die staatliche Bespitzelung hinter dem Rücken des Volkes aussprach. Zu der Veranstaltung kamen über 60 Menschen, darunter einige Schüler, Eltern und Lehrer der Schule. Ein Lehrer hatte eine Dokumentation über die schlechten Schulverhältnisse in Lengede erstellt.

Die meisten der Anwesenden waren empört über das Vorgehen der Schulbehörde. Das ist kein Wunder, denn das Volk hat schließlich seine Erfahrungen mit den Schulverhältnissen: Eine Mutter berichtete z.B., daß ihr Kind in einer Grundschulklasse unterrichtet würde, in der 35 Kinder sind. Bei der Klassengröße besteht aber keine Chance, die schlechten Leistungen zu verbessern.

Ein lebendiges Beispiel, wie der bürgerliche Staat darauf reagiert, wenn das Volk selbständig öffentliche Angelegenheiten erörtert, bot sich auf der Veranstaltung: Im Schankraum der Gaststätte drückte sich die ganze Veranstaltung über ein in Peine bekannter Verfassungsschützer herum.

W.F., Sympathisantengruppe Peine

Nichteinstellungen

Zum 1.Februar wurden in Hessen 409 Bewerber für die Lehrerausbildung nicht eingestellt. Zum neuen Schuljahresbeginn am 1.August sollen jetzt wiederum etwa 660 Lehrer zur Anstellung und 1 000 Referendare nicht eingestellt werden.

„Kaum einer wird freiwillig Soldat"

Drei illustrierte Beispiele aus dem Stadtort Holzminden für die These, daß kaum jemand freiwillig in die Armee geht.
Zuschrift auf den Artikel "Kaum einer wird freiwillig Soldat" (KVZ Nr.9/75)





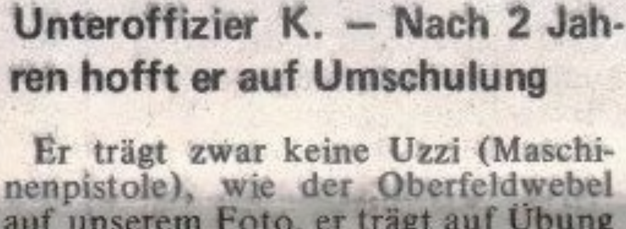






Bild links:

Unteroffizier K. – Nach 2 Jahren hofft er auf Umschulung

Er trägt zwar keine Uzzi (Maschinenpistole), wie der Oberfeldwebel auf unserem Foto, er trägt auf Übung wie wir ein G 3 (Gewehr, mit dem die Bundeswehr ausgerüstet ist). K. ist Unteroffizier, noch 190 Tage Zeitsoldat, dann sind 2 Jahre rum. K. stammt aus Bremen, er hat dort Einzelhandelskaufmann gelernt. Für 600 DM hat er nach der Lehre arbeiten müssen, mehr lag nicht drin bei ihm in seinem Beruf. Zum Bund gekommen, hat er sich verpflichtet. Jetzt bekommt er sogar mehr Geld als draußen. Aber was will er machen, wenn die 190 Tage rum sind? Weiterverpflichten liegt nicht drin, erklärt er jedem, dazu stinkt ihm der Bund viel zu sehr. Nach der Dienstzeit hofft er auf irgendeine Umschulungsmöglichkeit, die man ihm bei seiner Verpflichtung versprochen hat. Wenn das nicht klappt, hat er ganz schlechte Karten. Ein Wehrpflichtiger muß zumindest von seiner alten Firma wieder eingestellt werden (falls sie in der Zwischenzeit nicht Pleite ist), einer mit Z 2 (2 Jahre Verpflichtungszeit) nicht. Was dann ist? K. zuckt mit den Schultern.

Bild Mitte:

Norbert B. – Er spielt mit der Weiterverpflichtung

So wohnt Norbert B. aus Dortmund. Bis nach Hause sind es für ihn 180 km. Norbert wird noch 290 Tage so wohnen, vielleicht auch noch länger. Er plant, sich zu verpflichten. Aber so ganz freiwillig macht auch er es nicht. Gelernt hat er Gehilfe in steuerberatenden Berufen. Er war ein guter Berater, und er hilft uns, beim Lohnsteuerjahresausgleich durchzublicken. Er kennt auch die Tricks, mit denen man als Kapitalist sehr viel Steuern sparen kann, und wenn er davon berichtet, kommt man als normaler Sterblicher aus dem Staunen nicht mehr raus. Doch als Norbert Kollegen half, beim Chef mehr Gehalt durchzusetzen, wurde er gefeuert. 20 Jahre, arbeitslos und ohne Aussicht, schnell wieder Arbeit zu finden. "Wenn dann nach 5 Monaten Arbeitslosigkeit der Einberufungsbefehl zum Bund kommt, dann überlegst du dir schon, ob du da nicht länger bleibst", sagt er, wenn man ihn fragt, warum er sich vielleicht verpflichten will.

Bild rechts:

Gerd W. – Er will Arbeiter bleiben

Gerd W. trägt bei uns im Zug das MG (Maschinengewehr). 100 Tage noch MG-Schütze, dann wieder zurück in den Betrieb. Gerd ist 21, er kommt hier aus der Gegend und hat bei Stiebel als Mechaniker gearbeitet. Stiebel, das ist hier der größte Betrieb in Holzminden mit 3 000 Beschäftigten, und Gerd kann es nicht erwarten, wieder dort zu arbeiten. "Endlich wieder ein freier Mann sein", sagt er. Verpflichten – dieser Gedanke ist ihm nie gekommen. Ihm sind die 15 Monate schon 15 zuviel. Auch wenn es jetzt heißt, daß es schlecht aussieht mit Arbeit bei Stiebel, keine Stunde mehr als notwendig bleibt er "freiwillig" länger nicht in der Kaserne. Gerd ist Arbeiter, kein Söldner. Er will Arbeiter bleiben.

A.B., Holzminden

Filmveranstaltung

„Gibt es gerechte und ungerechte Kriege?"

Die Verhältnisse, unter denen wir leben, seien gerecht. Das erklärten die Vertreter der Bundeswehr

Hildesheim. Wir führten am Donnerstag, dem 13. Februar, eine Filmveranstaltung durch um die Frage "Gibt es gerechte und ungerechte Kriege?" zu diskutieren. Über 40 Menschen besuchten die Veranstaltung.

Am Ende der Veranstaltung wurden etwa 90 DM der Initiative gespendet, um die Kosten für den Film und die laufenden Kosten zu decken, damit die Initiative weiterhin selbständig ihre Arbeit fortsetzen kann.

Die Bundeswehr schickte ihre Vertreter zu unserer Veranstaltung. Zwar traten sie nicht offen als solche auf, dennoch waren mindestens ein Offizier und ein Feldwebeldienstgrad auf unserer Veranstaltung, die lebhaft in die Diskussion eingriffen, und das war ausgezeichnet. Über die Frage nach den gerechten und ungerechten Kriegen kamen wir zur Frage nach den Verhältnissen, die die Kriege erzeugen. Da wollten uns die Bundeswehrvertreter weismachen, daß die Verhältnisse, unter denen wir leben, gerecht sind. Sie wollten uns weismachen, daß es gerecht ist, wenn es Elendsviertel wie in Hildesheim-Münchwiese gibt, wo die Menschen auf engstem Raum in Baracken leben müssen; daß es gerecht ist, wenn in den Betrieben auf der einen Seite immer mehr rationalisiert wird, Überstunden geleistet werden, und auf der anderen Seite immer mehr Kollegen arbeitslos werden. So waren es im Februar etwa 6 %, im März sind es schon 6,9 % Arbeitslose.

Insbesondere die arbeitslosen Kollegen, aber auch die anderen Arbeiter empörten sich über die Aussagen der Bundeswehrvertreter, und sie belegten aus ihren eigenen Erfahrungen, wie es ihnen als Arbeitslose oder im Betrieb ergeht, wie die Verhältnisse wirklich sind. So übernahmen sie die Führung in der Diskussion.

Auch wollten die Bundeswehrvertreter uns weismachen, daß der Wehrsold von 165 bzw. 210 DM im Monat für einfache Soldaten hoch genug sei. Ein Soldat erklärte dazu, daß er sich von seinem Wehrsold sogar noch Schuhcreme und Seife kaufen muß, da die Bundeswehr solche Sachen nicht bezahlt. Für ein belegtes Brötchen muß er in der Kantine 50 Pfennig bezahlen. Die Kosten für ihre Autos müssen die Soldaten ebenfalls von ihrem Wehrsold bezahlen. Darum wurde folgende Resolution verlesen und darüber abgestimmt:

Dort heißt es: ".. *Als unmittelbare Forderung muß aufgestellt werden:*

Bezahlung der Soldaten und Zivildienstleistenden in Höhe ihres bisherigen Lohnes durchzusetzen.

Im Hinblick auf den 1. Mai müssen wir uns hinter diesen Forderungen zusammenschließen und sie auf die Straße tragen. Dies wird ein großer Schritt vorwärts zur Durchsetzung dieser Forderungen sein.

Dazu müssen wir die Gewerkschaften, die Schülermitverwaltungen, die Zivildienstleistenden und die Initiative zum Soldaten- und Reservistenkomitee auffordern, diese Forderungen zu unterstützen (...)

Diese Resolution wurde einstimmig angenommen. Die Bundeswehrvertreter stimmten überhaupt nicht ab, sie hatten wohl Angst, daß sie die Empörung der Anwesenden noch mehr schüren würden als sie es bisher getan hatten.

M.R., Initiative zum Soldaten- und Reservistenkomitee Hildesheim

Hannover:

Die Standortführung dreht durch

Am 28.Februar und 3.März wurden zwei Wehrpflichtige aus Hannoverschen Kasernen strafversetzt. Einer von ihnen wurde letzte Woche dazu mit 7 Tagen Disziplinarstrafe bestraft.

In ihren Einheiten, der FmKp 772 und der NschKp 720, wurden über 100 Unterschriften gegen die Fahrpreiserhöhungen im Nahverkehr gesammelt, und Vertrauensmännerwahlen standen an. Dazu erschien die Zeitung des Soldaten- und Reservistenkomitees "Die Maske runter". In ihr wurde eine Grundlage für die Wahl des Vertrauensmannes der Mannschaften zur Diskussion gestellt. Die beiden versetzten Soldaten setzten sich für Vertrauensmänner ein, die die Interessen der Mannschaften gegenüber den Offizieren vertreten.

In der Prinz-Albrecht-Kaserne boykottieren die Mannschaften seit Wochen die Kantine wegen zu hoher Preise. Gleich zu Anfang des Boykotts wurde der Vertrauensmann der 3. Kp des Fernmeldebtl. nach Osnabrück abkommandiert.

Die Bundeswehrführung in Hannover geht gegen diese Bewegung mit allen Mitteln vor:

- Durchsuchung des Bataillons, Nachdienst und Versetzung eines Soldaten wegen des Kantinenboykotts in der Prinz-Albrecht-Kaserne.
- Provokative Wandschmierereien des MAD auf den Toiletten der FmKp 772, die als weiterer Beweis gegen einen fortschrittlichen Soldaten dienen sollten, um ihn von den Mannschaften zu trennen.
- Strafandrohung gegen die Beteiligung als Soldat an den Kämpfen gegen die Fahrpreiserhöhungen.
- Verhöre, verschärfter Druck, mehr Disziplinarmaßnahmen und Strafversetzung eins Soldaten in der Emnich-Cambrai-Kaserne,
- 7 Tage Bau für den versetzten Kameraden aus der FmKp 772 wegen des Verteilens der Zeitung "Die Maske runter" "mit der Forderung nach Bildung eines Widerstandskomitees gegen die geplanten Fahrpreiserhöhungen".
- Der Prozeß gegen den ehemaligen Gefreiten K. Öllerer, dem Wehrkraftzersetzung vorgeworfen wird.

Wir müssen uns noch fester gegen all diese Angriffe der Bundeswehrführung zusammenschließen und den Kampf führen unter den Forderungen:

- **Zurücknahme der Strafversetzung!**
- **Keine strafrechtliche Verfolgung!**
- **Für freie politische und gewerkschaftliche Betätigung in der Bundeswehr!**

S., Soldaten- und Reservistenkomitee Hannover

Portugal: Offiziersrat gegen die Revolution

Lissabon. Ein weiteres Ergebnis des Putsches der portugiesischen Reaktio und des Imperialismus besteht in dem Ausschuß von drei Parteien bei den Wahlen zur verfassugsgebenden Nationalversammlung. Der Wahltermin wurde zudem auf den 25.April verschoben. Die Partei, die diese Maßnahme unterstützt: die Revisionisten von der Kommunistischen Partei Portugals, eine Partei, die aus dieser Maßnahme für sich und ihre Politik der Klassenversöhnung Kapital zu schlagen versucht.

Bei den von den Wahlen ausgeschlossenen Parteien handelt es sich um die "Christlich-demokratische Partei" (CDP), die "Bewegung für den Wiederaufbau der Partei des Proletariats" (MRPP) und die "Arbeiter- und Landarbeiter – Assoziation (AOC)

Die "Christdemokraten"

Das Verbot der "Christlich-demokratischen Partei" wurde ausgesprochen, weil diese Partei direkt im Zusammenhang mit dem gescheiterten Spinola-Putsch steht und weil in dieser Partei, wie gemeldet wird, sich die Stützen des faschistischen Salazar-Caetano-Regimes zu sammeln begonnen haben. Der Vorsitzende der Partei, der Major Jose Sanches Osorio, der unter Spinola Informationsminister war, hat sich direkt an dem Putschversuch beteiligt und ist seit dem Scheitern flüchtig. Gegen ihn haben die Offiziere Haftbefehl erlassen.

Die "Bewegung für den Wiederaufbau der Partei des Proletariats"

Die "Bewegung für den Wiederaufbau der Partei des Proletariats" (MRPP) ist bereits seit langem der Verfolgung durch die Offiziersbewegung ausgesetzt.

In der Zeitung hat diese Organisation von Anfang an die Befreiungsbewegungen in den ehemaligen portugiesischen Kolonien voll und ganz unterstützt. Der Kampf der FRELIMO, der PAIGC und der Befreiungsorganisationen von Angola wurde breit dargestellt. Als Unterstützung dieses Kampfes wurden die Soldaten gleich nach dem 25. April aufgefordert, den weiteren Einsatz in den Kolonien zu verweigern und zu desertieren. Das ging den Offizieren, an deren Spitze damals noch Spinola stand, entschieden zu weit.

Für Portugal selber hat diese Organisation am Beispiel des Befreiungskampfes dann die Losung des bewaffneten Kampfes der Arbeiterklasse und der Volksmassen ausgegeben. Dabei haben sie sich auf den Marxismus und die Maotsetungideen berufen, wonach die Herrschaft der Bourgeoisie nur durch die Gewalt der Arbeiterklasse und des Volkes zu beseitigen ist und das Proletariat zur Sicherheit seiner Herrschaft die Diktatur über die Bourgeoisie errichten muß, die zugleich die Herrschaft der Mehrheit der Ausgebeuteten über die Minderheit der Ausbeuter sichert.

Auf dieser Grundlage hat die MRPP zahlreiche Demonstrationen durchgeführt. Ihr Einfluß ist seit dem 25. April 1974 ständig im Wachsen begriffen.

Eine ähnlich konsequente Politik auf der Linie des Klassenkampfes soll auch von der "Arbeiter- und Landarbeiter-Assoziation" (AOC) vertreten worden sein, wie berichtet wird. Allerdings scheint die AOC weniger hervorgetreten zu sein, so daß wir über ihren Einfluß, der offenbar mehr auf dem Lande zu liegen scheint, nichts Genaues wissen.

Nach dem Verbot der Beteiligung an der Wahl sind 16 Mitglieder der MRPP verhaftet worden, weil sie Flugblätter verteilten. Die Verhaftungen geschahen in Reaktion auf die Tatsache, daß die MRPP dagegen mit einer Demonstration am Dienstag, dem 18. März, reagierte, an der sich mehrere Tausend Menschen beteiligt haben.

Die Revisionisten stehen hinter der Maßnahme der Offiziere

Die Revisionisten sagen "Keine Freiheit für die Feinde der Freiheit". In der Wochenzeitung "Avante", dem Organ der portugiesischen KP, heißt es zum Beispiel: "Es darf nicht sein, daß diese Freiheit weiterhin als eine Waffe von den Feinden der Freiheit gebraucht wird." Es geht in diesem Artikel um die Informationsfreiheit und die Freiheit der Presse. Was es damit auch sich hat, merkt man gleich, wenn man die DKP-Zeitung "UZ" liest, die Zeitung der westdeutschen Revisionisten. Dort heißt es zu dem Ausschluß der Parteien von den Wahlen: "MRPP und AOC nahmen an Provokationen teil, die, wie in Setubal, zu schweren Zusammenstößen und Blutvergießen führten." (UZ vom 20. März)

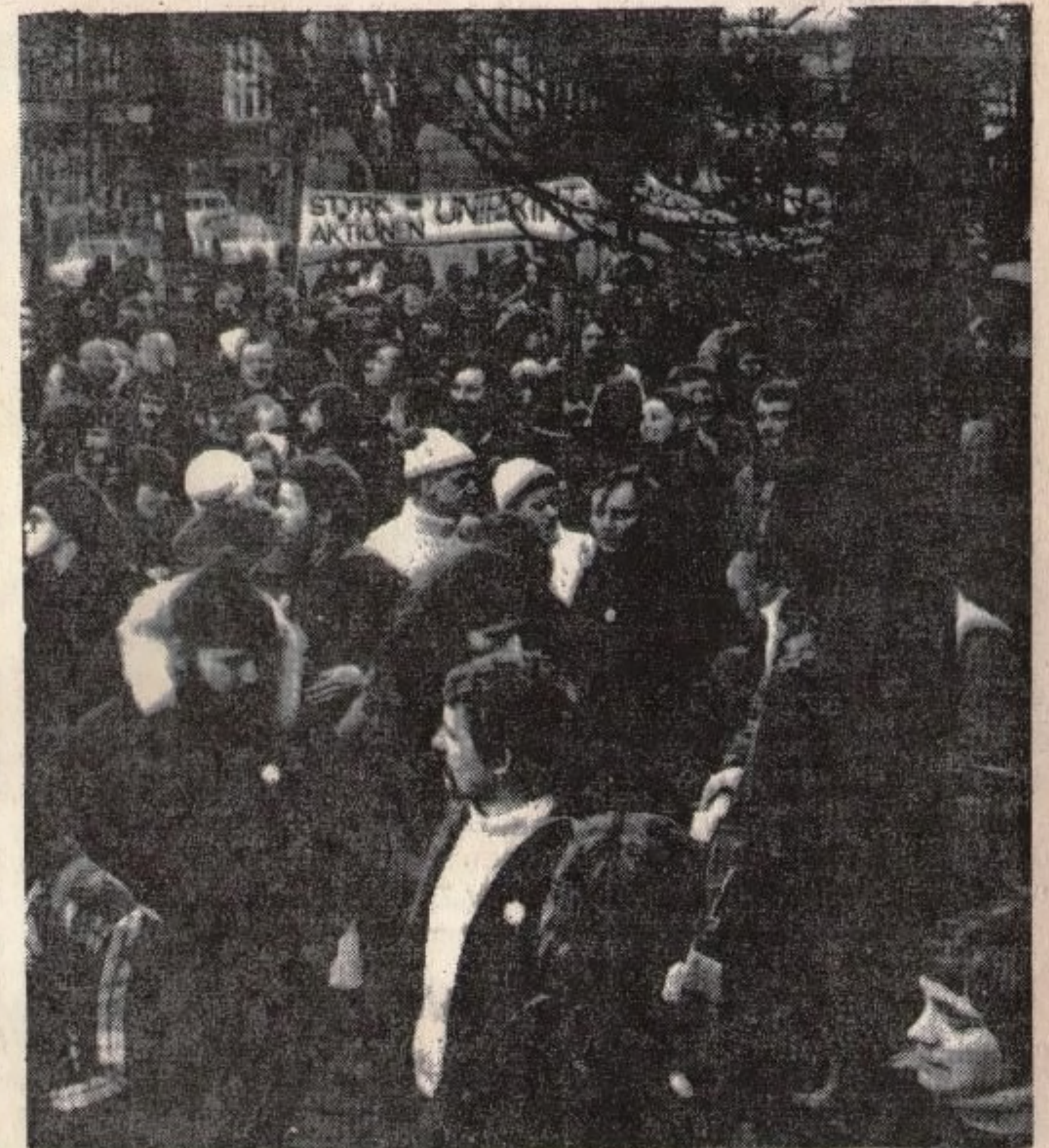
Die Frage ist, welche Freiheit ist gemeint, wer ist der Provokateur? In Setubal führten eben jene Christdemokraten, die von den Offizieren und den Revisionisten als Faschisten bezeichnet werden, einen Parteikongreß durch. Dagegen richteten sich die Demonstrationen. Die Demonstranten griffen den engen Zusammenhang der Christdemokraten mit den Anhängern des faschistischen Caetano-Regimes in ihren Parolen an. Die Regierung und die Bewegung der Streitkräfte setzten Polizei und Militär zum Schutz der Christdemokraten ein. Welche Freiheit wird geschützt? Das ist die Freiheit der Bourgeoisie, sich weiterhin in Portugal frei zu bewegen und ihre alten Herrschaftsrechte auszuüben. Das ist nicht die Freiheit der Arbeiterklasse und des Volkes, die Herrschaft der Bourgeoisie zu beseitigen.

Wie auch immer die Politik der MRPP und der AOC sein mag, die Freiheit, die Massen über den Klassencharakter der Maßnahme des Offiziersregimes zu informieren, wird beschnitten. Der Ausschluß der MRPP und der AOC von der Teilnahme an den Wahlen ist keine revolutionäre Maßnahme, wie die Offiziere und die Revisionisten behaupten. Im Gegenteil: Er ist eine Maßnahme, die dem Klassenkampf schadet, weil dieses Verbot sich politisch gegen jeden wendet, der auf das Recht der revolutionären Gewaltanwendung durch die Arbeiterklasse und das Volk zur Beseitigung der Klassenherrschaft der Bourgeoisie beharrt.

Andererseits schadet der Ausschluß der Christdemokraten keineswegs der Bourgeoisie, im Gegenteil: Es wird damit nur ein Konkurrent der bürgerlichen Parteien ausgeschlossen. Ohnehin stand auch auf Betreiben der westdeutschen CDU die Angliederung der Christdemokraten an das "Demokratisch-soziale Zentrum" (CDS) bevor. Das Geheul, das besonders die Imperialisten anstimmen, hat keine Grundlage.

Die Offiziere wollen zusammenarbeiten mit den bürgerlichen Parteien, wie den Revisionisten, gegen die Interessen der Arbeiterklasse und des Volkes. Dafür schaffen sie die Grundlagen.

–g.j.–



Dänemark: Demonstration der Uniprint-Arbeiter gegen die Betriebsräumung durch Polizei. Sie setzten ein Zeichen im Kampf gegen Rationalisierungen und Entlassungen.

Italien: Der 14.Kongreß der KPI

Die Führung der Kommunistischen Partei Italiens hat in ihrem Rechenschaftsbericht an den 14.Parteitag der KP Italiens erneut die Politik des sogenannten "historischen Kompromisses" bestätigt. Damit ist gemeint die Zusammenarbeit der KPI mit der sozialdemokratischen bzw. sozialistischen Partei und mit den italienischen Christdemokraten, die seit Kriegsende die Regierung stellen.

Angestrebt wird von der KPI eine Regierungsbeteiligung in einer von Christdemokraten geführten Regierung. Begründet wird das damit, daß nur eine so breite Koalition in der Lage sei, die dringlichsten Probleme des Landes anzugehen und es aus der gegenwärtigen Krise herauszuführen. Der Parteichef Berlinguer erklärte, daß die Krise Italiens mit allen ihren gefährlichen Risiken für das demokratische System dem Volk noch gar nicht genügend ins Bewußtsein gekommen sei. In dieser Not böte einzig die KPI die Gewähr für die Überwindung der wirtschaftlichen und sozialen Schwierigkeiten. Das sind – unter dem Namen Kommunismus vorgebracht – verblüffende Ansichten.

Bisher gingen die Kommunisten davon aus, daß die "Schwierigkeiten" und die Not eines kapitalistischen Landes darin ihre Ursache haben, daß dort die Bourgeoisie herrschende Klasse ist und eine Wirtschaftsweise aufrecht erhält, die auf der Ausbeutung fremder Arbeit beruht und zwangsläufig immer wieder zu Krisen führt. Daß deshalb die Krise eines kapitalistischen Landes nie und nimmer durch die Zusammenarbeit zwischen der Bourgeoisie und der Arbeiterklasse überwunden werden kann, sondern nur durch den Sturz der bürgerlichen Klasse und die Umwälzung der kapitalistischen Produktionsweise.

Mit dieser marxistisch-leninistischen Auffassung hat die KPI schon vor einiger Zeit gebrochen und vertritt stattdessen die Auffassung, die Zusammenarbeit zwischen den Klassen oder der "historische Kompromiß" könne die Probleme lösen, die der Kapitalismus aufwirft, ohne den Kapitalismus selbst anzugreifen. Wenn Berlinguer das auch ausdrücklich zurückwies in seiner Kongreßrede: Diese Auffassung ist nichts anderes als plattester Revisionismus.

Die KPI will keinen NATO-Austritt Italiens

Auf dem Kongreß wurde die Politik der Klassenzusammenarbeit auch gleich in ihren weltpolitischen Rahmen gestellt. Sie sei die innenpolitische Ergänzung der weltpolitischen Tendenz auf Zusammenarbeit und Entspannung zwischen der Sowjetunion und den USA.

Auch hier gebe es eine wachsende Zusammenarbeit zwischen den Blöcken. In diesem Zusammenhang erklärte die KPI, daß sie nicht mehr den Austritt Italiens aus der NATO fordert: *"Wir sind zwar gegen die Teilnahme Italiens an der NATO, verlangen aber nicht den Austritt aus der NATO."* erklärte das Politbüro-Mitglied Amendola.

Die von Berlinguer dafür gegebene Begründung ist bemerkenswert: Der Austritt Italiens aus der NATO würde den Interessen der Arbeiterklasse und der Nation widersprechen, denn ein einseitiger Austritt aus dem einen oder anderen Block würde den internationalen Entspannungsprozeß stören, der nur durch die stufenmäßige Überwindung der Blöcke möglich sei

Unter der Hand gibt damit die KPI zu verstehen, daß die bestehende "Spannung", d. h. die Aggressionsbestrebungen zwischen den beiden Blöcken durchaus von beiden Seiten ausgehen. Denn sonst könnte man nicht gegen "einseitige" Schritte Bedenken haben. Die KPI gibt damit indirekt zu, daß auch die Sowjetunion eine imperialistische Macht ist. Ginge sie davon aus, daß die Sowjetunion ein sozialistisches Land ist, und nur die NATO und nicht etwa auch der Warschauer Pakt ein imperialistisches Militärbündnis ist, dann müßte sie ja gerade jede einseitige Schwächung der NATO als eine Minderung der Kriegsgefahr und wichtigen Entspannungsschritt begrüßen.

Daß es nicht leicht ist, Arbeiterklasse und Bourgeoisie zu versöhnen, das bekam die KPI noch auf ihrem Kongreß bestätigt. Obwohl sie sich alle Mühe gab, der italienischen Bourgeoisie die Arbeiterklasse als Stütze der bürgerlichen Herrschaft anzudienen und sogar gegenüber der Sowjetunion Sicherheitsinteressen der italienischen Bourgeoisie anerkannte, nur um in die Regierung zu kommen, bleiben die direkten Vertreter der italienischen Bourgeoisie äußerst mißtrauisch gegenüber der KPI. Gerade in die Zeit des Parteikongresses fiel das Verbot der Wahlbeteiligung, das der Revolutionsrat gegen die Christdemokraten in Portugal ausgesprochen hat. Die Führung der KPI hat sich sofort auf dem Kongreß von der Maßnahme, die von den Revisionisten in Portugal ausdrücklich begrüßt wurde, scharf distanziert.

Die Vertreter der italienischen Christdemokraten verließen auf diese Nachricht hin den Kongreß der KPI. Die Revisionisten, deren Geschäft im Betrug an der Arbeiterklasse besteht, saßen da als die betrogenen Betrüger.

–W.M.–

Großbritannien: „Triumph"-Übernahme

Die Arbeiter führen die Produktion selbständig / Heimarbeit

Das britische Motorrad-Monopol "Triumph" hätte vor 2 Jahren für etwa 85 Millionen DM seine Produktion umstellen müssen, um weiterhin auf dem amerikanischen Markt verkaufen zu können. Weil diese Investitionen nur einen unterdurchschnittlichen Profit erwarten ließen, planten die Triumph-Kapitalisten für Herbst 73 die Schließung einer der drei Fabriken. Die etwa 2 000 Arbeiter in Meriden wehrten sich gegen die Vernichtung ihrer Arbeitsplätze, indem sie die Fabrik besetzten.

Während die Mehrheit der Kollegen im Laufe der Zeit durch Geldmangel gezwungen war, sich andere Arbeit zu suchen, haben 300 Kollegen volle 18 Monate durchgehalten und schließlich erreicht, daß ihre "Betriebsübernahme" jetzt Anfang März legalisiert wurde. Die Labour-Regierung hat Triumph für 28 Millionen DM die Fabrik abgekauft und sie der Kooperative der Meriden-Arbeiter überlassen. Hat die Kooperative damit das Joch abgeworfen?

Ein Punkt sticht aus den 60 (!) Verträgen zwischen Triumph, Regierung und Kooperative sofort ins Auge:

Wenn die Produktion jetzt auch von den Kollegen selbst organisiert wird, behalten die Kapitalisten doch auf derentscheidendenStelle den Daumen drauf: Die ehemaligen Besitzer allein werden die Meriden-Produktion von "Triumph superbikes" und Ersatzteilen über ihr Vertriebsnetz verkaufen.

Darin steckt sogar eine Möglichkeit zur Verschärfung der Ausbeutung: Die Meriden-Kollgen geben vielleicht ihre letzte Kraft her, um "ihre" Fabrik zum Laufen zu bringen, und die Triumph-Kapitalisten rahmen ab, indem sie die Preise diktieren. Das Ganze wäre dann so etwas wie Heimarbeit auf großer Stufe.

Dafür, daß sie "ihr Vertriebsnetz zur Verfügung stellen", werden die Triumph-Kapitalisten auch noch reichlich belohnt. Was von den ca. 65 Millionen DM, die die Labour-Regierung für das Projekt ausgibt, nach Abzug des Kaufpreises übrig bleibt, dient im wesentlichen einer Exportkredit-Garantie für Trimph. (Die Großhändler in den USA, wohin die Motorräder hauptsächlich verkauft werden, brauchen erst später zu zahlen, doch Triumph kriegt sofort den Preis – nämlich aus der Staatskasse.)

Also wenn diese Betriebsübernahme kein Geschäft für Triumph ist: Erst die veraltete unrentable Fabrik für 28 Millionen DM losschlagen, dann den Vertrieb unter Kontrolle behalten und obendrauf nochRegierungshilfe für den Export!

(Korrespondenz aus Großbritannien)

Frankreich: Nur 3,6% der Arbeitslosen erhalten 90%

Paris. Derzeit erhalten 12 213 Arbeitslose 90 % ihres letzten Lohns als Arbeitslosenunterstützung. Das sind 3,6 % aller derjenigen Arbeitslosen, die überhaupt von der Arbeitslosenkasse unterstützt werden.

Die Zahl dieser Arbeitslosen liegt bei 306 000. Sie erhalten zwischen 40 und 60 Prozent ihres letzten Lohns. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen liegt derzeit in Frankreich bei 769 000. Über 300 000 Arbeitslose erhalten keine Unterstützung aus den staatlichen Arbeitslosenfonds. Wenn sie privat keine Versicherung haben, bekommen sie gar nichts.

Auf die Gesamtzahl der Arbeitslosen bezogen, ist der Prozentsatz derjenigen, die 90 % des früheren Lohns erhalten, also verschwindend gering. Die 90-Prozent-Regelung ist seit dem 2. Dezember 1974 in Kraft. Sie wurde von der Regierung als eine der ganz großen und fortgeschrittenten Reformen herausgestellt. Viele, die darauf angesichts der rapide steigenden Arbeitslosigkeit ihre Hoffnung setzten, sind nun bitter enttäuscht worden.

Warum nur so wenige in den Genuß der neuen Regelung kommen, wird einerseits damit erklärt, daß der Apparat der Arbeitslosenmeldestellen für die schnelle Bearbeitung nicht ausreiche und viele Anträge noch auf die Bearbeitung warten. Der Hauptgrund wird aber darin gesehen, daß in dem Abkommen zwischen Kapitalistenverband, Gewerkschaften und der französischen Regierung nicht präzise festgelegt ist, welche Bedingungen die Arbeitslosen erfüllen müssen, damit ihnen die 90 % gezahlt werden. So kann die Verwaltung ziemlich beliebig entscheiden und vor allem so entscheiden, daß nur wenige Arbeiter die 90 % bekommen. Ein Beispiel: Fälle von Arbeitslosigkeit, wo die Arbeiter auf Aufforderung der Geschäftsleitung hin "freiwillig" – eventuell um noch eine Prämie zu bekommen – ausgeschieden sind, fallen nicht unter die neue Regelung. Oder: Arbeiter über 60 Jahre erhalten auch nichts nach der neuen Regelung. Außerdem muß ein Arbeiter, der eventuell unter diese Regelung fällt, jede andere Arbeit sofort annehmen, die ihm angeboten wird. Er hat keine Wahl.

Man sieht: Die Sicherheit der Arbeitsplätze ist durch diese sehr fortschrittlich erscheinende Abmachung keinen Schritt vorangekommen. Die Arbeiterklasse geht leer aus. Die Sicherheit der Arbeitsplätze ist unter den Bedingungen des Kapitalismus keine Frage, die gelöst werden kann. Sichere Arbeitsplätze, Sicherheit vor den Folgen von Rationalisierungen und Krisen ist erreichbar erst unter der Bedingung der Abschaffung des Profitsystems und der Herrschaft der Arbeiterklasse über die Produktion.

–J.

Texas students hit Chile junta

Als Marionetten des CIA kennzeichneten Studenten der Universität von Texas, USA, die chilenische Militärjunta. Die Studenten protestierten gegen die Teilnahme von F.Leniz und R.Claro, dem chilenischen Wirtschaftsminister und seinem Berater, an einer Konferenz für "Technologische Entwicklung".

Chile: Keine Hilfe für die Junta!

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert Sicherung der Interessen der westdeutschen Konzerne

Die SPD-Bundestagsfraktion hat die Bundesregierung aufgefordert, bei den Umschuldungsverhandlungen mit Chiles Militärjunta "härtere Konditionen" durchzusetzen. Ferner solle sie der Junta klarmachen, daß sie die Wiederherstellung friedlicher und demokratischer Verhältnisse erwarte (Süddeutsche Zeitung vom 20.3.75).

Die Süddeutsche Zeitung berichtet weiter, daß die SPD zu diesem Schritt veranlaßt worden sei, weil die Junta die neuen Gelder – deutsche Steuergelder – den US-Konzernen in Chile als Entschädigung zahlen wolle und "diese Ungleichbehandlung gegenüber privaten Gläubigern könne nicht hingenommen werden" (SZ, 20.3.).

Die Umschuldungsverhandlungen sind Verhandlungen über neue Kredite

Das durch die imperialistische Ausplünderung entstandene Loch in der chilenischen Staatskasse soll gedeckt werden: 69 Millionen Dollar an Kennecott für die Mine "El Teniente", 236 Millionen Dollar an Anaconda für die Minen "Chunquicamata" und "El Salcadar", 15 Millionen Dollar für "EXOMCA" und an ITT 125,2 Millionen Dollar – das sind die Entschädigungssummen für die US-imperialistischen Konzerne. Ferner haben sich 1974 die Ausgaben für Militär im chilenischen Staatshaushalt verdreifacht.

Die Bundesregierung soll die Interessen der westdeutschen Konzerne vertreten

Warum aber hält sich die Bundesregierung nicht an die zahllosen Aufforderungen der Solidaritätsbewegung mit dem chilenischen Volk aus dem In- und Ausland, ihre Teilnahme an den Umschuldungsverhandlungen zurückzuziehen? Warum soll vielmehr nach dem Wunsch der SPD-Bundestagsfraktion die Bundesregierung die Bedingungen für die weitere Gewährung der Kredite verschärfen? Die SPD-Bundestagsfraktion hat die Absicht, die Bundesregierung dazu zu zwingen, besser die Interessen des westdeutschen Kapitals zu wahren: Hoechst, BASF, Schering, Rodenstock, Dresdner Bank, Preussag und andere haben Niederlassungen in Chile, Mercedes und VW planen Zweigwerke.

Die SPD-Bundestagsfraktion verlangt von ihren Ministern, daß sie darauf achten, damit die Junta nicht die westdeutsche Entwicklungshilfe – Steuergelder – in den Rachen der US-Konzerne wirft. Die Entwicklungshilfe soll über die Junta den westdeutschen nationalen Konzernen zu gute kommen. Nur so kann man die Aufforderung nach Verschärfung der Kredit-Vergabe-Bedingungen verstehen!

Verkleidet wird diese offene Erinnerung an ihre imperialistischen Pflichten durch die Wiederherstellung "friedlicher und demokratischer" Verhältnisse. Aber das ist nicht die Frage. Entscheidend ist: Die Junta muß weg! Deshalb steht die Forderung: Keine Unterstützung für die Junta! Denn die Unterstützung, die sie von den imperialistischen Ländern wie zum Beispiel der BRD erhält, ist es, die ihr das Überleben überhaupt ermöglicht.

–p.f./Red.–

KSZE - Verhandlungen
Diplomatische Manöver für weitere Aufrüstung

In einem Schreiben an die Regierungschefs der westlichen Staaten, die an der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) teilnehmen, hat Breshnew in der vergangenen Woche vorgeschlagen, die Konferenz am 30. Juni durch ein Gipfeltreffen der Regierungschefs abzuschließen.

Die Bundesregierung hat dazu erklärt, sie sei ohne weiteres bereit, den Vorschlag Breshnews zu akzeptieren und die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit mit einem Gipfeltreffen am 30. Juni zu beenden. Voraussetzung sei jedoch, daß die noch offenen Punkte in einer für sie befriedigenden Weise geregelt werden.

Offen sind aber nach wie vor die Punkte, die schon zu Beginn der Verhandlungen vor eineinhalb Jahren offen waren. Die wichtigsten davon sind die folgenden:

Die Bundesregierung wünscht die Registrierung der Möglichkeit, die Grenzen in Europa ohne Gewalt und in gegenseitigem Einverständnis auf friedlichem Wege verändern zu können, während es der Sowjetunion gerade darauf ankommt, eine Garantie der Nachkriegsgrenzen und ihres Machtbereichs zu bekommen.

Daß auch die Sowjetunion keineswegs vorhat, bestehende Grenzen in Europa zu respektieren, beweist ihre Besetzung der CSSR im August 1968.

Weiter nennt die Bundesregierung eine Klausel, die festlegt, daß bestehende Verträge und Abmachungen vom neuen gemeinsamen Dokument nicht berührt werden. Im Hintergrund stehen der Deutschland-Vertrag, der die USA, Großbritannien und Frankreich auf das Ziel der deutschen Wiedervereinigung mit festlegt und das NATO-Bündnis, das die Bundesregierung nicht zugunsten einer 'gesamteuropäischen Lösung' gefährdet sehen möchte. Denn in einer solchen 'gesamteuropäischen Lösung' würde die Sowjetunion angesichts der aktuellen Kräfteverhältnisse das Übergewicht haben.

Ebenso ist weiterhin umstritten der Punkt der sogenannten "vertrauensbildenden Maßnahmen", wozu gegenseitige Manöverankündigungen und Manöverbesuche gehören würden. Damit ist vor allem die Sowjetunion nicht einverstanden, die in Europa militärisch überlegen ist und bei allem Gerede über Abrüstung sich nicht in die Karten schauen lassen will.

Weiter beharren die Bundesregierung und mit ihr die westlichen Regierungen auf Regelungen zugunsten des sogenannten "freien Austauschs" von Ideen, wobei insbesondere die Reisemöglichkeiten in beiden Richtungen von der Sowjetunion abgelehnt werden. Dieser Punkt liegt der Bundesregierung und den westlichen Regierungen insgesamt sehr am Herzen, weil sie sich damit Infiltrationsmöglichkeiten versprechen in das politisch unstabile Osteuropa.

Und zuletzt ist noch unklar, welche Konferenzfolgen es geben soll. d.h. wie nach Abschluß der Konferenz weiter verfahren werden soll.

Die von der Sowjetunion angeführten osteuropäischen Länder "erachten es für notwendig, ein System der Wechselwirkung aller Staaten beizubehalten. Deshalb schlagen sie die Schaffung eines Konsultativorgans zur Vorbereitung neuer Konferenzen vor, um Probleme, die nicht Gegenstand dieser ersten Konferenz sein können, auch zukünftig gemeinsam zu lösen." (Marxistische Blätter Nr. 2/74, Seite 18)

Das wird von den meisten NATO-Ländern abgelehnt, weil damit die Sowjetunion erstmals formell das Recht zugesprochen bekäme, zu den Angelegenheiten aller europäischen Länder über ein anerkanntes Organ sich zu äußern und auf sie Einfluß zu nehmen

Von Einheit in den entscheidenden Fragen kann also weiterhin keine Rede sein. Auf ein Manöver der Sowjetunion unter Breshnew hat nur die Bundesregierung ebenfalls mit einem Manöver geantwortet. Und bei der Widersprüchlichkeit der gegenseitigen imperialistischen Interessen kann es zu einer solchen Einheit auch nicht kommen. Dafür spricht vor allem, daß die gleichzeitig zur KSZE laufenden Wiener Abrüstungsverhandlungen völlig in der Sackgasse stecken.

Dort, wo es um reale Schritte geht, herrscht völlige Finsternis. Die Sowjetunion, die in Europa über ein erhebliches Übergewicht an Truppen verfügt, besteht weiterhin darauf, daß nur lineare Verringerungen der Truppen vorgenommen werden dürfen, worüber ihr bestehendes Übergewicht relativ sich noch vergrößern würde.

Die westlichen Mächte wollen vertraglich festlegen, daß die Truppen beider Seiten auf eine gleich große Zahl beschränkt werden, um gegenüber der Sowjetunion in eine günstigere Position zu kommen.

Faktisch rüsten beide Seiten auf. Die Sowjetunion hat in der letzten Zeit die Ausrüstung ihrer Truppen erheblich verbessert. Die USA haben neue Kampftruppen nach Europa verlegt.

Die Konferenz für Sicherheit und Entspannung in Europa wird so von beiden Seiten nur dazu genutzt, um die eigenen politische Pläne im Mantel des Friedens vorzutragen und den Gegner zu isolieren. Dabei hat die Sowjetunion gewisse Vorteile, weil sie operieren kann auf der Linie: Anerkennung dessen, was ist, während die Bundesregierung nicht verleugnen kann, daß das Interesse des westdeutschen Imperialismus darauf hinausläuft, die Machtverhältnisse in Europa zu ändern, was sie in den Geruch der größeren Friedensfeindlichkeit bringt. Und die Sowjetunion hat weiter den Vorteil, daß sie auf eine "Europäisierung" der Absprachen drängen und so den Einfluß des US-Imperialismus auf Europa bekämpfen kann, der politisch vor allem durch das NATO-Bündnis gesichert ist.

Mit Frieden aber hat das Ganze ebensowenig zu tun wie die Verhandlungen zweier Gangstergruppen in Chicago über die Bezirke, die jede von ihnen ausnehmen soll. Beide Seiten kämpfen um die Ansatzpunkte, um die andere überwältigen zu können. Und selbst wenn es zu formellen Absprachen zwischen den Regierungschefs kommen sollte, dürfen sich die Völker nicht täuschen lassen:

Die Gefahr eines Krieges besteht fort. Sowohl die Sowjetunion als auch die USA kämpfen um die Vorherrschaft in Europa, und der westdeutsche Imperialismus versucht dabei, in eine für ihn möglichst günstige Situation zu kommen.

W.M.

Peru: Die Offiziere verlieren die Unterstützung

Die peruanischen Arbeiter und Bauern haben keine Verbesserung ihrer Lage erfahren

In der peruanischen Hauptstadt Lima wurde Anfang Februar dieses Jahres ein Streik der peruanischen Polizei, der Guardia Civil, von der peruanischen Armee blutig niedergeschlagen. Die Polizisten, die den unteren Dienstgraden, Clases, angehörten, hatten berechtigte Forderungen nach Erhöhung der Löhne und nach besseren Sozialleistungen erhoben. Es war ein offenes Geheimnis, daß die "Clases" dabei von ihren eigenen Offizieren unterstützt wurden, die sich dadurch auszeichnen, daß sie sämtlich ihre Ausbildung über ein Programm des CIA absolviert haben. Unterstützt wurden sie auch von konservativen Kräften aus Marine und Luftwaffe, den traditionellen Gegnern der Armeegeneräle.

Die auf den Sturm der Polizeikaserne folgenden Straßenunruhen wurden vor allem von Mitgliedern der APRA-Partei (Revolutionäre Amerikanische Volksallianz) getragen, die Teile des deklassierten Proletariats aus den Elendsvierteln Limas mit sich ziehen konnte. Die APRA, ursprünglich eine radikal-kleinbürgerliche Bewegung, die unter ihrem Führer Haya de la Torre vor allem unter den Zuckerrohrarbeitern und dem Kleinbürgertum verankert war und heute noch über einen relativ großen Einfluß in einigen Gewerkschaften verfügt, vertritt heute offen die Interessen der Großbourgeoisie.

Politisch wurde der Streik der Polizisten von dem US-Imperialismus und der peruanischen Großbourgeosie unterstützt und für ihre Ziele gegen die Militärregierung benutzt.

Die Militärjunta hat großes internationales Ansehen

Wer ist diese Militärjunta, die sich durch ihr konsequentes Auftreten in der UNO, unter anderem bei der Verteidigung ihrer Hoheitsgewässer gegenüber den beiden Supermächten, besonders unter den Völkern der Dritten Welt, große Anerkennung verschafft hat?



Die Militärs kamen 1968 über einen Putsch an die Macht. Der Putsch war Resultat einer tiefgreifenden politischen Krise der peruanischen Bourgeoisie, die, in verschiedene Fraktionen zerstritten, der anwachsenden Massenbewegung, vor allem unter den Bauern, nicht mehr Herr werden konnte. Gleichzeitig hatten die Arbeiter und Bauern noch nicht genügend politische Klarheit entwickelt, um diese Situation durch ihr entschiedenes Eingreifen für sich nutzbar zu machen. Die kleinbürgerlichen Armeegeneräle, beeinflußt von den modernen Entwicklungstheorien für die Dritte Welt, boten sich an als Mittler zwischen den Interessen beider Klassen. "Weder Kapitalismus noch Kommunismus" wollten sie und legten ein Reformprogramm vor, das darauf abzielte, die Unabhängigkeit des Landes gegenüber dem Imperialismus durchzusetzen. Die Maßnahmen der Militärjunta gegen die Oligarchie der Großgrundbesitzer und den US-Imperialismus, vor allem die Enteignung der US-amerikanischen Ölgesellschaft IPC und die Enteignung der riesigen Haziendas auf Grundlage der Agrarreform, die Schluß machte mit sämtlichen halbkolonialen und halbfeudalen Überresten, fanden im peruanischen Volk breiteste Unterstützung.

Das Reformprogramm hat die Lage der Massen nicht verändert

Die peruanischen Arbeiter und Bauern mußten aber erfahren, daß immer dort, wo es für sie notwendig wurde, in selbständigen Aktionen die Grenzen der von den Militärs festgesetzten Reformen zu überschreiten oder zumindest ihre volle Durchführung zu fordern, wie es im vergangenen Jahr die Bauern von Andahualas taten (siehe KVZ 24/74), die Antwort der Militärs in Drohungen und offener Repression bestand. Die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums, die von den Militärs im ökonomischen Bereich eingeleitet wurde, brachte keine Verbesserung der Lebensbedingungen für die Masse des peruanischen Volkes mit sich. Die als Klasse geschwächten ehemaligen Großgrundbesitzer verlagerten ihr Kapital in Industrie und Handel und die verstaatlichten Betriebe machten sich bald wieder daran, dem imperialistischen Kapital ihre Tore zu öffnen.

So hatte das peruanische Volk in den letzten beiden Jahren zunehmend begriffen, daß die Militärs nicht an eine grundsätzliche Veränderung der Verhältnisse heran wollten, daß sie vielmehr das Volk von einer bewußten Wahrnehmung seiner Rechte abzuhalten versuchen. Diese Erkenntnis setzte sich um in verstärkte Streiktätigkeit, Protestaktionen, Landbesetzungen und insgesamt wachsende Selbständigkeit der Arbeiter und Bauern.

Die zwei Lager innerhalb der Militärjunta

Wie dieser neu erstarkenden Massenbewegung entgegenzutreten sei, darüber hat es Auseinandersetzungen innerhalb der Militärjunta gegeben. Die eine Fraktion hält fest an ihrem reformistischen Konzept und ist bereit, zu seiner Unterstützung eine begrenzte Mobilisierung der Massen in Gang zu setzen. Unterstützung erfahren die Reformisten darin nur noch von der revisionistischen Kommunistischen Partei, die zur "Verteidigung der Errungenschaften der Revolution" aufruft und auf diese Weise versucht, über diesen Flügel der Militärjunta Einfluß auf die Massenbewegung nehmen zu können.

Die andere Fraktion tritt ein für eine verschärfte Kontrolle der Massen. Sie versucht dabei, die reformistischen Kräfte aus der Regierung hinauszudrängen und sich mit den Parteien der Bourgeoisie und den reaktionären Generälen von Marine und Luftwaffe zu arrangieren.

Der scharfe Gegensatz zwischen den beiden Lagern zeigt sich bei der Behandlung des Polizei-Streiks

Diese Widersprüche zwischen den beiden Fraktionen haben sich in den letzten Monaten verschärft und auf diesem Hintergrund sind die Unruhen vom Februar zu sehen. Es war ein General der reformistischen Fraktion, der den Befehl zum Angriff auf die Polizeikaserne unterzeichnet hat, und es war der Innenminister Richter, ein Vertreter des klaren Rechtskurses, der es zugelassen hat, daß sich der Streik der Polizisten auf drei Tage ausdehnte, ohne daß er Anstalten zum Eingreifen gemacht hätte. Richter und seine Leute wäre es nur recht gewesen, wenn sich die reformistischen Militärs bei den Unruhen im Februar aufgerieben hätten. Die Reformisten stören jetzt, denn die Bourgeoisie ist dabei, die zersplitterten Kräfte, trotz aller Differenzen, erneut und in offener Front gegen das peruanische Volk zusammenzufassen.

–C., Westberlin–

Raumverbot für CISNU-Veranstaltung

Westberlin. Am 21.März hat das Studentenwerk der Technischen Universität Berlin der Confóderation Iranischer Studenten (CISNU) die Genehmigung für einen Raum für die Feier des persischen Neujahrsfestes wieder entzogen. Die CISNU macht in jedem Jahr die Neujahrsfeier zu einer politischen Demonstration gegen das Schah-Regime. Dieses Mal lauteten die Parolen: Nieder mit dem Schah -Regime! Schah-Truppen raus aus Oman!

Die Parolen wurden zum Anlaß genommen, die Genehmigung der Räume zurückzunehmen. Dieses Fest dürfte nur als Kulturveranstaltung stattfinden und keiner politischen Propaganda dienen. Dieses Verbot der Benutzung der Räume des Studentenwerkes wurde vom Verwaltungsgericht bestätigt.

Südvietnam : Wenn das Volk sich befreit !

In den vergangenen beiden Wochen gab Thieu bekannt, er würde 9 Provinzen im Zentralen Hochland und im Norden Südvietnams kampflos räumen. Gegen die Bestimmungen des Pariser Friedensabkommens habe Nordvietnam 5 Divisionen im nördlichen Südvietnam konzentriert, "das Kräfteverhältnis sei 4 : 1 zugunsten der Kommunisten" (Stuttgarter Zeitung vom 22. März), und das "Oberkommando des kommunistischen Vietcong habe zur Generaloffensive aufgerufen" (Bild-Zeitung vom 23. März).

Damit sei eindeutig erwiesen, daß Nordvietnam den Krieg fortsetze und das Pariser Friedensabkommen ständig breche. Die Bevölkerung sei in der größten Völkerwanderung seit dem Weltkrieg auf der Flucht vor den Kommunisten in den von Thieu noch gehaltenen Süden (Die Welt vom 21. März).
Schuld an dieser Katastrophe sei "Washington, das hilflos dem Geschehen in Indochina zusieht" und dem Saigoner Regime nicht einmal die materiellen Mittel für die Verteidigung gegen die Kommunisten liefern wolle. "Das Schweigen der USA" bei der 'Eroberung der Provinz Phuoc Long Ende Januar' sei "das Angriffssignal für Hanoi" gewesen (Die Welt vom 22. März).

Was passiert in Südvietnam wirklich?

Thieu hat die Provinzen nie kontrolliert. Zum Zeitpunkt der Unterzeichnung des Pariser Abkommens kontrollierte die Provisorische Revolutionäre Regierung nach den entscheidenden Siegen in der Offensive von 1972 vier Fünftel des Territoriums Südvietnams. Das Thieu-Regime hielt die größeren Städte weiter besetzt und unterhielt innerhalb dieser Gebiete zahlreiche militärische Stützpunkte aufrecht. Größere zusammenhängende Gebiete kontrolliert Thieu nur an der Küste und um Saigon. Von diesen Stützpunkten aus versuchte das Thieu-Regime im Gegensatz zu den Vereinbarungen des Pariser Friedensabkommens die befreiten Zonen der Provisorischen Revolutionären Regierung wieder zu besetzen.

Dem Volk in Südvietnam war von den USA die Beendigung der Einmischung durch die Unterzeichnung des Pariser Abkommens versprochen worden. Tatsächlich jedoch setzte die US-Regierung mit dem Gehilfen Thieu, angeleitet von 25 000 US-Beratern (also vollen 2 Divisionen), den Vernichtungskrieg gegen Land und Volk weiter fort.

Dagegen hat sich eine breite Bewegung in den von Thieu besetzt gehaltenen Gebieten entwickelt, die auch in seine Armee hineinreicht. Immer mehr Südvietnamesen haben in den 2 Jahren seit dem Pariser Abkommen den wahren Charakter des US-Imperialismus und seines Statthalters Thieu erkannt, die antikommunistische Hetze durchschaut und sich mit der Provisorischen Revolutionären Regierung und der Nationalen Befreiungsfront FNL zum Sturz Thieus zusammengeschlossen.

4 Sektionen der über eigene bewaffnete Verbände verfügenden antikommunistischen Sekte Hoa Hao, über deren aufbrechende Gegnerschaft zu Thieu erst vor kurzem im Fernsehen berichtet wurde, haben sich z.B. der FNL angeschlossen

Ein Aufstand in Thieus Truppe löste die Katastrophe für den US-Imperialismus aus

Die von Thieu in einer sogenannten "antikommunistischen Front" FULRO zusammengeschlossenen nationalen Minderheiten, die in der Provinz Darlac in Thieus Armee eingegliedert waren, lösten die Katastrophe für Thieu und die US-Imperialisten aus. Sie verbündeten sich mit den regionalen Guerilla-Einheiten der Nationalen Befreiungsfront FNL. Im Nu eroberte so das Volk die Stützpunkte von innen heraus mit Unterstützung von außen, und Thieus Truppe zerfiel in Scherben.

Der französische Journalist Leandri, der darüber berichtete und die Lüge widerlegte, daß die Provinz Darlac und die Hauptstadt Ban Me Thuot von nordvietnamesischen Truppen eingenommen worden sei, wurde von Thieus Polizei umgelegt. Eine Kettenreaktion konnte sie damit jedoch nicht aufhalten. In Thieus Stützpunkten in den anderen Provinzen des Zentralen Hochlandes kam es zu Volksaufständen und Massendesertationen aus Thieus Truppen. Die Soldaten wollten sich nicht länger als Kanonenfutter für den US-Imperialismus zu Massakern an den eigenen Landsleuten einsetzen lassen.

Selbst das bürgerliche Fernsehen in der BRD gibt zu, daß monatlich 15 000 Soldaten aus den Thieu-Truppen desertieren. Sie werden teilweise wieder eingefangen und aufs neue in die Marionettenarmee gepreßt bis sie wieder desertieren.

Thieu drohte somit nicht nur das Scheitern seiner Rückeroberungsversuche im Zentralen Hochland, sondern auch die Befreiung der Bevölkerung in den von ihm besetzt gehaltenen Städten und Stützpunkten und das Überlaufen seiner Truppen in die befreiten Zonen. Die Rückverlegung der Truppen in sicher kontrollierte Stützpunkte an der Küste soll es ermöglichen, sie zu reorganisieren und aus ihnen wieder willfährige Instrumente gegen das vietnamesische Volk machen.

Das ist der Grund für die "kampflose Aufgabe der Provinzen". Weil es keine nordvietnamesische Offensive gibt, kann auch nirgends von breiten Kämpfen berichtet werden, an denen nordvietnamesische Einheiten beteiligt sind. Weil keine nordvietnamesichen Einheiten im Einsatz sind, muß die bürgerliche Lügenpresse von einer "Ruhepause der nordvietnamesischen Truppen" sprechen, wenn die Bevölkerung an einem Tag einmal keine Provinz befreit.

Die angeblichen Siegesmeldungen Nordvietnams gehören auch zur Story von der nordvietnamesischen Invasion. Was das Volk feiert und wozu die Provisorische Revolutionäre Regierung aufruft, ist die Offensive der Massen zum Sturz des Imperialistenknechts Thieu!

Auch stimmt es nicht, daß "die Bevölkerung vor den Roten flieht" (Bild-Zeitung vom 19. März). Die, die auf der Seite Thieus und des US-Imperialismus stehen und deshalb die Heimat aufgeben würden, sind nur eine verschwindende Minderheit.

"Millionen fliehen im Bombenhagel" (Welt am Sonntag vom 23. März)

Um zu verhindern, daß die Bevölkerung sich der Provisorischen Revolutionären Regierung anschließt, hat Thieu die sofortige "Evakuierung der Städte und Stützpunkte angeordnet" (Süddeutsche Zeitung vom 20. März). Um das durchzusetzen, nutzt er das altbewährte Mittel der USA: Er ordnete die Zerstörung der Städte und Stützpunkte durch Flächenbombardements nach dem Truppenrückzug an (Fernsehnachrichten am 20. März).

Wenn die "Welt am Sonntag" berichtet, daß "Millionen im Bombenhagel flüchten", so stimmt das. Die Bomben kommen aus den Bombern, und die hat allein Thieu – von den USA. Im Auftrag der USA führt Thieu die Bombardierungen durch. Mit den Opfern seines Terrors, mit der Zivilbevölkerung, die bei der Evakuierung durch Hubschraubereinheiten 'auf dem rechten Weg' gehalten wird, veranstaltet die reaktionäre imperialistische Presse eine makabre Propagandaschau: Aus Angst vor den Kommunisten, behauptet sie, flieht die Bevölkerung in die Obhut Thieus. Damit will die bürgerliche Presse aller Welt dokumentieren, daß alle Berichte über die faschistische Herrschaft Thieus gegen das Volk in Südvietnam Lügen seien.

Wenn die Provisorische Revolutionäre Regierung der "Überführung" der zur Flucht gezwungenen Bevölkerung den Weg in die Konzentrationslager Thieus abschneidet, so dient das der Befreiung des Volkes und ist auch im Sinne des Pariser Abkommens. Das Abkommen hält ausdrücklich fest, daß jeder das Recht hat, in die befreiten Gebiete zurückzukehren. Thieu bedroht für die Wahrnehmung dieses Rechts allerdings jeden mit **Erschießung!** Ankommen tut es jetzt darauf, Thieu die Flächenbombardements zu verunmöglichen. Die Einstellung der US-Militärhilfe ist dazu der einzige Weg.

Die US-Imperialisten wollen das Pariser Abkommen zerfetzen

Diese Schläge, die ihnen das Volk in Südvietnam gegen ihre Politik der Sabotage des Pariser Friedensabkommens versetzt, wollen Thieu und die US-Imperialisten jetzt dazu benutzen, das Abkommen ganz zu zerfetzen. Damit wollen sie sich freie Hand bei der offenen Fortsetzung ihrer Völkermordpolitik und ihres faschistischen Terrors in Südvietnam verschaffen. Dabei mobilisieren sie ihre reaktionäre imperialistische Presse und alle Faschisten.

Die faschistische Diktatur Thieus und seine Völkermordpolitik wird von Hans Walter Berg im Fernsehen als eine den südvietnamesischen Verhältnissen angepaßte 'parlamentarische Demokratie' bezeichnet, die deshalb mit westlichen Traditionen nicht vergleichbar sei. Tatsächlich zeigt auch das Beispiel Südvietnam, daß 'parlamentarische Demokratie' und Faschismus nur zwei Formen der Diktatur des Imperialismus sind und der Imperialismus vor nichts zurückschreckt, um seine Herrschaft aufrechtzuerhalten.

Die geschlossene Pressehetze, die laut nach der Fortsetzung der US-Einmischung in Indochina und erneuter Eskalation der Völkermordpolitik schreit, zeigt, wie rasch sich scheinliberale und faschistische Propagandisten einig sind, wenn ein Volk dabei ist, sich wirklich vom Joch des Imperialismus zu befreien.

Es kommt jetzt gerade darauf an, die systematische Hetze breit zu widerlegen und die Lügen zu entlarven, zu verhindern, daß der US-Imperialismus das Abkommen von Paris wieder zerfetzt. Es kommt darauf an, auf der Seite des vietnamesischen Volkes seine Einhaltung zu erzwingen.


Die Bevölkerung in Südvietnam ist auf der Flucht. Sie flieht vor den Bomben Thieus. Er ordnete im Auftrag der US-Imperialisten die Zerstörung der Städte und Stützpunkte durch Flächenbombardements an.

Die Verwendung von mörderischen Waffen

Im Januar 1975 legte das "Komitee für die Entlarvung der Kriegsverbrechen der amerikanischen Imperialisten und ihrer Lakaien in Südvietnam" eine Dokumentation vor, in der die Verwendung von Waffen und Munition den im Völkerrecht enthaltenen Bestimmungen gegenübergestellt werden. Wir drucken den ersten Teil im folgenden ab:

Die amerikanischen Imperialisten haben in ihrem Aggressionskrieg in Vietnam und anderen Ländern Indochinas vor keiner Abscheulichkeit haltgemacht, haben alle durch das Gesetz festgelegten und existierenden Verfügungen des Völkerrechts verletzt und in ihrer Grausamkeit alles bisher Dagewesene überboten. Es muß hier noch einmal unterstrichen werden, daß die US-Aggression in sich selbst unmenschlich ist und gegenüber dem Völkerrecht das größte internationale Verbrechen darstellt.
(. . .)

Die amerikanischen Imperialisten und ihre Lakaien verüben nicht nur Akte, die das humanitäre Völkerrecht schwer verletzten, sondern sie ignorieren auch jede Legalität. Cabot Logde erklärte seinerzeit als amerikanischer "Generalgouverneur" in Saigon: "Für mich bedeutet der legale Aspekt der Sache nichts" (US News an World Report, 15.Februar 1965). McNamara, ehemaliger amerikanischer Verteidigungsminister, hat öffentlich erklärt: "Die amerikanische Haltung besteht darin, sich nicht die Hände zu binden vor der Anwendung jeglicher Waffen" (UPI, 27. November 1965).

Die amerikanischen imperialistischen Aggressoren und ihre Saigoner Handlanger, die das humanitäre Völkerrecht grob mit Füßen getreten haben, sind nicht berechtigt, von Ethik zu sprechen. Alle ihre auf das menschliche Gefühl bezogenen Behauptungen sind nichts als schändlicher Betrug. Die Nguyen-Van-Thieu-Clique, Elemente, die sich mit Leib und Seele dem ausländischen Eindringling verschrieben haben, Kinder durch chemische Giftstoffe bereits im Mutterleib töten, Dörfer mit Napalm verbrennen, die Anzahl der "Tierkäfige" vervielfachen, um weiterhin mehr als 200 000 Patrioten zurückzubehalten, Friedenskämpfer mit Bajonetten und Giftgas unterdrücken, haben kein Recht, die Bevölkerung Südvietnams zu repräsentieren, um über das humanitäre Völkerrecht zu sprechen.

Das vietnamesische Volk, die Erde und die Natur Vietnams verfluchen auf ewig ihre Verbrechen.
Die fortschrittliche Menschheit brandmarkt und verurteilt die Verbrecher mit Nachdruck.

Anwendung von grausamen und mörderischen Waffen

– Die grundsätzliche Festlegung des Artikels 23-E der allgemeinen Zusatzbedingungen zur IV. Haager Konvention von 1907 besagt:
"Der Gebrauch von Waffen, Geschossen oder Stoffen, die geeignet sind, unnötige Leiden zu verursachen, ist untersagt."

– Der Vertrag von Washington vom 6.2.1922:
"Die Benutzung von Erstickungs-, Gift- oder ähnlichen Gasen, flüssigen Substanzen, Stoffen oder ähnlichen Produkten in Kriegszeiten wurde von der öffentlichen Meinung der zivilisierten Welt verurteilt."

– Das Protokoll von Genf vom 17. Juni 1925 unterstreicht noch einmal:
"..., daß der Gebrauch von Erstickungs-, Gift- oder gleichwertigen Gasen sowie aller Flüssigkeiten, Stoffe oder ähnlicher Verfahren von der öffentlichen Meinung der zivilisierten Welt mit vollem Recht verurteilt wurde. Es erklärt, dieses Verbot anzuerkennen" und *"akzeptiert, dieses Anwendungsverbot auf die Mittel bakteriologischen Krieges auszudehnen."*

– Die Beschlüsse der UNO-Vollversammelung vom 5.12.1966 und vom 20.12.1968 über die biologischen und chemischen Waffen haben den Gebrauch solcher Waffen verurteilt.

– Die Erklärung von St. Petersburg von 1868, die Erklärung von den Haag von 1899, der Beschluß der Konferenz von Teheran von 1968 haben die Anwendung von grausamen Waffen wie Dum-Dum-Geschosse, Napalm usw. verurteilt und untersagt ...

Was haben die amerikanischen Aggressoren und ihre Saigoner Handlanger getan?

1. Massive Ausrottung von Bomben und Munition mit dem Ziel der Ausrottung

Die USA haben aus Südvietnam und den anderen Ländern Indochinas Versuchsfelder für grausame Waffen gemacht.

Die Saigoner Verbindungsmänner appellieren an die USA, noch größere Mengen Waffen nach Südvietnam zu transportieren.

"Uns fehlt es nicht an menschlichem Nachschub in der Armee, uns fehlt es nicht an Blut, aber wir müssen zugeben, daß wir keine Waffen und Munition haben. Wir bitten unsere Alliierten (die USA), uns diese zu liefern" (Nguyen Van Thieu, 6.6.1974).

– Von 1954 bis 1960 haben die USA illegal für Ngo Dinh Diem in Südvietnam eingeführt:
800 Transporte Militärmaterial
250 Flugzeuge aller Typen
65 Kriegsschiffe aller Typen
8 000 Militärfahrzeuge aller Typen

Kambodscha

Auszug aus einem Aufruf

Das kambodschanische Volk braucht Geld für Medikamente!

In dieser letzten schwierigen und verlustreichen Phase des Befreiungskampfes hat die Regierung des kambodschanischen Volkes GRUNK über ihre Mission in Paris folgenden Aufruf an die westdeutsche Bevölkerung gerichtet:

Das kambodschanische Volk braucht dringend Medikamente!
Antibiotika
Antimalariamittel
Verbandsmaterial

Deshalb fordern wir alle Menschen auf, auf das Spendenkonto der Indochinakomitees zu spenden:

Spendenkonto Nr. 437 5092, Bezirkssparkasse Heidelberg (Heimo Leberl)
Kennwort: Medikamente für Kambodscha

Von diesem Geld werden die notwendigen Medikamente gekauft und umgehend nach Kambodscha an die Königliche Kambodschanische Regierung geschickt.

Indochinakomitees
Bochum, Bremen, Frankfurt, Freiburg, Göttingen, Heidelberg, Kiel, Hamburg, Wiesbaden, Wuppertal

aus der Broschüre: CHINAS FRAUEN VON HEUTE, erschienen 1973 in Peking

Hausfrauen bilden sich zu Elektrotechnikerinnen heran

Ein Beispiel für die grundlegende Wandlung der politischen und wirtschaftlichen Stellung der Frau im heutigen China

Die Transistorgeräte-Fabrik Nr. 1 im Weststadtbezirk Pekings war früher die Werkstatt einer Straßengemeinschaft, wo Laufgewichtswaagen hergestellt und Waagen repariert wurden. Die meisten Arbeiterinnen waren ursprünglich Hausfrauen und hatten nur wenig Schulbildung erhalten; aber in nur fünf Jahren haben sie es fertiggebracht, verschiedenen moderne elektronische Produkte herauszubringen, die den Bedarf mehrerer hundert Fabriken im ganzen Land decken. Einige dieser Produkte haben während der Exporthandelsmesse in Guangdschou bei ausländischen Freunden hohe Anerkennung gefunden.

Es ist erstaunlich, wie diese Frauen, die einst Hausfrauen waren, jetzt fähig sind, solche modernen Ausrüstungen zustande zu bringen.

Die Frauen wagen zu handeln

Im Jahr 1965 wandte man sich an diese Werkstatt und ermunterte die Frauen zur Herstellung eines Diffusionsofens mit automatischer Temperaturkontrolle, so wie er von den revolutionären Studenten und Lehrern der Tjinghua-Universität als ein Projekt in ihrem wissenschaftlichen Forschungsplan entworfen worden war. Als die Frauen hörten, daß er einen wichtigen Faktor in der Elektronenindustrie darstellt und seit langem auf der Embargo-Liste der Imperialisten gegen China stand, beschlossen sie, diesen Auftrag für ihr Vaterland zu übernehmen, obwohl es unter ihnen weder einen Elektriker, einen Techniker noch einen Ingenieur gab.

Als ein Skeptiker spottete, welch Unsinn es für Hausfrauen wäre, überhaupt nur einen einzigen Gedanken an die Herstellung eines Diffusionsofens zu verschwenden, waren sie empört. "Warum können nicht auch wir Frauen mit einem Ziegelstein zum sozialistischen Aufbau beitragen? ", gaben sie zurück. "Mann und Frau sind doch in der neuen Gesellschaft gleichberechtigt." Und – von der Parteizelle unterstützt – waren sie zu einem Versuch bereit. Li Hua, Wang Djintsai, Sung Djin-lan und andere Arbeiterinnen sowie einige Neuankömmlinge, die gerade die Mittelschule absolviert hatten, begannen bald mit dem Einsatz.

Der Sekretär der Parteizelle, Di Jung-hsüä, rief sie zum Studium der Schrift des Vorsitzenden Mao "Yü Gung versetzt Berge" zusammen. "Yü Gung konnte Berge versetzen", sagte er. "Was macht's schon, wenn wir keine höhere Schulbildung haben? Wir sind Menschen einer neuen Zeit mit der Geisteshaltung eines Yü Gung." Li Hua, die in der alten Gesellschaft als Kind bereits eine Braut war und nach der Befreiung von der Partei aus ihrer Not gerettet wurde, war von diesen Worten tief beeindruckt. Sie sagte mit fester Überzeugung: "Geleitet von den Maotsetungideen können wir unsere Schwierigkeiten überwinden und diesen Ofen herstellen."

Die Arbeit wurde unter recht beengten räumlichen Verhältnissen aufgenommen. In einer Hütte aus Schilf und Lehm, unter einem Dach aus Dachpappe hatten sich die Frauen auf einer Grundfläche von 10 qm niedergelassen und sich hier aus eigener Kraft eingerichtet.

Bei der Herstellung eines Diffusionsofens muß als erster Schritt eine aus über tausend zusammenzulötenden Einzelteilchen bestehende Kontrollvorrichtung geschaffen werden. Für die Handhabung dieser Ausgangstechnik ist es erforderlich, das Schaltschema lesen zu können. Das schien den Frauen fast unmöglich zu sein, und sie befürchteten schon, sie würden gleich am ersten Schritt scheitern. Sie gingen zur Beratung in die Tjinghua-Universität. Li Hua, die überhaupt niemals eine Schule besucht hatte, kam das Schaltschema wie ein Gewirr von Spinngeweben vor. Mit der liebevollen und geduldigen Hilfe der Studenten lernten sie bald, wie man das Schaltschema lesen mußte, und begannen mit der Arbeit. Löten an sich ist eine einfache Sache, doch als Li Hua den kleinen, leichten Lötkolben aufnahm, zitterte ihr die Hand, da sie es gewohnt war, mit 20 Kilogramm-Gewichten umzugehen. Entsprechend der Weisung des Vorsitzenden Mao **"Was wirklich in der Welt Geltung hat, das ist Gewissenhaftigkeit, und Gewissenhaftigkeit ist das, was sich die kommunistische Partei am meisten angelegen sein läßt"**, übte sie mit großer Sorgfalt. Zuerst schnitt sie das Lötzinn in winzig kleine Stücke, und dann lötete sie die unzähligen Leitungsteilchen eins nach dem anderen zusammen, bis sie darin schließlich die notwendige Geschicklichkeit erreichte. Wang Djintsai, Mutter von drei Kindern, ging tagsüber zur Tjinghua-Universität, um sich dort die Löttechnik anzueignen; abends übte sie dann in der Werkstatt, was sie gelernt hatte, und tauschte dabei Erfahrungen mit anderen aus. So bildete sich diese Hausfrau, die nur zwei Jahre zur Schule gegangen war, zu einer qualifizierten Technikerin in diesem Fachbereich heran.



erschienen 1973 in Peking 88 Seiten DM 0,85

Lernen beim Anpacken

Nach Beendigung eines einmonatigem Studiums in der Tjinghua-Universität kehrten die Frauen in die Werkstatt zurück, wo sie von allen herzlich empfangen wurden. Jetzt war es soweit, daß man mit der Herstellung eines Diffusionsofens beginnen konnte.

Li Hua und die anderen Arbeiterinnen hatten sehr wohl gelernt, wie der Kontrollteil des Ofens herzustellen war, aber keine von ihnen wußte, wie man den Ofen selbst anfertigen sollte. Sie befaßten sich eingehend mit dieser Aufgabe und schickten mehrere Arbeiterinnen zu anderen Fabriken, die bereits mit Diffusionsöfen ausgestattet waren. Dort gab man ihnen zu verstehen, daß es unmöglich sei, ohne ausreichende Kenntnisse auf dem Gebiet der Wärmelehre einen Diffusionsofen zu erstellen. So luden sie einen Experten aus einem Forschungsinstitut zu sich ein mit dem Anliegen, ihnen die nötige Anleitung zu geben. Der Experte war gern bereit zu helfen, und er legte ihnen die Hauptsätze dar, so daß sie viel hinzulernten. Doch – wie sollte man nun die gelernten Dinge in die Praxis umsetzen und damit einen Ofen herrichten?

"Laßt uns einfach anpacken und dabei lernen", sagten sie. "Vorsitzender Mao hob einmal hervor: **'Das Kriegführen durch den Krieg selbst erlernen – das ist unsere Hauptmethode'.**"

"So ist's", stimmten die anderen zu. "Etwas einmal sehen ist besser als hundertmal darüber hören, doch etwas einmal selbst anpacken ist besser als es hundertmal sehen – so lautet ein Sprichwort."

Sie versuchten nochmal und nochmal, bis sie schließlich die Aufgabe lösten und viele Teile des Ofens hervorbrachten. Jedoch gelang es ihnen noch nicht, eine konstante Temperaturzone zu schaffen, ohne die kein Diffusionsofen zuwege gebracht werden kann. Die Frauen arbeiteten Tag und Nacht an der Lösung dieses Problems, aber ohne Erfolg.

Sie berichteten den Genossen der Parteizelle von ihren Sorgen, und es wurde dann eine Versammlung der gesamten Belegschaft einberufen, auf der man nun gemeinsam Pläne schmiedete. Gua Djing-dschi, eine Arbeiterin, setzte den versammelten Arbeiterinnen und Arbeitern den bisherigen Fortgang der Dinge auseinander, wies dabei auf die Schwierigkeiten hin, die sie hatten, und bat um Ratschläge. Es kamen viele konkrete Vorschläge. Als jemand das lange Rohr im Diffusionsofen erwähnte und darauf aufmerksam machte, daß sich solch Ofen nur bedingt mit einem gewöhnlichen Kochherd vergleichen läßt, schoß Guo ein Gedanke durch den Kopf: Beide – Diffusionen und Kochherd – sind wohl in ihrer Bauart verschieden, aber im Prinzip als Wärmequelle nicht; beim Kochherd ist es kein Problem, eine konstante Temperatur zu erreichen, die warme Luft ist gleichmäßig darin verteilt; bei ihrem Versuchsofen hingegen war es immer in der Mitte des Rohres sehr heiß und an beiden Enden kühler.

Jemand meinte ergänzend dazu: "Wenn wir das Aufwickeln des Heizdrahts ändern, mehr an den Enden und weniger in der Mitte aufs Rohr spulen – möglicherweise kann dadurch die Temperatur stabilisiert werden."

Solche Methode wurde ausprobiert und hat tatsächlich den Temperaturunterschied im Ofen vermindert. Nach mehr als 30 Versuchen hatten die Frauen ein zweckmäßiges Verfahren für die Heizwicklung ausgearbeitet und eine sichere konstante Temperaturzone erzielt. So schufen diese ehemaligen Hausfrauen, die bislang nur Laufgewichtswaagen herstellen konnten, nach 7monatiger harter Arbeit, mit vielen Mißerfolgen und Rückschlägen, den ersten Hochpräzisions-Diffusionsofen mit automatischer Temperaturkontrolle fortgeschrittenen Typs.

Vorwärts zu weiteren Erfolgen

Nachdem sich die Frauen den Eingang in die Elektronen-Industrie gebahnt hatten, machten sie keineswegs halt. Bei den Diffusionsöfen, die sie bisher hergestellt hatten, wurden für die Kontrollvorrichtung Elektronenröhren benutzt. Während der Großen Proletarischen Kulturrevolution schlugen sie der Parteizelle und dem Revolutionskomitee vor, den Versuch zu machen, einen Diffusionsofen mit einer Transistorvorrichtung anzufertigen. Die Leitung unterstützte diesen Vorschlag.

Auf der Grundlage ihrer Erfahrungen studierten die Frauen sorgfältig das neue Diagramm, durchbrachen alte Konventionen, führten kühne Neuerungen ein und überwanden eine Schwierigkeit nach der anderen. Das Ergebnis war ihr erster Transistor-Diffusionsofen – einfach, aber von fortgeschrittenem Niveau und besonderem Gepräge. Nachdem das Diagramm von verschiedenen zuständigen Stellen getestet worden war, wurde es als Standardmuster für China ausgewählt. Die Tjinghua-Universität nahm dieses Modell in ihr Lehrbuch auf.

Bald wurde diese kleine Fabrik, in der sich Hausfrauen zu Elektrotechnikerinnen herangebildet hatten, die moderne Diffusionsöfen produzieren, weit und breit im Land bekannt. Viele Fabrikarbeiter aus anderen Landesteilen kommen nach Peking und suchen die Transistorgerätefabrik Nr. 1 auf, um hier Erfahrungen auszutauschen. Ausländische Freunde zählen ebenfalls zu den gern gesehenen Gästen.

Gung Yä